

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. - Verantwortlicher Redakteur (einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Rast“): Emil Müller, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Glöckner, Magdeburg. Druck und Verlag von W. H. Fischer & Co., Magdeburg, Gr. Münst. 3. Fernsprechanträge: Inserate 1567, Redaktion 1794, Verlag und Druckerei 941. - Zeitungspresse Seite 401. -

Bezugspreis: Vierteljährlich einfl. Zustellung 2,25 Mk., monatl. 80 Pf. Wenn Abholen von der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2,25 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf. - Inzeratens-geld: die 7gehaltene Kolonne 10 Pf., Inserate von auswärts 25 Pf., im Restamt 10 Pf. Postfachkonto: Nr. 5258 Berlin. - Etwaiger Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 37.

Magdeburg, Donnerstag den 13. Februar 1913.

24. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten und 4 Seiten „Die Rast“.

Franz Schuhmeier ermordet!

Eine erschütternde Nachricht übermittelte uns in der Nacht vom Mittwoch der Draht aus Wien: Der sozialdemokratische Abgeordnete Franz Schuhmeier ist einer christlich-sozialen Mörderhand zum Opfer gefallen!

Als Schuhmeier um Mitternacht von Stockerau, wo er einen Vortrag gehalten hatte, auf dem Wiener Nordwestbahnhof ankam, trat der 43jährige Eisenbahner Paul Kunschak von hinten auf ihn zu und gab aus einem Browning einen Schuß auf ihn ab. Schuhmeier stürzte, in das linke Ohr getroffen, sofort tot zu Boden. Der Mörder ist der Bruder des christlich-sozialen „Arbeiterführers“ Kunschak. Er behauptet, er habe sich in Schuhmeier an der Sozialdemokratie rächen wollen, die ihn wiederholt aus der Arbeit gebracht und ihn hochlöhnt habe.

Franz Schuhmeier war einer der beliebtesten und populärsten Führer der Wiener und der niederösterreichischen Arbeiterchaft. Von Beruf Lithograph, hat er schon seit vielen Jahren seine riesige Arbeitskraft in den Dienst der proletarischen Sache gestellt, der er mit allen Fasern seines Herzens zugetan war. Seine volkstümliche, von goldenem Humor gewürzte Rede machte ihn in den weitesten Kreisen ebenso beliebt, wie sein ehrliches kameradschaftliches Wesen ihm im Freundeskreis immer größere Wertschätzung eintrug.

Die Gegner haßten ihn, und besonders die schwarze Wiener Brut hatte auf diesen rücksichtslosen und gefährlichen Feind allen rächtigen Groll geworfen, dessen die Ueuger-Garde fähig ist. Im Reichsrat, im Landtag und besonders im Wiener Gemeinderat hat Schuhmeier den schwarzen Demagogen so viel Mühe zu machen gegeben, daß dieser Haß durchaus verständlich ist. Erst in jüngster Zeit brachte Schuhmeier den Wiener Bürgermeister Reumann zur Strecke, dem er seine Korruptionswirtschaft in so nachdrücklicher Form zu Gemüte führte — er nannte ihn öffentlich einen Schandfleck für Wien —, daß der christlich-soziale Bürgermeister schleunigst von der Bildfläche verschwinden mußte.

Den Genossen unferes Verbreitungsbezirks ist Genosse Schuhmeier in angenehmer Erinnerung: Vor einigen Jahren leistete er bereitwilligst unserer Einladung Folge und hielt in einer Reihe von Orten des Bezirks Magdeburg Vorträge über Wahlrecht und Nationalitätenkämpfe in Oesterreich. Der lebenswürdige Wiener Humor, der die Ausführungen Schuhmeiers auszeichnete, machten ihn bald im Kreise unserer Genossen beliebt. Der tragische Abschluß dieses kraftvollen Lebens löst nicht nur in Oesterreich schmerzliches Bedauern aus. Auch die deutschen Genossen, die unsern Schuhmeier auf so manchem Parteitag begrüßen konnten, und besonders die Magdeburger Arbeiter, die ihn kennen lernten, werden mit den österreichischen Freunden um diesen Toten trauern.

Wir fügen die letzten Nachrichten über die Einzelheiten dieses politischen Mordes hier an:

Spb. Wien, 12. Februar. (Eigener Drahtbericht der „Volkstimme“.) Der Mörder des Reichsratsabgeordneten Schuhmeier, Kunschak, ist Mitglied der christlich-sozialen Organisation. Er wurde vor Jahren von freigeordneten Arbeitern aufgefördert, ihrer Organisation beizutreten. Kunschak erkrankte deshalb Anzeige wegen Erpressung und erzielte auch die Verurteilung von zwei Vertrauensmännern. Dadurch verschärfte sich der Konflikt und die Arbeiter weigerten sich mehrfach, mit ihm zusammen zu schaffen. Es ist nicht anzuschließen, daß Kunschak deswegen die Arbeit öfter wechseln mußte und auch arbeitslos war.

Kunschak gibt an, aus Rache gehandelt zu haben. Schuhmeier selbst hat er nicht gekannt, er wollte sich nur in dem Führer an der Partei rächen. Am Abend folgte er Schuhmeier in eine Versammlung nach Stockerau, fuhr im Zuge mit Schuhmeier zurück und streckte ihn in der Bahnhofsvorhalle mit einem Schuß ins Ohr nieder. Schuhmeier war sofort tot. —

Wien, 12. Februar. Wie die Blätter zur Ermordung Schuhmeiers melden, rief der Mörder Kunschak bei der Abgabe des Schusses: „Das ist meine Rache!“ Als mehrere Bahnbedienstete und Reisende den Mörder festnehmen wollten, sagte er: „Das ist nicht notwendig, ich stelle mich schon selbst der Polizei.“ —

Wien, 12. Februar. Mehrere Bahnbedienstete, die sich auf den Täter stürzen wollten, wurden von diesem mit dem Rufe: „Nehmt mich nicht an!“ zurückgehalten, aber mehrere Polizisten packten den Täter und führten ihn auf das Inspektionsbureau, wo er als der 43jährige Metallarbeiter Paul Kunschak festgestellt wurde. Er ist der Bruder des christlich-sozialen Land-

tagsabgeordneten und Arbeiterführers Kunschak. Die Leiche des Abgeordneten Schuhmeier wurde auf eine Bahre gelegt und einstweilen im Inspektionszimmer der Polizei untergebracht. Der Täter wurde vom Polizeipräsidenten verhört. Er bekannte sich als Mitglied der christlich-sozialen Partei und gab, wie bereits erwähnt, zu, die Tat aus Rache verübt zu haben. — Schuhmeier vertrat im Reichsrat den Bezirk Orlauing. —

Spb. Wien, 12. Februar. Die gesamte heutige Presse bespricht in länger gehaltenen Artikeln die Ermordung des sozialdemokratischen Führers Schuhmeier. Die Blätter aller Parteischattierungen verurteilen die Tat auf das allerhöchste. Die christlich-soziale „Reichspost“ schreibt: „Die abscheuliche Tat wird dadurch nicht entschuldigt werden können, daß die sozialdemokratische Partei den Mörder Kunschak während einer längeren Zeit verfolgt hat. Das ist zwar tief beklagenswert, aber die eingeleitete Untersuchung wird ergeben, wie weit diese Verfolgungen auf die schreckliche Tat des Mörders eingewirkt haben. Daß die Tat lediglich aus dem Grunde erfolgt sein soll, daß Kunschak auf Verreiben der sozialdemokratischen Partei mehrmals seine Stellung verloren hat, glaubt man nicht recht.“ —

Spb. Wien, 12. Februar. (Eigener Drahtbericht der „Volkstimme“.) Die Ermordung Schuhmeiers erregt in Wien ungeheures Aufsehen und Entrüstung, da der Ermordete eine beispiellose Popularität genoss. An Einzelheiten wird über die Mordtat noch folgendes mitgeteilt: Mit dem Zuge, der um 10 1/2 Uhr aus dem Nordwestbahnhof eintraf, war Schuhmeier angekommen, hatte eben seine Fahrkarte abgegeben und trat in die Ankunfthalle mit einem Eisenbahner. In diesem Augenblick näherte sich ihnen ein Mann mit vorgestrecktem Arm und es erfolgte eine Detonation. Schuhmeier fiel mit zur Abwehr erhobenen Arm lautlos aufs Gesicht. Das Geschoss drang in das rechte Ohr ein, durchquerte das Gehirn und trat an der Stirn wieder heraus. Der Mörder rief laut: „Das ist meine Rache! Nehmt mich nicht an, ich stelle mich selbst!“ Im Polizeirevier des Bahnhofs gab er zu, aus Rache gehandelt zu haben. Schuhmeier hinterläßt eine Witwe mit drei Kindern und seine alte Mutter, die bei ihm wohnte. —

Das Militärprozent.

Von einem frühern Offizier wird uns geschrieben: Immer mehr zeigt es sich, daß Bismarck und Moltke auf militärischem Gebiet Stümper waren. Schlägt man die Heeresvermehrungen nach, die sie für nötig hielten, so kommt man zu einem Resultat, das in unsern Zeitaltern ganz merkwürdig ammutet. Nachdem nämlich am 2. Mai 1874 die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres auf 401 639 Köpfe an Unteroffizieren und Mannschaften festgesetzt war, erfolgte die erste Vermehrung am 6. Mai 1880, also nach 6 Jahren. Sie setzte die Friedenspräsenzstärke auf 427 274 Mann fest. Am 11. März 1887 wurde die aktive Armee zum zweitenmal verstärkt, und zwar auf 468 409 Mann. Am 11. Februar 1888 kam allerdings wieder eine Heeresvermehrung. Sie bezweckte aber nicht eine Vermehrung der aktiven Armee, sondern nur Änderungen in der Organisation des Beurlaubtenstandes, von denen die Einführung der Landwehr zweiten Aufgebots die einschneidendste war.

Wir sehen also, daß unter Bismarck und Moltke, trotzdem sie im Deutschen Reich 20 Jahre am Ruder waren, nur zwei Vermehrungen der aktiven Armee stattgefunden haben. Jetzt aber geht die Geschichte viel besser: Das Volk kriegt in jedem Jahr eine neue Militärvorlage beiseite, wie die Jahre 1911, 1912 und 1913 beweisen. Dafür haben wir seit ein paar Jahren allerdings auch einen Wehrverein, der noch päpstlicher als der Papst sein möchte und dem preussischen Kriegsministerium, von dem früher doch niemand behauptete, daß es zuwenig fordere, vorhält, es solle mehr verlangen und nicht so bescheiden sein. In die nämliche Kerbe schlägt auch schon der Vorstand des Reichsverbandes deutscher Städte.

Vor allem jammern die Militaristen darüber, daß im Deutschen Reich nicht einmal ganz 1 Prozent des Volkes unter den Waffen stehe. Den Satz, daß beim System des stehenden Heeres die Präsenzstärke der Armeen 1 Prozent der Einwohnerzahl betragen soll, haben wir allerdings schon oft gehört, aber eine einleuchtende Begründung niemals pernommen. Es ist auch selbstverständlich, daß er vollkommen in die Luft hängt, denn die Frage, wie groß der Mannschaftsstand einer aktiven Armee sein soll, kann man nicht schablonenmäßig beantworten, Sie ist

nur von Fall zu Fall zu entscheiden. Frankreich z. B. muß mit Rücksicht auf seine Geburtenmijere mehr als 1 Prozent der Bevölkerung präsent halten, wenn seine aktive Armee der deutschen aktiven Armee ungefähr gleichkommen soll. Warum aber das Deutsche Reich trotz seiner großen Bevölkerungszunahme und trotz des jetzt 40 Jahre dauernden Stillstandes der Einwohnerzahl Frankreichs just 1 Prozent seiner 66 Millionen Menschen ständig in der Kaserne halten soll, ist absolut nicht einzusehen.

Uebrigens muß angesichts der Klage, die Stärke der deutschen aktiven Armee betrage nicht mehr 1 Prozent der Bevölkerung, auf die Tatsache hingewiesen werden, daß die Militaristen dabei die Einjährig-Freiwilligen von der Bildfläche verschwinden lassen. Allerdings werden sie gesetzlich auf die Präsenzstärke nicht angerechnet, weil sie sich selbst kleiden und verpflegen. Deswegen sind sie aber dennoch da und verrichten den Waffendienst. Die Zahl der jetzt vorhandenen Einjährig-Freiwilligen können wir nicht genau angeben, da sie im Militärstatistik nicht enthalten ist und auch in den andern Statistiken, die uns zur Hand sind, fehlt. 15 000 sind es aber mindestens. Stellen wir nun fest, wie viele Köpfe die deutsche aktive Armee am 1. Oktober 1912 an Unteroffizieren und Gemeinen zählte. Es waren vorhanden: 531 004 Gemeine, 92 347 Unteroffiziere, 15 000 Einjährig-Freiwillige, im ganzen also 638 351 Köpfe.

Man hat aber die deutsche Armee auch noch 26 037 Offiziere, die doch auch nicht vom Monde gefallen sind, sondern aus dem Deutschen Reich kommen. Zählt man sie hinzu, so ergibt sich, daß am 1. Oktober 1912 die Zahl der im Deutschen Reich ständig unter den Waffen stehenden 664 388 betrug. Das Reich hatte am 1. Oktober 1912 ungefähr 66 000 000 Einwohner. 1 Prozent davon sind beinahe 660 000. Und daher kommen wir auf Grund der nackten Zahlen zu dem Resultat, daß die Kopfzahl der deutschen aktiven Armee sogar etwas mehr als ein Prozent der Bevölkerungszahl ausmacht!

Daß die neue Militärvorlage überhaupt nicht recht zu begründen ist, geht schon daraus drastisch hervor, daß ihre Verfechter sie bald so, bald so zu rechtfertigen versuchen. Bald wird mit dem schon erwähnten 1 Prozent der Bevölkerung operiert, dann heißt es wieder, die preussische Militärverwaltung ziehe wie immer in weiser Voraussicht die Lehren aus dem Balkankrieg. Dazu ist zu bemerken, daß der Balkankrieg, der in seinen Details noch sehr im Dunkel gehüllt ist, bis jetzt nur gelehrt hat, daß man stehende Truppen ordentlich verpflegen und mit Munition genügend ausrüsten muß sowie daß man Leuten, die nicht einmal Zahlen lesen können, moderne Kriegsgewehre nicht in die Hand geben soll. Das hat man aber alles schon vorher gewußt. Im „Tag“ hat eine „hervorragende fachmännische Seite“ die Vorlage auf eine dritte Weise begründet, indem sie meinte, die Balkanverbündeten hätten sich jetzt so stark erwiesen, daß Oesterreich gegen sie in einem großen europäischen Kriege mehr Streitkräfte stehen lassen müsse, so daß es gegen Rußland nicht mehr so viele Truppen schicken könne, wie bisher geplant war. Dieses Manöuvre das Deutsche Reich ausfüllen. Das ist zweifellos eine neue reizende Seite der Bündnispolitik im allgemeinen und des deutschen Bündnisses mit Oesterreich im besondern. Weil man es in Wien gar so ausgezeichnet versteht, Serbien noch mehr in die Arme Rußlands zu treiben, weil die schwarzgelbe Politik durch die Annexion Bosniens und der Serzegowina den Anfang der jetzigen Balkankrise verschuldet hat, soll das deutsche Volk künftig jährlich 100 oder gar 150 Millionen im Jahre mehr schweigen. Rußland pumpt wegen der großen Liebe, die Frankreich zu ihm empfindet, nur die französischen Kapitalisten an. Wer nichts herleihen will, braucht nichts herzugeben. Beim deutsch-österreichischen Bündnis aber müssen, wenigstens nach der Theorie jener hervorragenden militärischen Seite, alle Reichsdeutschen für die Fehler der österreichischen Diplomatie zahlen. Das ist zweifellos sehr angenehm.

Der eigentliche Grund für die kommende Militärvorlage ist aber sehr einfach: Weite Kreise des Volkes sind durch das seit Monaten währende Geschrei von der Kriegsgefahr verängstigt, sie können gar nicht genug Soldaten sehen und daher ist die Gelegenheit zur Schaffung der fehlenden dritten Bataillone und zur Ausfüllung der nach der Anschauung der Offiziere sonst noch vorhandenen „Lücken“ äußerst günstig. Diese Situation wird ebeu rücksichtslos ausgenutzt. Wer sich darüber wundert, ist selbst sehr wunderlich. Aber von vaterländischer Notwendigkeit soll man in ernstern Kreisen schweigen.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 12. Februar 1913.

Braunschweig und Preußen.

Leser der bürgerlichen Presse müssen glauben, daß es auf der Welt kein wichtigeres Ereignis gibt als die Verlobung der Prinzessin Viktoria Luise mit dem Prinzen Ernst August. Wir erleben eine Szene aus dem grauesten Mittelalter. Aus Staatsräson, im Interesse zweier Fürstengeschlechter werden zwei Menschenkinder zusammengetan, ein deutsches Land mit einer halben Million Seelen soll infolge dessen seinen Herrscher wechseln. Und die bürgerliche Presse, die liberale voran, singt Jubelhöre. Keinem dieser Zeitungsschreiber fällt es ein, wie sehr er durch dieses Geschmeichel und Gehudel sich selbst und das ganze deutsche Volk erniedrigt. Gäbe es nicht zu Heil und Ehre des Volkes eine sozialdemokratische Partei und Presse, die von diesem würdelosen Treiben weit abseits steht, ganz Deutschland wäre heute eine einzige Bedientenstube.

Das Berliner Hofmarschallamt darf sich jedenfalls zu diesem Erfolg gratulieren. Daß es ihn aber, sicher nicht ohne Mühe, herbeigeführt hat, zeigt wieder einmal, wie groß das Verlangen der Herrschenden ist, ihre sogenannten Untertanen für sich und ihre Häuser begeistert zu sehen. Als Staffage für Fürstentage ist das Volk immer noch gut genug. Man liebt es, wenn es in dichten Reihen die Bürgersteige säumt, den Glanz höfischer Aufzüge bewundert, wenn es die Hüte schwenkt, Hoch und Hurra ruft. Aber wenn es verlangt, wie ein andres zivilisiertes Volk behandelt zu werden, wenn es Rechte fordert, die dem Engländer wie dem Oesterreicher, dem Württemberger wie dem Badener selbstverständlich sind, dann gibt es immer noch Minister, die von den verrohenden Wirkungen der Demokratie reden, und die Majestäten und Hoheiten allernüchternigst versichern: dies alles sei nur die Mache einiger gewissenloser Agitatoren, das brave Volk sei gar nicht so, all diese Forderungen seien ihm nur aufgeschwätzt, es selber aber erbeude in monarchischen Gefühlen und werde schon von heiligen Schauern erfaßt, wenn ihm eine vorbeifahrende leere Hofkutsche den Straßenkot auf die Kleider stricke.

Braunschweig, das jetzt den Schwiegerjohn des Preußenkönigs zum Herzog bekommt, ist selber ein kleines Preußen. Politisch bedeutet ihre hochzeitliche Verbindung die Verschmelzung des Dreiklassenstimmens mit dem berufständischen Wahlrecht, und wie in Berlin haben sich auch schon in Braunschweig die Polizeistrafen mit dem Blute der Wahlrechtsdemonstranten gefärbt. Ja man kann sagen, das braunschweigische Wahlrecht ist beinahe noch schlimmer als das preussische. Bei den letzten Reichstagswahlen sind im Herzogtum unter 99 111 Stimmzetteln 38 180 sozialdemokratische abgegeben worden, das sind rund 40 Prozent. Im braunschweigischen Landtag sitzt aber kein einziger Sozialdemokrat, kein einziger Vertreter der arbeitenden Volksmassen!

Am letzten Dienstag ist dieser Landtag wieder zusammengetreten. Er hat die Kunde von der Verlobungsfeier mit derselben pflichtschuldigen Begeisterung aufgenommen, mit der er seinerzeit den Regierungsantritt des mecklenburgischen Prinzregenten begrüßte und mit der zweifellos auch jeder beliebige andre hohe Herr empfangen worden wäre, der sich durch Kauf, Laus, Erbchaft oder Heirat in den Besitz des Herzogtums gesetzt hätte. Und dann ist er an die Arbeit gegangen — welche Arbeit? Ein neues Schulgesetz soll geschaffen werden, das — in protestantischem Lande! — an flexibler Luduldjamkeit seinesgleichen sucht, das die bildsamen Gehirne der Kinder völlig den bewährten Kunstgriffen geistlicher Erzieher anvertraut, jeden Rest von Freiheit und Individualität aus dem Unterrichte verbannt.

Nach dem Entwurf soll die Schule nach wie vor die „christliche“ Bildung verschaffen, die Schulpflicht umfaßt die Verpflichtung zum Besuch der kirchlichen Kinderlehre, der Pastor ist nicht nur Mitglied des Schulvorstandes, sondern auch dem Lande auch dessen Vorsitzender. Das Konfessionarium wird als oberste Schulbehörde neu bestätigt. Natürlich soll dabei auch die „vaterländische“ Bildung nicht außer acht gelassen werden, und man muß schon jetzt mit Grauen daran denken, mit welchen Gehirnerrenkungen die behauerswerten Lehrer wehrlose und hochzollernische Geschichtsmitlerung werden miteinander in Einklang bringen müssen! Sinn des ganzen Encourts: der Lehrer ist nichts, die Eltern sind erst recht nichts, das Konfessionarium ist alles.

Die Sozialdemokratie des Landes hat den Kampf gegen dieses Konfessionarium mit allen Kräften aufgenommen. Wo aber bleiben die Liberalen? Sie nun, sie bleiben in demselben Kavaliersstil, in dem sie sich während der braunschweigischen Wahlrechtskämpfe auch befanden, und sie werden es erst verlassen, wenn die herzogliche Hochzeitstafette vor dem Tore der guten Stadt Braunschweig steht. Dann werden sie ihre Häuser beslaggen, mit Tücheln winken und Hurra schreien. Denn das „wahre“ Volk ist treu und wieder. Es liebt seine Fürsten, auch die, die ihm über Nacht geküßelt werden, und jene Leute, die noch an etwas andres denken als an die Ränge einer prinzeßlichen Brautkleberin, jene, die für die Geistesfreiheit, für bürgerliche Gleichberechtigung der Unterdrückten kämpfen, sind überflüssig, aufgeweckte Elemente mit einem Worte: Sozialdemokraten.

Ja, es ist leider wahr: ein großer Teil des deutschen Volkes erlebt die Geschichte noch in demselben Sinne, in dem sie für die Kinder in amtlich approbierten Schulbüchern geschrieben wird. Ein anderer Teil aber, ein bedauerlicher, stetig wachsender, ist wach und lebend geworden, und er wird dafür sorgen, daß sich in die Ränge des preussisch-braunschweigischen Hochzeitsmählchens auch unsere Töne mischen. Mag dieser oder jener Prinz diese oder jene Prinzessin heiraten, das sei ihre eigene Sache. Volksherrschaft aber, die sich mitten im Hygiantinismus noch etwas wie Selbstbewußtsein bewahrt haben, wollen sich weder vererben noch

erheiraten lassen, sie verlangen ihr Selbstbestimmungsrecht in Preußen wie in Braunschweig, im Reiche wie in der ganzen Welt.

Es wirkt symbolisch: Am Dienstag hat der Reichstagspräsident den „hohen Verlobten“ zu dem „glückverheißenden Ereignis“ allernüchternigst gratuliert. Mittwoch aber kommt der sozialdemokratische Antrag zur Beratung, der das allgemeine, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht für alle Bundesstaaten! —

Justizetat und Klassenjustiz.

Es ist so, wie Genosse Heine im Reichstag erklärt hat: jedesmal, wenn der Vorwurf der Klassenjustiz erhoben wird, wehren sich dagegen die bürgerlichen Parteien und führen dann selbst Fälle einseitiger Rechtsprechung an. Der Vorwand lautet immer, daß Einzelfälle noch nicht eine Verallgemeinerung zuließen. Aber es ist nicht nur die maßlose Häufung der einzelnen willkürlichen und parteiischen Urteile, die zum Schlusse drängt, daß die ganze Organisation der Rechtspflege ihr den Charakter der Klassenjustiz aufzwingt. Wenn die Justiz und ihre Organe so oft und regelmäßig in einer und derselben Richtung tendenziös wirkt, so muß doch auch der wohlwollendste Beurteiler zu der logischen Folgerung gelangen, daß die berichtigten Einzelfälle dem Wejen der Rechtspflege selbst entzerrungen.

Der Nationalliberale Litz und der Fortschrittler Doktor Müller (Meiningen) waren es, die heute gegenüber der sozialdemokratischen Anklage den Schutz der Justiz mit jener Redensart übernahmen. Herr Dr. Müller (Meiningen) suchte seine Verteidigung noch dadurch etwas wirkungsvoller zu färben, daß er der Sozialdemokratie den Fall Hildebrand vorhielt. Genosse Heine, der selbst zu den eifrigsten Gegnern des Ausschusses Hildebrands gehört hat, antwortete mit der ganz selbstverständlichen und überzeugenden Frage, inwiefern auch ein taktischer Irrtum innerhalb einer politischen Partei irgendwie die Richter oder die Staatsanwälte entlasten könnte.

Unser Redner hat dann mit neuen Beispielen wiederum dargelegt, was wir unter Klassenjustiz verstehen, und daß die Tatsache dieser Klassenjustiz nicht abzuleugnen ist. Ein großer Teil seiner Darlegungen war der Tätigkeit der Staatsanwaltschaft gewidmet, deren Verhalten namentlich im Falle Hans Hyan nicht nur von Heine selbst, sondern auch von dem fortschrittlichen Redner und sogar — natürlich mit all der gebotenen Voracht — auch vom Staatssekretär Dr. Visco preisgegeben wurde.

Unre Geuerichschaft zu der ganzen Einrichtung der Staatsanwaltschaft, wie sie besteht und wie sie funktioniert, wird die sozialdemokratische Fraktion deutlich bekunden, wenn die Abtinnung über den vom Staatssekretär geforderten sechsten Reichsanwalt erfolgt. Genosse Heine setzte in aller Klarheit die Gründe auseinander, die uns zur Ablehnung dieser Forderung veranlassen, und exemplifizierte namentlich auf das Verhalten der Reichsanwaltschaft in den zwei Verfahren, die seinerzeit gegen Genossen Dr. Liebkecht durchgeführt wurden. Damals beantragte sie Zuchthaus, unter dem unerhörten Vorwand, daß eine republikanische und antimilitaristische Gesinnung immer eine ehrlose Gesinnung sei. Dafür, daß Heine die Reichsanwaltschaft in diesem Zusammenhang das Instrument politischer Gehässigkeit und Ehrabschneiderei nannte, erhielt er einen Ordnungsruf, der allerdings die Anklagebehörde nicht im geringsten entlastete.

Auch das Zentrum lehnte den sechsten Reichsanwalt ab, freilich aus ganz andern Gründen. Genosse Heine sprach sie rüchrichtlos aus, als er das Verhalten des Zentrums auf dessen Feindschaft gegen den Staatssekretär zurückführte. Dagegen vermahnte sich später der Zentrumsredner Dr. Bell, der die Gelegenheit nutzte, um zu erklären, daß das Zentrum den Kampf gegen den Kanzler auf anderem Felde führen werde. Das hindert natürlich nicht, daß niemand so recht an die tatsächlichen Motive bei der Ablehnung des neuen Reichsanwalts glauben möchte. —

Die Wahl in Nordhausen gültig.

Am Dienstag wurde von der Wahlprüfungskommission des Reichstags die Prüfung der Wahl des Abg. Dr. Cohn, der in Nordhausen als sozialdemokratischer Kandidat gegen den Fortschrittler Dr. Wiemer gewählt wurde, zu Ende geführt. Wenn alle in dem Protest behaupteten Unregelmäßigkeiten als wahr erwiesen worden wären, hätten im äußersten Falle dem Abg. Dr. Cohn 231 Stimmen entzogen und dem unterlegenen Dr. Wiemer 749 Stimmen zugezählt werden können. Es hätte sich sonach um 1080 Stimmen gehandelt. Da Dr. Cohn aber eine Mehrheit von 1642 Stimmen hatte, so konnte am Resultat der Wahl nichts geändert werden. Die Kommission erklärte daher die Wahl definitiv gültig. —

Das Geheimmittelwesen.

Wie verlautet, gedenkt die Regierung dem Reichstag eine Vorlage zu unterbreiten, durch welche dem Handel mit Geheimmitteln entgegenwirkt werden soll. In dem Kurzfacheregesetz, das im vorigen Reichstag nicht mehr erledigt werden konnte, waren bereits Maßnahmen enthalten, die sich gegen das Geheimmittelwesen richteten. Dieser Teil der Vorlage gelangte in der Kommission überhaupt nicht zur Beratung, und schon damals ist der Regierung erklärt worden, sie möge die beiden Materien Kurzfacherei und Geheimmittelwesen nicht in einem Gesetz regeln, sondern für jede eine besondere Vorlage einbringen. Im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Regierung alles anwenden will, um den Geburtenrückgang aufzuhalten, scheint es sehr wahrscheinlich, daß eine Vorlage zur Bekämpfung des Geheimmittelwesens dem Reichstag zugehen wird. —

Die heilige Feme.

Zu Görlitz ist am letzten Sonntag ein agrarisches Fengericht zusammengetreten. Als Ankläger trat der Major a. D. Freiherr v. Voyn auf. Der Klugertweise nicht erschienene Beklagte war der Staatssekretär Delbrück. Der Ankläger verlas die Beschwerden, die gegen den Sünder erhoben werden:

1. Hat der Herr Staatssekretär Delbrück die eckige Iothringische Verfassung mit Hilfe der Sozialdemokratie zustande gebracht.
2. Hat er bei der Reichsversicherungsordnung von der „ritterlichen Kampfesweise“ des uns zur Genüge bekannnten sozialdemokratischen Abgeordneten Herrn Stadthagen gesprochen.
3. Hat er kürzlich erklärt, daß die Sozialdemokratie sich gegen früher geändert habe und milder und ungefährlicher geworden sei.
4. Demgegenüber hat er aber Angriffe gegen die Konserativen gerichtet, indem er ihnen andeutungsweise vorwarf, daß sie die soziale Frage nur mit Kampfmitteln gegen die Sozialdemokratie lösen wollten, sich aber der Einsicht verschließen, daß zu ihrer Lösung soziale Reformen nötig seien.
5. Verjagt der Staatssekretär den Arbeitswilligen den Schutz gegen die Streitposten, indem er sie auf die Zukunft verdrängt.

Als Eideshelfer des Freiherrn v. Voyn trat der Freischöffe Dr. Diederich Hahn auf. Er begründete die Anklage im einzelnen und wies außerdem nach, daß Herr Delbrück einen Mitschuldigen habe. Er wurde nicht genannt, aber jeder der „Wissenden“ verstand, auf wen die Rede Hahn zielte. Das Fengericht in seiner großen Langmut zieht diesen Anders zunächst noch nicht vor seinen Stuhl; es will ihm noch Gelegenheit zur Besserung geben. Um so weniger aber vermag der gegenwärtige Angeklagte seinem Geschick zu entgehen. Gegen den verurteilten Abwesenden richtete im Mittelalter der Freigraf einen Spruch, der schauerlich genug klang:

Den Angeklagten nehme ich aus dem Frieden und setze ihn aus allen Freiheiten, Frieden und Rechten in Königsham . . . Mache ihn unwürdig, achlos, rechtslos, ecklos, friedlos und unteilhaftig alles Rechtes und verleihe ihm und verkeme ihn . . . und werhe seine Seele Gott im Himmel, wenn er sie zu sich nehmen will.

Und dann war jeder Freischöffe gebeten, dem Ankläger bei der Vollstreckung des Urteils behilflich zu sein. Der Hals des Bösewichts war dem Strange verfallen.

Wie wird Ihnen, Herr Delbrück? Sie wissen, daß der, der einmal vor den Freistuhl gezogen wurde, erlebte ist, und zu allem Ueberfluß steht die Lagung des großen Gerichts zu Berlin im Zirkus Busch in allernächster Aussicht. Da wird der Oberstuhlherr das Urteil bestätigen, und was das zu bedeuten hat, das lehrt das Schicksal des Grafen Caprivi und des Fürsten Bülow, um von andern zu schweigen.

Wie aber wird es schließlich dem Herrn v. Bethmann-Hollweg gehen? Wie gesagt, in Görlitz nannte man ihn nicht. Aber wenn sich der Bündlerhäuptling Hahn wieder einmal darüber beschwerte, daß die Regierung die Konserativen beim Wahlkampf im Stiche gelassen habe, so darf der Herr Reichskanzler wohl ein Kreuz schlagen. Um so mehr als auch in der Zentrumspresse aufs neue versichert wird, daß man keinen Anlaß habe, ihn zu halten, wenn er „wie eine überreife Frucht vom Baume der Enttäuschungen geschüttelt werden solle“. —

Chinesische Eisenbahnprojekte.

Daß das angelsächsische Kapital mehr als das einer andern Nation von der wirtschaftlichen Eröffnung Chinas profitieren werde, war nach Lage der Dinge zu erwarten. Seit einiger Zeit wird mit britischen Finanzinstituten über den Bau von Eisenbahnen unterhandelt. Jetzt ist Sunjatzen von seiner Regierung beauftragt worden, demnächst in London die Unterhandlungen durch feste Verträge abzuschließen. Mit dem Eisenbahnbau werden eine Anzahl wichtiger Minenkonzeptionen verbunden sein. Daß es sich hier um eine Milliardenbeute handelt, ist hinlänglich bekannt. Ehe aber mit dem Abbau der ungeheuern Naturkräfte des Reiches begonnen werden kann, muß natürlich das Eisenbahnprojekt, teilweise wenigstens, realisiert sein.

Zur Ausarbeitung der Pläne für das Bahnnetz wurde schon vor Monaten die „Korporation der chinesischen Nationalbahn“ mit dem Sitz in Schanghai geschaffen. Zu ihrem Generaldirektor wurde Sunjatzen bestimmt. Wenn ihre Pläne irgend etwas vermiffen lassen sollten, dann jedenfalls nicht die Großzügigkeit. Es wird der Bau von 200 000 Li (96 000 Kilometer) Bahnen innerhalb 10 Jahren beabsichtigt. Die Ausführung dieses gigantischen Unternehmens soll von Anfang bis zu Ende als reine Geschäftssache, ohne jede politische Beeinflussung oder politische Vorteile, betrachtet werden.

Nun ist bis jetzt der chinesische Geist nicht an solche große Geschäfte gewöhnt gewesen. Er hat bislang mit unendlich kleineren Zahlen und Summen gerechnet. Ganz mit Recht wird befürchtet, daß die Chinesen kein Verständnis für die Größe des Planes haben, ihm mit Ungläubigkeit oder banger Zweifel begegnen würden. Dieser Eventualität verjucht Sunjatzen mit der Einführung des amerikanischen Weipfels vorzubeugen. In den Vereinigten Staaten seien zwischen 1881 und 1890 60 000 Meilen Bahn gebaut worden, obgleich damals dort die Hilfsmittel, Arbeiter usw. nicht in dem Maße vorhanden gewesen seien wie in China.

Der Bau von 96 000 Kilometern Bahn erfordert 12 500 Millionen Mark. Das ist ohne Zweifel eine sehr große Summe, allein sie ist unbedeutend im Vergleich zu den ungeheuren Vorteilen, die diese Bahnen bringen, wenn sie vollendet sind.

Nach Sunjatzen bietet die Ausbringung der 12 500 Millionen keine unübersteigbaren Hindernisse. Die Hauptsache bei dieser Frage sei die Stellung des chinesischen Volkes. Wenn dieses die Vorteile eines ausgebauten Bahnnetzes, wodurch ein sicherer, schneller und billiger Transport gewährleistet wird, einsehe, dann würde die Realisierung des Bahnprojekts gewiß sein.

Hoffentlich kommt Sunjatzen von den Vertragsverhandlungen mit der Londoner Hochfinanz mit demselben Optimismus zurück, mit dem er diesen Kommentar zu dem Eisenbahnprojekt geschrieben hat. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 12. Februar 1913.

Mehr Rückgrat!

Durch unsere Parteipresse geht folgender beachtenswerter Artikel: Es kommt nicht selten vor, daß Arbeiter bei der Redaktion des Arbeiterblattes vorkommen und erbittert über die Art und Weise klagen, wie sie von den Arbeitgebern oder den vorgesetzten Beamten behandelt werden. Im Anschluß daran wird eine öffentliche Klage von dem Arbeiterblatt gefordert. Auf die Frage, was denn derjenige, der von seinem Arbeitgeber oder Vorgesetzten grob und beleidigend behandelt wurde, demgegenüber getan habe, erkönt nicht selten die Antwort: nichts! Das ist ein erheblicher Mangel an Selbstbewußtsein. Gewiß sollen die unangemessen Behandelten nicht etwa wieder schimpfen oder in der Erregung zu irgendeiner Unbesonnenheit sich hinreißen lassen; damit setzen sie sich lediglich ins Unrecht und schaden sich unter Umständen meistens noch empfindlich. Aber sie hatten die Pflicht, sich eine ungehörige Behandlung auf der Stelle energisch zu verbitten.

Mangel an Rückgrat ist es auch, wenn ein Arbeiter Mißstände in einem Betrieb erst dann entdeckt, wenn er diesen aus irgendeinem Grunde schon verlassen hat. Wer den Mut zur Kritik erst dann findet, wenn er den kritisierten Zuständen entronnen ist, bringt sich sehr leicht in den Verdacht, daß der Zweck seines Tuns nicht die Abhilfe der gerügten Zustände, sondern Rache ist. Jeder, insbesondere der organisierte Arbeiter hat die Pflicht, die Beseitigung grober Mißstände sofort anzustreben, sobald er davon Kenntnis erhält. Das Arbeiterblatt kann und soll zur Kritik in der Öffentlichkeit erst dann in Anspruch genommen werden, wenn andere Mittel nicht angewandt werden können oder versagt haben. Auf keinen Fall darf es benutzt werden, daß Berüchtigte an einem Unternehmer oder Vorgesetzten ihr Mitleiden fühlen.

Mehr Rückgrat ist ferner zu fordern gegenüber dem Bestreben der Arbeitgeber, die Arbeiterschaft durch direkte oder indirekte Anwendung von Zwangsmitteln in die gelben Reihen zu treiben, oder von den freigewerkschaftlichen Organisationen fernzuhalten. Wenn irgendein Dreiviertel-Invalide der Organisation fernbleibt, ist das nicht verwunderlich, ihm kann man darob keinen großen Vorwurf machen; wenn aber vollkräftige tüchtige Arbeiter im besten Alter sich aus ängstlicher Rücksichtnahme und in der Befürchtung, dem Arbeitgeber könnte das nicht willkommen sein, der Organisation fernbleiben, so ist das eine Angstkneipe, die hart an Zimmerlichkeit grenzt. Der jetzt so modern gewordene Vorbehalt, daß man ja doch — denken könnte, was man wolle, ist nur ein recht saden-scheiniges Mäntelchen für ein solch rückgratloses Verhalten. Diese Art von „Freiheit“ besaß auch der Sklave längst vergangener Zeiten.

Darum sollte jeder, der noch nicht in die Reihen der kämpfenden Arbeiterschaft eingetreten ist, sich gehen und nachdenken, ob er nicht als gerader und selbstbewußter Mensch, als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft, die Pflicht hat, gerade dort Rückgrat zu zeigen, wo er als Hauptfaktor auftritt und für andre Werte schafft! Keine Krasthuberei, die zuweilen bei lange geschundenen und gebrühten Menschen als Reaktion aufzutreten pflegt und in diesem Falle verständlich ist, fordern wir, sondern selbstbewußten Stolz, der sich gegen unwürdige Zumutungen und beleidigende Geringschätzung aufbäumt und sich in ehrlücher Entzückung unerstickt und kaltblütig Genugtuung beschafft! —

Ein Streitprozeß beschäftigte am heutigen Mittwoch das hiesige Schöffengericht. Der Arbeiter Paul Haring streckte im Herbst v. J. während des Streites bei Mundlos u. Ko. mit und soll am Abend des 5. November v. J. bei einer Ansammlung von Menschen auf dem Moritzplatz zwei Arbeitswilligen zugerufen haben: „Streitbrecher, Hungerleider!“ Er bestrafte das entschieden, er will nur zugehen und gehört haben, wie andre Leute, auch Frauen und Kinder, Streitbrecher usw. riefen. Er selbst habe kein Wort gesagt. Demgegenüber behauptet der Schuhmann Mecklenburg, er sei zum Schutze von zwei Arbeitswilligen mit einem Kameraden nach dem Moritzplatz kommandiert gewesen. Der Zeuge will genau gehört haben, wie Haring den Arbeitswilligen dreimal zurief: „Streitbrecher, Hungerleider!“ Das letzte Mal hätte der Angeklagte die Worte ihm, dem Zeugen, förmlich ins Ohr geschrien. Die Angaben Haring's werden von der Zeugin Frau Müller und einem ebenfalls ganz unbeteiligten Zeugen bestätigt, der nicht zu den Streitenden gehörte, bestätigt. Sie behaupten, die Worte Streitbrecher und Hungerleider seien aus der Menschenmenge gerufen worden, aber der Angeklagte hätte nichts gerufen, denn sie seien nahe bei ihm gewesen und hätten es hören müssen, wenn er es gerufen hätte. Der Amtsanwalt führte aus, daß eine schwere Lippenbelohnung und Vergewaltigung Arbeitswilliger vorliege, die nicht schwer genug bestraft werden könne. Es wurden wegen öffentlicher Beleidigung vier Wochen Gefängnis und Publikationsverbot in drei Zeitungen beantragt. Der Verteidiger Dr. H. u. m. e. i. c. h. l. a. g. wendete sich scharf gegen die Annahme des Amtsanwalts, daß nur die Aussage des Schuhmanns glaubhaft sei. Ein Schuhmann sei nicht unfehlbar, er könne irren, wie jeder Mensch. Die beiden andern Zeugen seien unbeteiligt, der Angeklagte sei ihnen völlig fremd und sie sagten, sie hätten es hören müssen, wenn Haring etwas gerufen hätte. Bemerkenswert sei, daß diese beiden Zeugen sich sofort, als der Schuhmann Haring sagte, gemeldet und gesagt hätten: „Der Mann hat ja gar nichts gemacht; das können wir bezeugen.“ Wo sollten wir denn hinkommen — so führte der Verteidiger aus — wenn man lediglich den Schuppluten glaubte und andre Gegenzeugen einfach nicht beachte; man würde ja geradezu vogelfrei werden. Es wurde Freisprechung eventuell eine geringe Geldstrafe beantragt. Das Gericht erwiderte, daß sich die Zeugenaussagen nicht gegenüberständen, doch sei die Aussage des Schuhmanns die bestimmtere und nach der Sachlage glaubwürdigere. Die andern Zeugen hätten sich wohl geteilt. Es wurde auf 60 Mark Geldstrafe und Publikationsverbot im „Central-Anzeiger“ und „General-Anzeiger“ erkannt.

Gegen die Konkurrenzklause. In den letzten Tagen fand eine vom Zentralverband der Handlungsgehilfen einberufene öffentliche Versammlung statt. In der nach einem vorzüglichem Referat des Redakteur L. a. r. g. e. (Berlin) beschlossene wurde, eine Eingabe an den Reichstag abzugeben mit dem Ersuchen, die Konkurrenzklause vollständig und für alle Dienstverträge zu verbieten, weil sie den guten Sitten widerspricht. Die in dem Gesetzentwurf, der dem Reichstag vorliegt, vorgesehene Entschädigungspflicht könne in keiner Weise den Wünschen der Angeklagten genügen die durch die Konkurrenzklause bedingt werden. Die geringe Entschädigungspflicht würde aber auch immer nur eine Scheinbare bleiben, da der Prinzipal das Recht haben soll, bei der Kündigung des Dienstvertrags auf die Konkurrenzklause zu verzichten und sich dadurch auch von der Entschädigungspflicht zu befreien. Aus diesen Gründen wünschten die Versammelten, daß der dem Reichstag vorliegende Gesetzentwurf zur Änderung der §§ 74, 75 und des § 76 Absatz 1 des Handelsgesetzbuches so ausgestaltet wird, daß die Konkurrenzklause für alle Dienstverträge verboten werden.

Achtung, Metallarbeiter! Auf dem Neubau der Chemischen Fabrik in Wetzelsleben bei Helmstedt sind Differenzen zwischen den Konstruktoren und Helfern ausgebrochen. Es handelt sich um Lohn und Arbeitszeit. Die Monteure wollen versuchen, in Magdeburg Leute zu werden. Zugang ist fernzuhalten. Die Verwaltung. —

Genossenschaftswäscherei „Neptun“. Unter diesem Namen haben sich in Magdeburg, dem Zuge der Zeit folgend, elf Inhaber von Wäschereien und Blättereien zusammengeschlossen zur Gründung einer Dampfwascherei (E. G. m. b. H.). Wie der bisherige Vorsitzende des Vereins der Wäscherei- und Blätterereien Magdeburgs und Umgebungs, Herr John, in der Gründungsversammlung mitteilte, soll der Zweck der neuen Gründung der sein, die Kleinbetriebe in der Wäscherei leistungsfähiger zu machen. Daß die Räume der Kleinen nicht in den Himmel wachsen, dafür werden die Großbetriebe trotzdem wohl Sorge zu tragen wissen. Die Höhe des Geschäftsanteils wurde auf 200 Mark, die Höchstzahl der Anteile auf 100 festgelegt. Ebenso wurde die Haftpflicht auf 200 Mark beschränkt. Das neue Statut wurde durch beraten und mit geringen Änderungen angenommen. Die Eintragung in das Genossenschaftsregister soll möglichst beschleunigt werden. Das übliche Interat, worin dem Publikum mitgeteilt wird, daß die Preise für die zu waschende Wäsche mit Rücksicht auf die Erhöhung der Preise für Rohprodukte usw. eine kleine Steigerung erfahren müssen, wird nun wohl nicht mehr lange auf sich warten lassen. —

Radfahrwege und die Arbeiterradfahrer. Der Magdeburger Verein für Radfahrwege hielt am Montag eine Sitzung des Gesamtvorstandes ab, in der der Vorsitzende Dr. Stern in empfehlender Weise die „Einrichtung von Arbeiterarten und Arbeiter-Zusatzarten zu ermäßigten Preisen“ berichtete. Diese Karten, voraussichtlich zum Preise von 1,50 bzw. 1 Mark, sollen, so führte der Redner nach einem Bericht der „M. Ztg.“ aus, die Inhaber berechnen, sofern sie den Jahresbeitrag von der Zahl „13“ am Ende tragen, im Kalenderjahr 1913 auf sämtlichen Vereinsradfahrwegen zu fahren. Nur wer die Karte gelöst hat, darf sie benutzen. Sie ist auf Verlangen den Vorstandsmitgliedern und den Aufsichtsberechtigten vorzuzeigen. Die Zusatzarten gelten für die Familienangehörigen. Die neue Einrichtung entspricht einem oft geäußerten Wunsch der Arbeiterkreise. Die Inhaber der Arbeiterarten sollen nicht Vereinsmitglieder werden. Büchlingen sie die Mitgliedschaft zu erwerben, so haben sie den satzungsgemäßen Jahresbeitrag von mindestens 3 Mark zu zahlen. Man erwartet, daß etwa 6000 Arbeiter von der neuen Begünstigung Gebrauch machen werden. Die Arbeiter-Radfahrervereine haben sich bereit erklärt, ihrerseits die bestmögliche Benutzung der Arbeiterarten mit zu kontrollieren. Die eingehender Besprechung der Angelegenheit beschloß die Mehrheit sich und die erforderte Satzungsänderung der nächsten Mitgliederversammlung zur Genehmigung zu unterbreiten. Mitgeteilt konnte noch werden, daß voraussichtlich noch in diesem Jahre der oft geäußerte Wunsch, einen Radfahrweg von der Ueberfuhrstelle am Friedrich-Wilhelm's-Garten auf dem Hohen Horn nach dem Fortverbindungsweg zu schaffen, erfüllt werden würde. —

Arbeiterjugend. Die Budauer treffen sich am Donnerstag in der „Italia“.

Neuer Wegname. Nach einer Bekanntmachung des Volkseigenen Amtes ist mit Zustimmung des Magistrats dem öffentlichen Wege der kurz vor der Düppler Mühle die Obensteincher Chauffee schneidet und die Grenze zwischen Magdeburg und Obensteincher Gebiet bildet, der Name Grenzweg beigelegt worden. —

Die strafbare Doppelversicherung. Der Zimmermann Wilhelm M. war seit langem Mitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse, gehörte aber auch seit Juli 1912 der Maurer-Ortskrankenkasse an. Als er dann im Herbst erkrankte, ließ er sich unter Verzicht auf beiden Ortskrankenkassen zahlen. M. erklärte am Dienstag vor dem hiesigen Schöffengericht, die Bezüge aus beiden Kassen hätten seinen Wochenlohn nicht überstiegen und es sei doch statthaft, sich bis zur Höhe des Lohnes zu versichern. Er habe nicht gewußt, daß man das nicht in zwei Ortskrankenkassen dürfe, sondern nur in einer Ortskrankenkasse und einer freiwilligen Kasse. Es sei ein Verstummen seinerseits gewesen, aber keine betrügerische Absicht. Die Allgemeine Ortskrankenkasse ist durch den Angeklagten um 16,50 Mk. geschädigt. Auf Grund des Beweisergebnisses nahm das Gericht an, daß M. sich nicht im guten Glauben befunden habe, und erkannte wegen Betrugs auf 30 Mark Geldstrafe. —

Schwurgericht Magdeburg. Die zweite Schwurgerichtsperiode beginnt am 24. d. M. unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Reschke. —

Unfälle. Der Schlosserlehrling Max Heiser, Breiter Weg 219 wohnhaft, wurde am Dienstag abend von seinem Bruder mit einer Schußwaffe versehenlich in die rechte Kopfschläfe getroffen und schwer verletzt. Der Arbeiter Julius Hansen, Kassenstr. Nr. 11a wohnhaft, wurde von einem Wagen überfahren und hierbei beide Beine verletzt. Die Genannten fanden Aufnahme in der Krankenanstalt Miltadt. —

Vom Straßenbahnwagen erfasst. Heute morgen gegen 7 1/2 Uhr wurde der Fleischerlehrling Friedrich H. aus der Schrottdorfer Straße, als er auf einem Fahrrad sitzend, von der Großen Schulstraße über den Breiten Weg fahren wollte, von einem Straßenbahnwagen erfasst und vor den Wagen geworfen, aber von dem vom Wagenführer sofort heruntergelassenen Fanganetz aufgefangen. Er kam mit einer kleinen Kopfverletzung davon. —

Schon wieder grober Unfug. Zu dieser von uns gestern gebrachten Notiz wird uns von der Mutter des Knaben, der am Montag den Feuermelder Friedentrasse gegeben und dadurch das Auslösen der Feuerwehre veranlaßte, mitgeteilt, daß von einem Unfug nicht die Rede sein könne, da ihr Sohn erst 6 Jahre alt sei und lediglich durch Spielen an dem Feuermelder die Alarmierung hervorgerufen hätte. Wie der „Amtliche Anzeiger“ hier meldet, hat die Polizei bereits Strafantrag gegen den jugendlichen Täter gestellt. (?) —

Gefohlen wurden aus einem Schuppen im Industriegebiet ein Fahrrad „Original Vorwärts“ (Fabriknummer 304070) mit schwarzem Rahmen, gelben Felgen, Freilauf mit Nützritzbremse und nach oben gebogener Ventflange; aus einem Stalle, der sich in einem Garten zwischen der Großen und Kleinen Diesdorfer Straße befindet, sieben Kaninchen; vor dem Hause Lüneburger Straße 2 ein Fahrrad „Nittis“ mit schwarzem Rahmen, gelben Holzfelgen, Freilauf mit Nützritzbremse und gerader Ventflange mit grünen Griffen; aus einer verlassenen Wohnung der Tischlerstr. eine silberne Damen-Remontenuhr mit Goldband und ein rötlisches Damen-Klappentemonaie mit 11,50 Mark. —

Konzerte, Theater, Sport etc.

Stadttheater. Am Donnerstag findet zum Gedächtnis von Richard Wagners Todestage eine Aufführung seines Meisterwerks „Tristan und Isolde“ mit dem kgl. württemb. und herzogl. sächs. Kammer-sänger Herrn Oskar Wolf vom Stadttheater in Hamburg in der Partie des „Tristan“ statt. Die Premiere von Subermanns Schauspielnovität „Der gute Ruf“ findet am Freitag statt. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Elise Schmidt-Körler (Karla), Elise Heller (Anna Schmitt), Johanna Tischinger (Doroti); die Herren Albert Grosz (Kommerzienrat Weißegger), Karl Weinborne (Wag), Karl Schmidt (Direktor Schrödt), Georg Braag (Kommerzienrat Ter-mählen), Arthur Pater (Baron v. Danna). Am Sonnabend beginnt der kgl. Kammer-sänger Wilhelm Herold sein diesjähriges Gastspiel mit „Carmen“. Am Dienstag den 18. d. M. singt der Künstler die Titel-partie in „Lohengrin“ und am 22. den Turiddu in „Capellaria rusticana“ und den Cantio in „Bajazzo“. Der Vorverkauf für diese Gastspiele hat bereits begonnen. Für Sonntag abend ist Halévy's beliebte Oper „Die Jüdin“ mit Herrn Kammer-sänger Pennarini in der Partie des Elazar angelegt während nachmittags als volkstümliche Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen Lessings „Rathen der Weise“ zur Aufführung gelangt. —

Operetten-Theater. Johanna Dwehler, der Komponist von der Operetten-Komödie, wird die Aufführung seines Wertes „Die Millionenknecht“, welche am Montag stattfindet, selbst leiten; auch die beiden Librettisten, Kurt Kraag und Jean Kren, werden anwesend sein. Da Kren und Kraag hier in Magdeburg schon sehr erfolgreich aufgeführt wurden, ist es nicht zu verwundern, daß für die Montag-aufführung ganz besonders Interesse erweckt ist, zumal diese Aufführung auch gleichzeitig zum Benefiz für die Sourette Josef Suströvit's angelegt ist. —

Letzte Nachrichten.

Sieg der Türken bei Skutari? Privattelegramm bringt die Nachricht von einem großen Siege der Türken bei Skutari. Danach hatten die vereinigten Montenegroer und Serben schon beinahe Skutari eingenommen, wurden aber nach heldenhaftem Gegen-waldfas zurückgeschlagen und hatten furchtbare Verluste. Wenigstens 2000 Serben und Montene-griner sollen tot sein. Zwei serbische Bataillone seien gefangenengenommen worden. An amtlichen Belgrader Stellen verlautet über diese Meldung natürlich nichts. Weitere Klöbsboischaften aus Skutari und auch von der Tschataldscha-linie liegen vor. Die Verluste der Montenegroer und Serben vor Skutari sollen danach mehr als 5000 Mann betragen. Auf türkischer Seite sind angeblich nur 2000 Mann gefallen. In Cetinje herrscht die größte Bestürzung. Belgrader Blätter melden, daß König Nikolaus von Mon-tenegro ein Telegramm an den russischen Kaiser gerichtet und dringend um Hilfe gebeten habe. —

Bs. Cetinje, 12. Februar. Amlich werden noch Einzelheiten über die Schlacht auf dem Bardanjos belanntgegeben. Da-nach kam es bei der Einnahme des Berges in den Gräben der Schanzen zu einem wahren Gemetzel, das 2 Stunden dauerte. Der Gipfel des Bardanjos war durch dreifache Stachel-draht-zäune geschützt. Eine serbische Abteilung, die die Aufgabe hatte, Erdtina zu nehmen, führte den Angriff nicht aus, weil sie erkundet hatte, daß der Feind über starke Artillerie verfügte. Sie verzögerte sich deshalb bei Buschati, um die Ankunft von Artillerie abzuwarten. Bei der Einnahme von Buschati nahm die serbische Abteilung einen türkischen Offizier und 30 Soldaten gefangen. Die Montenegroer haben in der Umgebung des Bardanjols 150 Gefangene gemacht. —

Bs. Konstantinopel, 12. Februar. Heute früh 15te sich plötzlich auf dem russischen Panzerschiff „Kostliw“, das als zweiter Stationärdienst, ein Schuß. (1) Die Kugel verurachte am Kai von Tophane einige Beschädigungen. Nach einem Bericht sollen auch zwei Menschen getötet oder verwundet worden sein. Von türkischer Seite wird erklärt, es handle sich nur um einen Unfall, der sich während eines Geschützüberrückens ereignet habe. Der Kommandant des Schiffes beilegte sich, sich bei den Seebehörden mit dem angegebenen Grunde zu entschuldigen. —

Bs. Cattaro, 12. Februar. Bei dem gestrigen General-sturm auf die besetzten Höhen von Skutari wurden die Serben, die bei Brdija angriffen, vollständig und mit sehr großen Verlusten zurückgeschlagen. Dagegen gelang es den vereinigten Montenegroern und Serben im Osten, die von den Albanern verteidigten Berge mit dem Bajonett nach einem vierstündigen Sturm unter furchtbaren Verlusten zu nehmen. —

Bs. Konstantinopel, 12. Februar. Eine amtliche Mit-teilung des Kriegsministeriums berichtet: Seit vorgestern ist auf dem rechten Flügel Tschataldschas eine Veränderung eingetreten. Dieser trieb den Feind in der Richtung auf Alban zurück. Bei dem Angriff einer aus Freiwilligen des linken türkischen Flügels bestehenden Echundigungs-abteilung erlitt der Feind eine Niederlage. Die Echundigungsabteilung drang in Tschataldscha ein und besetzte die Stadt. Der Feind räumte die Höhen von Balut, die Tschataldscha im Westen be-grenzen. Die türkischen Streitkräfte, die sich in Papasburgas festgesetzt hatten, nahmen dann auch den östlich gelegenen Höhenkamm. Nur zehn Bulgaren konnten sich retten. Die Hauptmacht der Bulgaren zieht sich weiltlich zurück. —

Bs. Konstantinopel, 12. Februar. Ein offizielles Com-muniqué besagt, daß die Bulgaren am 10. Februar einen einmaligen er-folgreichen Angriff auf Bulair unternommen haben. Sie mußten aber wieder zurückweichen. In Bulair herrschte gestern vollkommene Ruhe. Etwa sieben oder acht griechische Schiffe zeigten sich an der Küste von Zimbros. —

Sofia, 12. Februar. Das bulgarische Hauptquar-tier erklärt kategorisch, daß bisher, mit Ausnahme von Podima und Tscharkoi, wo die Türken mit den bekannten Verlusten zurück-geschlagen wurden, kein Landungsversuch unternommen worden ist. In der Tschataldschalinie sei es zu keinem bedeutenden Zusammenstoß gekommen. Was die Halbinsel Gallipoli betrifft, genügt es zu sagen, daß die Türken in der Schlacht von Bulair mehr als 15000 Tote und Ver-wundete (?) hatten, um zu verstehen, wie lächerlich es ist, von türkischen Erfolgen in dieser Zone zu sprechen. — (Diese Erklärung bestätigt die alte Erfahrung, daß im Kriege die eine Partei abstrittet, was die andre meldet. Red.) —

E. Schönebeck, 12. Februar. (Privattelegramm der „Volkstimme“.) Eine gewaltige Explosion er- eignete sich heute mittag auf der Sprengstofffabrik von Alendorff. Gegen 12 1/4 Uhr erschütterte eine starke Detonation die Luft und eine ungeheure Rauchwolke hüllte sofort die Fabrikanlagen ein. Der Materialschaden ist bedeutend, ob Menschen verletzt wurden, konnte bis zur Stunde nicht festgestellt werden. —

Bs. Charlestown, 12. Februar. Fünf Mitglieder der Staatslegislatur sind unter der Anklage verhaftet worden, zusammen 20000 Dollar dafür angenommen zu haben, daß sie einem Kandidaten für den amerikanischen Senat ihre Stimme ge-ben haben. —

Bs. Roum, 12. Februar. Die mit der Revision der Wähler-listen betraute römische Provinzialkommission hat die Eintragung des Königs in die Wählerliste des zweiten römischen Wahl-bezirks einstimmig für ungesetzlich erklärt und ihre Streichung beschlossen. —

Bs. London, 12. Februar. Die „Times“ meldet aus Jaffa von vorgestern aus arabischer Quelle: Die unabhängige arabische Regierung von Tripolitaniern, d. h. die Organisation Barini-Beis in Jaffa hat Feindseligkeiten gegen die Italiener eröffnet. Der Arab Said el Nasr ist von Jaffa mit 4000 gut ausgerüsteten Leuten in dem Gebiet von Orfella angelangt; ferner sind aus dem Tuzarg-Gebiet 2000 Mann von Suara und Adilat angeknagt. Sie haben erfolgreiche Angriffe auf die Italiener unternommen, die Verluste an Menschen und Vieh erlitten haben. —

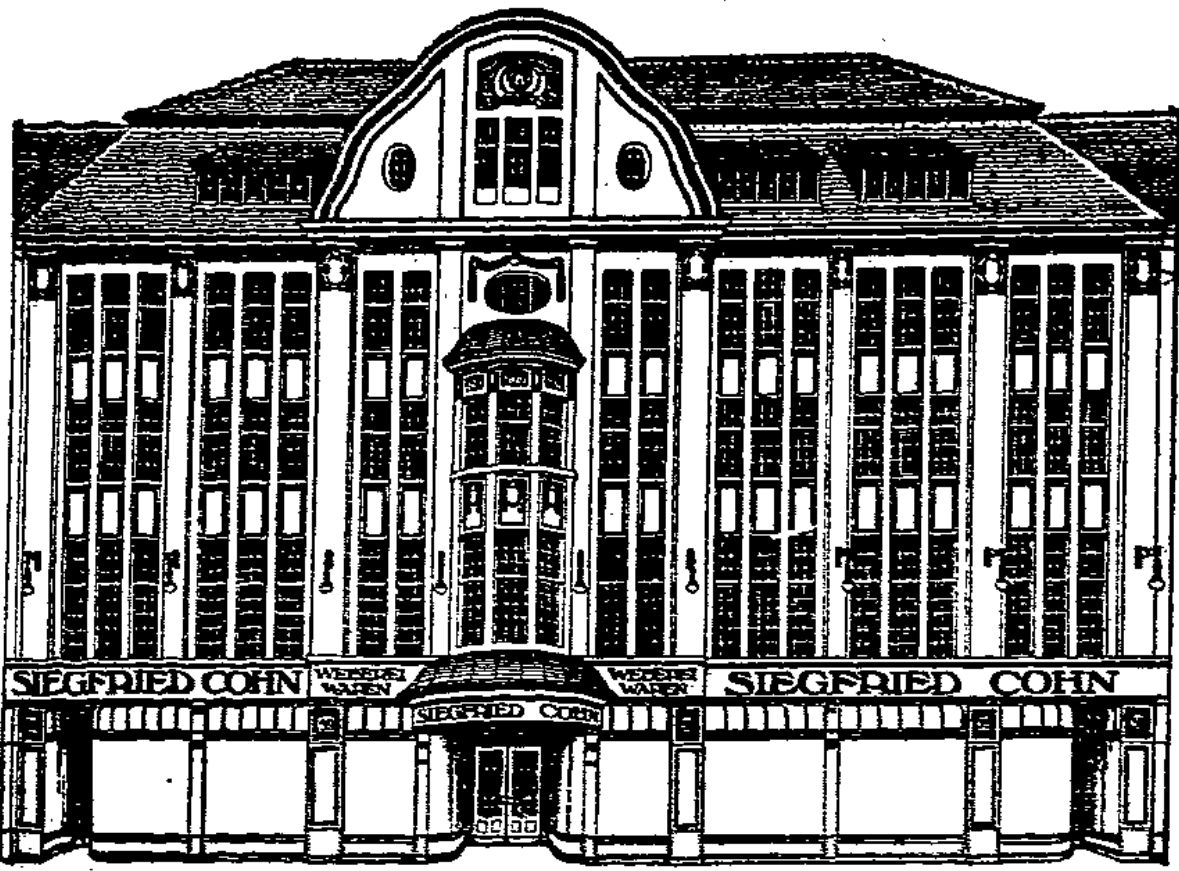
Bs. Washington, 12. Februar. In einer heute früh im Weißen Hause abgehaltenen Konferenz, an der der Präsident Taft, der Kriegssekretär, der Marinesekretär und Offiziere der Armee und Marine teilnahmen, wurde beschlossen, heute noch weitere drei Schlachtschiffe nach der Ostküste von Mexiko zu senden. Ferner wird Befehl gegeben werden, un- verzüglich zwei Truppentransportschiffe bereitzustellen, um zum Schutze der Amerikaner und andern Ausländer Truppen nach Mexiko zu befördern, falls die Lage sich dort verschlimmern sollte. —

Wettervorhersage.

Donnerstag den 13. Februar: Keine Witterungsänderung. —

Ca. 750 Stück weiße Zierschürzen unübertroffen
billig

Verkauf 1. Etage





jetzt

1 05



Prinzeßform und mit Träger aus Stickereistoff, wie Zeichnungen

Siegfried Cohn

Weberei-Waren Breiterweg 58-60.

Leser und Leserinnen, deckt eure Einkäufe nur in den Geschäften, die in der „Volksstimme“ inserieren!

Lange & Münzer
51^a Breiteweg 51^a



Spezialabteilung für

- Trauer-Hüte** :: ::
- Trauer-Blusen** :: ::
- Kostüm-Röcke** :: ::
- Handschuhe | Schleier ::
- Krawatten : | Flore etc. :

Ein Pfund:	hat einen Fettgehalt	Ein Pfund kostet Mk.
Butter	vom ca. 85%	1.50
Palmona	vom ca. 90%	0.90
Palmin	vom 100%	0.75

Man erhält also für
Eine Mark



0 56 1 00 1 33
Pfund Speisefett

Zöpfe! empfiehlt F. Lüders, Haarhandlung, Apfelstraße 10b, I, neben „Walhalla“. Anfertigen u. Anarbeiten. Bitte auf Schaukasten achten!

Einen Posten Strümpfe,
Herrensocken (reine Wolle), Trikotagen, Unterröcke, Kinderhosen, Mützen, Sweater, Westen, Kragenschoner u. Handschuhe usw., teilweise aus einer Konfektmasse stammend, verkauft, solange der Vorrat reicht, billigt
Hausindustrie für Strickwaren, Lüneburger Str. 19.

Möbel

Spezialhaus
Friedrich Lorenz
Peterstr. 17 Telefon 1103 Peterstr. 17
Bräutleute und Möbeltäufel!

Ich empfehle nachfolgende nützlich 598

Wirtschaft

bestehend aus 1 Kleiderschrank, 1 Vertiko oder 1 Büfet, reich geschm. 1 ff. Klüschlofa mit Spiegelumbau, 1 Truceau mit Stuhl, 1 Sofa oder 1 Auszugstisch, 4 hochleh. Stühlen, 1 Schrank mit Stange, 2 engl. Bettstellen mit mod. Matratzen, 1 Waschtiseltisch mit Spiegel, 2 Stühlen; 1 Küche, grau, bestich, aus 1 Büfet, 1 Tisch ober 1 Uhrschie, 1 Rid, 2 Stühlen u. 1 Seltzer.

für zusammen nur **475 Mark.**

Große Auswahl in Speisekammern, Herrenzimmern, Wohnzimmern, Salons, Schlafzimmern, mod. Küchen.

Transport frei, auch nach außerhalb! — Befähigung ohne Kaufzwang gern gestattet.



1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 37.

Magdeburg, Donnerstag den 13. Februar 1913.

24. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

109. Sitzung.

Berlin, 11. Februar, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Bischoff.

Präsident Kämpf teilt die Verlobung der Prinzessin Viktoria Luise von Preußen mit dem Prinzen Ernst August von Cumberland mit und bittet um die Ermächtigung, dem Kaiser und der Kaiserin dazu die Glückwünsche des Reichstags auszusprechen zu dürfen. (Die bürgerlichen Abgeordneten haben sich von den Kläsen erhoben.)

Kurze Anfrage.

Abg. Dr. Müller (Meinungen, Fortsch. Vp.) fragt: Ist der Reichskanzler bereit, über die letzten Vorgänge in Peking bezüglich des Zustandekommens der 6-Millionen-Anleihe Auskunft zu erteilen, insbesondere über die Verteilung der Veranlagungsstellen bei der Vergebung der Anleihe und deren Folgen?

Schleimner antwortet: Mit der chinesischen Regierung ist ein Vertrag über eine Anleihe von 25 Millionen Pfund Sterling für Reorganisationszwecke zustande gekommen. Zu ausländischen Beratern sind ein Däne, ein Italiener und ein Deutscher vorgeschlagen. Es sind, da mehrere Staaten unberücksichtigt bleiben würden, Verhandlungen eingeleitet worden, in welcher Weise die Beraterposten unter die beteiligten Mächte zu verteilen wären. Deutschland nimmt dabei einen Posten für sich in Anspruch. Die Einwendungen gegen den ursprünglichen chinesischen Vorschlag richten sich übrigens in keiner Weise gegen die Persönlichkeit des Deutschen.

Abstimmungen

über einige zurückgestellte Resolutionen und Anträge.

Die sozialdemokratische Resolution, die den Reichskanzler auffordert, dahin zu wirken, daß in derselben Weise wie für die großen Städte die Einführung von Frischfleisch und Schlachtvieh in allen Gemeinden zugelassen wird, in denen die erforderlichen Schutzvorrichtungen gegen Verbreitung der Viehseuchen vorhanden sind, wird in namentlicher Abstimmung mit 173 gegen 162 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Für die Resolution stimmen die Sozialdemokraten und die Volkspartei.

Die Resolution der Volkspartei auf Errichtung eines Instituts für die wissenschaftliche Erforschung der Wirtschaft wird mit den Stimmen der Volkspartei, Sozialdemokraten und Polen angenommen.

Ueber die sozialdemokratische Resolution auf Regelung des Krankenpflegewesens muß die Abstimmung durch Sammelstimmverfahren erfolgen, da das Bureau über das Resultat zweifelhaft ist. Die Resolution wird mit 190 gegen 118 Stimmen abgelehnt.

Die Resolution der Polen auf Unterbrechung der gesundheitlichen Verhältnisse der Bergarbeiter in Oberschlesien und die der Sozialdemokraten, die diese Unterbrechung auf alle Bergwerke ausdehnen will, werden angenommen.

Etat des Reichsjustizamts.

3. Tag.

Abg. Bitt (nall.): Den Vorwürfen der äußersten Linken gegen unsere Richter müssen wir entgegentreten. Ganze Stöße von Urteilen liefern den Beweis, daß unsere Richter sehr wohl bestrebt sind und es auch verstehen, sich in die soziale Lage der Angeklagten, speziell sozialdemokratischer Angeklagter, hineinzufinden. — Der Resolution Welker auf Einführung des Zwangsvergleichs außerhalb des Konkurses stimme ich zu; ein solches Gesetz würde eine wesentliche Verbesserung unserer Kreditwirtschaft herbeiführen. — Dringender wäre die gesetzliche Regelung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Notwendig wäre auch eine großzügige Reform des Strafprozesses. Sehr wünschenswert ist eine Erhöhung der Gebühren der Rechtsanwälte.

Abg. Dr. Dertel (kons.): Wir werden einen sechsten Reichsanwalt bewilligen, wie es auch die Sozialdemokraten in der Kommission getan haben. Es ist merkwürdig, daß sie ihre Vertreter in der Kommission hier desabouieren. Mein Parteifreund Holtzke hat lediglich zur Ermüdung empfohlen, die Prügelstrafe einzuführen, und ich schätze mich ihm an. Ein Zusammenwirken von Presse und Kriminalbehörden ist gewiß erstrebenswert und notwendig; aber ein Teil der Presse vernimmt geradezu den Verbrecher, steigt in sein Seelenleben hinein und macht ihn zu einem Helden. Der halbe Ausschluß der Öffentlichkeit, bei der man die Presse zuläßt, sollte doch sehr beschränkt angewendet werden. Der Staatssekretär hat ja keinen direkten Einfluß darauf, aber einen indirekten, wenn er mit diesem und jenem spricht. (Hört, hört! links.) Die Gerichtsbarkeit mit ihrer sensationellen Aufmachung ist ein direkter Anflug. Leider treiben auch führende Weltblätter bürgerlicher Richtung diesen Anflug, Blätter, die aus der Parteilosigkeit ein Geschäft machen. (Sehr richtig!) Den Kampf gegen die Schuldliteratur, gegen den Schmutz in Wort und Bild, haben wir seit langem geführt. Es ist schon besser geworden. Wer unsittliche Sachen verbreitet, kann von dem Empfänger wegen Beleidigung verklagt werden. Davon sollte mehr Gebrauch gemacht werden. Leider erfolgen immer noch Freisprechungen auf diesem Gebiete, die ich absolut nicht verstehe. Hier genügen die bestehenden Gesetze nur dazu, um die gemeinsten Joten von der Jugend fernzuhalten, aber sie reichen nicht aus, um Erzeugnisse schlüpfrigen Inhalts zu verfolgen, die sich mit dem Mantelchen der Wissenschaft und Kunst umgeben. Diese Art der Wissenschaft und Scheinwissen verzieht das Volk. Deshalb begrüßen wir das in Aussicht gestellte Gesetz, die edle Kunst hat dabei nichts zu befürchten. Redner bepricht die Paragrafenfrage und fordert für den Dichter das Recht, zu verhindern, daß 30 Jahre nach seinem Tode sein Werk vor jedem aufgeführt werden darf. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Müller (Meinungen, Fortsch. Vp.): Hoffentlich tritt Herr Dr. Dertel in Zukunft mit seinen Freunden auch für die Öffentlichkeit im Militärgerichtsverfahren ein. Um den Schmutz in Wort und Bild zu bekämpfen, muß vor allem größere Selbstsucht in der sogenannten besten Kreise gefördert werden. In einem Prozeß in Wien konnte sich der Angeklagte darauf berufen, daß er keine Unschmerzbar allen in den Kreisen der Geistesfreiheit und des Hochadels hatte. (Hört, hört!) Die Hauptverantwortung liegt in der Abgrenzung der wirklichen Kunst. Was uns die Einigung so sehr erschwert, sind die Erzeugnisse der preussischen Verwaltung, z. B. das Verbot der „Weber“ von Hauptmann. Dem neuerschaffenden Reichsanwalt stimme wir zu; es ist bedauerlich, daß dabei von Zentrum und Sozialdemokratie politische Momente hineingetragen werden. Ein unhaltbarer Zustand ist auch, daß Schriftsteller wie Gyan vor Gericht freigeiprochen werden, und daß trotzdem das betreffende Buch überall beschlagnahmt wird, weil irgendein Kolporteur bestraft worden ist. (Sehr richtig!) Mit dem Wust, der unsere unruhigen Polizeibehörden umgibt, muß endlich aufgeräumt werden. Die Straffucht muß eingeschränkt werden, besonders gegen Jugendliche. Der Ausdruck „Klassenjustiz“ ist recht häßlich. (Abg. Seine (Soz.): Die Tatsache ist noch härter!) Die Herren sagen mir, es handelt sich nicht um bewusste Rechtsbeugung. Bei 93 Prozent Ihrer Anhänger erweckt

aber Ihre Presse die Meinung, als ob das Recht bewußt gebeugt werde. Gewiß sind die Richter von den Anschauungen ihres Milieus abhängig. Sie gehen aber vielfach aus einem geringeren sozialen Milieu hervor als ein erheblicher Teil ihrer scharfen Kritiker. Sie behaupten mit dem Vorwurf der Klassenjustiz, daß die Richter aus von ihnen selbst genährten Vorurteilen das Recht falsch anwenden, und das ist falsch. (Abg. Seine: Nein!) Auch das ist falsch, was der Abg. Landsberg gestern gesagt hat, daß die Mejerendare, um zugelassen zu werden, ein Vermögen nachweisen müssen. In Preußen ist derartige ja in den letzten Jahren Praxis geworden. (Abgeordneter Seine (Sozialdemokrat): Seit 25 Jahren!) Wir haben diese plutokratischen Ansprüche stets bekämpft; sie zu verallgemeinern, ist aber sicherlich unrichtig. Unsere Gerichte sind ängstlich bemüht, jeden Verdacht der Parteilichkeit zu vermeiden. (Abg. Seine: Wollen Sie das ganz allgemein behaupten?) Nein, in einzelnen Fällen werden schwere Fehler gemacht; aber wo kommt das nicht vor? Haben Sie schon ein Gericht gefunden, das einen Mann verurteilt würde wegen einer Schrift, von der die Richter selbst keine Kenntnis genommen haben, oder wo eine Substantivierung der Anklage nicht vorhanden war, wie es der Parteitag der Sozialdemokratie in Chemnitz mit Hildebrand gemacht hat. (Sehr gut! b. d. Fortsch. Vp.) Der Abg. Seine hat ja gegen die Verurteilung Hildebrands Front gemacht und anerkannt, daß dadurch Ihre eigne Stellung bei der Kritik der Gerichte sehr geschädigt worden ist. Ich gebe Seiner darin recht, daß nichts gefährlicher ist als die sogenannten politischen Urteilsgründe. Das Amtsgericht in Leingo hat gegenüber dem Kollegen Neumann-Hofer darin ganz Unglaubliches geleistet, aber die Strafkammer hat das Recht wiederhergestellt. Im Falle Hildebrand vermissen wir eine solche Wiederherstellung des Rechtes. (Sehr gut! b. d. Fortschrittlichen Volkspartei.) Es macht sicherlich einen schlechten Eindruck, wenn die Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse Anklage erhebt bei einer Verleumdung gegen Konserwatve, bei andern aber nicht, wenn konservative Zeugen als glaubwürdiger hingestellt werden, als andre. Aber die deutsche Justiz in ihrer Allgemeinheit hat mit solchen Exzessen nichts zu tun. Gegen die Eintragung des Bundes der Landwirte in das Vereinsregister haben wir gar nichts. Wir werden die liberalen Vereine aber jetzt auffordern, sich auch einzutragen zu lassen, und dann werden wir ja sehen, ob sie auf ebensowohl Objektivität stoßen werden. In der Sache des Verzeivereins bleibt es dabei, daß ein unerhörter Eingriff der Verwaltung in die Justiz in dem Erlaß des Herrn von Dallwitz liegt. (Sehr richtig!) Wenn der Minister in dem Erlaß sagt, er wolle Recht haben, wenn die Landgerichte nicht im Sinne seines Erlasses handeln sollten, so hört man dabei ordentlich den bürokratischen Revolver knallen. (Weiterkeit und Sehr gut! links.) Wenn der preussische Minister keinen Sinn dafür hat, die Unabhängigkeit der Richter zu wahren, so muß das Parlament es tun. (Bravo! links.)

Staatssekretär Dr. Bischoff: Für die Unabhängigkeit der Richter werde auch ich stets eintreten, bleibe aber dabei, daß im Falle des preussischen Erlasses ein Eingriff in diese Unabhängigkeit nicht vorliegt. Der Minister hat sich lediglich auf Anregungen beschränkt, wie sie jedem Staatsbürger zustehen. Die Klagen über Einzichung von Büchern, wie im Falle Gyan, sind nicht ganz unberechtigt, insofern, als nach der heutigen Gesetzgebung der Beteiligten nicht gehört zu werden braucht. Eine Veränderung war in der hier-leider nicht zur Verabschiedung gelangten Novelle zur Strafprozessordnung vorgeschlagen. Eine weitere Erhöhung der Revisionssumme für Zivilprozesse ist nicht in Aussicht genommen. Dagegen wird eine Erhöhung der Zahl der Reichsgerichtsräte bei der Revision der Zivilprozessordnung verlangt werden. Den Vorwurf des Abg. von Trampczynski, das Reichsjustizamt hätte seine Pflicht vernachlässigt, die ihm auf Grund des Artikels 17 der Verfassung auferlegt ist, auf Wahrung der Reichsgesetze durch die Landesgesetzgebung zu achten, weise ich entschieden zurück.

Abg. Seine (Soz.):

Die Debatte hat so außerordentlich viel hochinteressante Fragen aufgerollt, daß ich bedauern, der vorgerückten Zeit wegen nicht auf alle eingehen zu können. Ich will das Wichtigste herausgreifen. In bezug auf die Stellung meiner Fraktion zur Frage des sechsten Reichsanwalts meinte Herr Dertel boshaft, die Fraktion habe die Stellung hervorragender Vertreter der Partei in der Kommission desabouiert. (Abg. Dertel: Nicht boshaft!) Sie werden nicht denken, daß ich so naiv wäre, anzunehmen, irgend etwas, was Sie in dieser Beziehung über mich sagen, wäre nicht boshaft. (Abg. Dertel: Ich bitte mich zu schämen!) Dann will ich wenigstens boshaft sein. (Vizepräsident Dove: Das ist zulässig! Weiterkeit.) Die vorläufige Stellungnahme von Fraktionsmitgliedern in der Kommission wird nachher oft von der Fraktion geteilt; was in der Beziehung geschieht, geschieht immer nur vorbehaltlich. Herr Dertel will ich nun daran erinnern, was wir vor wenigen Tagen in diesem Saal erlebt haben, wo er selber, nachdem er mit dem ganzen Gewicht seiner Persönlichkeit Aufsetzungen getan hatte, sich hier hinstellte und wie der alte Wrangel sagte: „Jetzt dementiere mir!“ (Weiterkeit.) Da werden wir doch noch Äußerungen von Kommissionsmitgliedern dementieren können. Die Gründe, die wir gegen den sechsten Reichsanwalt haben, sind nicht dieselben, die das Zentrum hat. Wir lassen uns durchaus nicht ins Schlepptau nehmen. Was das Zentrum mit dieser Ablehnung will, wissen wir genau, es will sich an dem Staatssekretär Dr. Bischoff wegen seines scharfen Angriffs auf Herrn Gröber anlässlich der Jesuitengeschichte des Herrn Nieberding. (Lachen i. Zr.) Das ist unsere Meinung! (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Aufregung des Herrn Dr. Bischoff habe ich ja damals auch nicht verstanden. Wir haben doch alle Herrn Dr. Nieberding gekannt und wissen doch, daß er ultramontan war; das Bürgerliche Gesetzbuch zeigt an verschiedenen Stellen Spuren von der Naivität des damaligen Reichsjustizamts gegen diese Politik und diese Weltanschauung, die jenseits der Alpen in einer römischen Kirche ihre Wurzeln hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ich wünschte, der jetzige Herr Staatssekretär würde dieser geistigen Richtung, dieser Partei gegenüber, etwas mehr Kraft und Energie und etwas mehr Ablehnung zeigen. Also wir haben ganz andre Gründe als das Zentrum. Es ist in der Tat eine Demonstration, wie Herr Schiffer meinte, wenn wir dagegen sind. Gewiß wird wegen des Fehlens des sechsten Reichsanwalts nicht eine Anklage weniger erhoben werden, aber wir haben nicht die Möglichkeit, der Reichsanwaltschaft in irgendeiner Weise entgegenzukommen nach den Erfahrungen, die wir mit ihr gemacht haben. Die Schuld ist noch nicht bezahlt, die die Reichsanwaltschaft auf sich geladen hat im Prozeß gegen unsere Kollegen und meinen Freund Dr. Liebnicht, als Herr Ohlshausen sich hinstellte und gegen diesen Mann, der nichts getan hat, als ehrlich seiner Überzeugung Ausdruck zu geben, eine Suchtbusstrafe beantragte. Herr Ohlshausen hat damals die Bestimmung des Strafgesetzbuchs, daß bei solchen politischen Prozessen, wo Suchtbus neben Festungsstrafe angedroht ist, auf Suchtbus erkannt werden soll, wenn die Tat aus ehrlöser Gesinnung heraus begangen ist, so ausgelegt, als ob eine republikanische und antimilitarische Gesinnung immer eine ehrlöse wäre. Er hat damit

das Reichsstrafgesetzbuch verbrocht.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Nachdem das Reichsgericht das abgelehnt hatte, hat zwar nicht mehr er, aber die Reichsanwaltschaft zum zweitenmal im Ehrengerichtsprozeß gegen Herrn Kollegen Doktor

Liebnicht denselben Versuch gemacht, eine politische Überzeugung zu infamieren. Wir wissen, Herr Ohlshausen ist ein Jurist von solcher Bedeutung und solchem Scharfsinn, daß wir nicht glauben, er habe selber an eine solche unmögliche Auslegung des Reichsstrafgesetzbuchs geglaubt. Wir wissen, daß das eine Verbeugung vor andern Kreisen gewesen ist, vor denen, die den ganzen Prozeß damals eingerührt haben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Solange die Reichsanwaltschaft diese Schuld nicht gesteht hat, daß sie sich zum Instrument einer politischen Gehässigkeit und Ehrabschneiderei gemacht hat, mag sie sich ihr Brot von jenen Kreisen erbitten, wir werfen ihr keinen Brocken hin. (Bravo! b. d. Soz.)

Was hier vorgeschlagen wird über eine Änderung des Gesetzes über das geistige Eigentum, geht nach meiner Meinung nicht an. Ich kann in dieser Sache nur meine persönliche Meinung sagen, da meine Fraktion darüber nicht beraten hat. Es handelt sich ja dabei auch um eine Sache, die hoch über allen Parteien steht, Wagners Kunst ist nicht mehr Sache einer einzelnen Partei, sondern Sache deutscher Kultur. Ich persönlich würde nichts dagegen haben, wenn das Deutsche Reich sich auch darauf besänne, daß es auch Kulturpflichten hat und eine Stiftung machte, um die musterergültige Ausführung eines solchen Werkes zu unterstützen, wie es früher König Ludwig von Bayern getan hat. Ich würde mich vor einem solchen ersten Schritt selbst dann nicht scheuen, wenn ich wüßte, daß als weiterer für dies öffentliche Stipendium dann Major Lauff in Betracht käme. (Weiterkeit.) Wir wissen, daß der Geschmack bei den Mächtigen immer nicht allzu stark entwickelt gewesen ist. Aber hier handelt es sich darum, eine Sache, die nicht mehr Sache der Mächtigen, sondern Sache des ganzen Volkes wäre, zu unterstützen, und wenn Herr Dertel bereit wäre, eine Million vom Militärretat zu streichen und für einen neu zu schaffenden Kulturretat zu bewilligen, so wäre ich für meine Person auf der Stelle dafür.

Was Herr Dertel über die Sensationspresse gesagt hat, waren Gemeinplätze. Es war gewiß alles sehr richtig. Aber dieselbe Presse, auf die er mit berechtigter Entrüstung hingewiesen hat, ist es auch, die die eigentlich dynastische Politik vertritt, nicht aus Überzeugung, sondern aus Servilismus und Sensationsmacherei. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Presse, die mit Begeisterung schilbert, wie sich das Volk auf der Straße rauft, wenn Sr. Majestät einen Zigarrenstummel wegwirft. (Weiterkeit.) Herr Dertel sprach von dem Böbel, welcher an diesen Sensationsberichten über nichts-würdige Verbrechen Gefallen findet. Ja, das ist Böbel. Aber, verehrter Herr Kollege, wenn dieser selbe Böbel — das ist nämlich derselbe — schreit: Köpfe, peitscht, schlegt mit Karitätsküssen, dann werden Sie sagen: Das ist die wahre Stimme des Volkes! (Sehr gut! b. d. Soz.) Ich habe große Bedenken gegen jeden weiteren Versuch, gesehbeberisch gegen die Unsitlichkeit, die Schuldliteratur, vorzugehen. Wir wollen sicher nicht die Schuldliteratur fördern, aber wir haben da doch unsere Erfahrungen. Was Herr Dertel vorbrachte, war alles richtig, aber diese Allgemeinheiten helfen uns nicht eine Spur weiter. Es kommt immer auf die Anwendung der Bestimmungen an, die darüber gegeben werden. Herr Dertel sagte, das Schlimme bei solcher Literatur wäre, daß sie in die Hände unreifer Menschen fallen könnte. Ja, das ist schlimm, aber das ist auch bei jeder guten Literatur möglich, also aus dieser Gefahr, daß junge Menschen etwas für sie Unverständliches, Unpassendes in die Hände bekommen können, können wir das Kriterium nicht hernehmen, denn dann müßten wir auch unsere ernsteste und tiefste Literatur an den Pranger stellen. Und wir fürchten eben, daß das geschehen werde. Wir scheuen das Feuer, weil wir gebannt sind. Wir wissen ja doch, wie eine gänzlich un-wissende Staatsanwaltschaftsbehörde gegen die ernsten, gediegensten literarischen und künstlerischen Werke vorgegangen ist. Hierin liegt auch der Grund, weshalb die Sachverständigen nicht zu entbehren sind. Ja, wenn alle Richter und Staatsanwälte etwas von Wissenschaft, Literatur und Kunst verstünden, dann könnte man die Sachverständigen entbehren. (Sehr gut! b. d. Soz.) Was verstehen Sie denn aber davon!

Ich erinnere an folgenden typischen Fall: Es wird ein Bild als unethisch angeklagt, ein wirklich ernstes bedeutendes Werk, ein nacktes Weib. Jetzt deduziert der Staatsanwalt und ihm folgt das Gericht, so: In dem Bilde ist zwar nichts, das an sich erotisch wäre, aber die Unkeuschheit empfindungen zu erregen, geht daraus hervor, daß die Brüste des Weibes gerade in der Mitte des Bildes sind. (Hört, hört! u. Weiterkeit.) Was ist das für eine

Ahnungslosigkeit von den Geistes der künstlerischen Komposition, die unter Umständen zwingt, wegen der Massenverteilung oder wegen der Linienführung die Sache gerade so zu machen und nicht anders. Und dieser Abscheu ist aus den Akten der Staatsanwaltschaft in das gerichtliche Urteil übergegangen! Das beweist, daß man doch Sachverständige braucht, welche den Leuten erst einmal auseinanderlegen, was die Regeln der Kunst erfordern.

Dann ist der Fall des Buches von Hans Gyan erwähnt worden. Es handelt sich um das Problem, wie es zu verhindern ist, daß ein Buch ohne Kenntnis des Verlegers und Verfassers in Ramsche nebenbei, ohne daß sie Gelegenheit hatten, sich zu verteidigen, plöblich verurteilt ist. Das Buch von Gyan ist ein gediegenes, ernstes, ein erschütterndes Buch von sozialpädagogischen Werten, wie wenige. Es ist übrigens im „Vorwärt“ als Zeitungsroman erschienen, und war schon seit Jahren verbreitet, da begann der Fehlzug des Polizeipräsidenten von Berlin gegen Herrn Paul Cassirer. Sie wissen, weshalb. (Zuruf: O ja! Weiterkeit.) Cassirer gibt eine Zeitschrift, „Pan“, heraus, das Buch ist in einem Verlag erschienen, der „Pan-Verlag“ hieß, aber gar nichts mit Paul Cassirer zu tun hat. Da jagte sich bei der Staatsanwaltschaft jemand: Pan — Pan, das muß zusammengehören, und erdachte sofort das Verfahren gegen Herrn Paul Cassirer, der mit dem Buche nichts zu tun hat. So praktiziert bei uns die Staatsanwaltschaft, und sie ist auch eine Justizbehörde. Das Verfahren endete mit vollkommener Freisprechung. Als sie erfolgt war, sagte der Staatsanwalt: Das macht mir gar nichts, ich habe inzwischen das Buch in einem Prozeß gegen einen andern mitverurteilen lassen, und schrieb an das Gericht mündlich: Ich beantrage, die vom Gericht freigegebenen Exemplare des Buches „Die Verführten“ mir zu überreichen, zwecks Vernichtung auf Grund des Urteils vom so und so vielen.“ (Hört, hört!) Es wäre Pflicht der Staatsanwaltschaft gewesen, von dem andern Prozeß den Verleger zu benachrichtigen, auch wenn das Gesetz ihn nicht dazu zwingt, dann hätte der Verleger auch dort für Verteidigung gesorgt, und es wäre auch dort Freisprechung erfolgt. Die Beschlagnahme trotz der Freisprechung ist, wie das Reichsgericht sagt, ein unerwünschtes Ergebnis.“ Meine Freunde und alle gebildeten Leute werden sagen: Das ist Unsinn. (Sehr gut!) Die Sache hatte aber noch ein Nachspiel. Es wurde nämlich auch eine neue Auflage dieses Buches auf Grund jenes Urteils beschlagnahmt. Das steht im Widerspruch mit dem Gesetz. Seit 20 Jahren stellt nach der Judikatur jede neue Auflage eines Buches eine neue Tat dar. Wenn ich ein verurteiltes Buch in neuer Auflage erscheinen lasse, kann ich deshalb von neuem angeklagt werden. Das ist gewiß bedauerlich. Nun soll aber auf einmal die Verurteilung einer neuen Auflage nicht mehr eine neue Tat sein. Das ist eine schlanke Gesetzwidrigkeit, und die Richter haben diese Gesetzwidrigkeit gebilligt. Hier ist dringend Abhilfe notwendig, wie auf vielen Gebieten unseres Rechts

rechts. Vor zehn Jahren habe ich diese Notwendigkeit schon betont. So wie ich unsere Reichspolitik beurteile, möchte ich allerdings heinade sagen, es ist gut, daß wir kein neues Reichsrecht inzwischen bekommen haben, denn es würde höchstwahrscheinlich nur verjüngert worden sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Eine andere sozialpolitisch wichtige Frage muß ich erwähnen. Beim Berggewerkegericht in Dortmund ist ein neues Statut erlassen, wonach die Arbeiter ihr Wahlrecht für die Beisitzer zu den Gewerbegerichten nur an dem Ort ausüben haben, wo sie in Beschäftigung stehen, während nach dem Gesetz auch der Wohnort in Frage kommt; außerdem sollen sie die Beisitzer aus ihrer Mitte wählen, also aus den auf der Besche Beschäftigten. Wird ein solcher Beisitzer abgelehnt, so hat er auch die Befähigung zum Amte des Beisitzers verloren. (Hört, hört! h. d. Soz.) Wenn der Arbeitgeber selbst verklagt ist, so kann er einfach den Richter aus seinen Diensten entlassen und wird ihn auf diese Weise auch als Richter los. Der Handelsminister in Preußen hat diesem Statut zugestimmt mit der Begründung, die Gewerbeordnung schreibe nur ein Minimum vor für die Bestimmungen bei der Bekleidung des Amtes, man könne daneben noch schärfere Bestimmungen durch Statut festsetzen. Mit demselben Rechte könnte der preussische Handelsminister in des Statut hinein schreiben, Sozialdemokraten oder Mitglieder des alten Arbeitgeberverbandes sind nicht wählbar. In Preußen ist in der Beziehung alles möglich, und bei den Grubenmagazinen erst recht! (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Nun zu dem vielbesprochenen Gebiet der Klassenjustiz. Herr Müller (Meiningen) hat das angezogen, was ich zum Falle Silberbrand gesagt habe. Was hat das aber mit den Richtern zu tun? Es war das ein verfehlter taktischer Akt, das habe ich meinen Freunden gesagt und sage es noch. Aber das richtig ist doch nicht die Dinge, die hier von den Richtern erwähnt sind. Seit 13 Jahren wiederholt sich hier immer dasselbe Schauspiel, man kann sich noch so vorzüglich und respektiert ausdrücken, kaum hat man geschlossen, so tritt die ganze Phalanx von rechts bis links, bis zu Herrn Müller (Meiningen) auf und protestiert gegen Verallgemeinerungen, und dann bringen die Herren selbst eine ganze Reihe solcher Dinge vor. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Was haben denn Dr. Cohn und Landsberg übertrieben, was haben sie vorgebracht ohne angemessenen Nachweis. Was wir vorbringen, prüfen wir auch nach, und deshalb gerinnen Ihre Vorwürfe gegen uns in nichts. Selbst die liberale Presse lamentiert, wir brachten nur Einzelheiten vor.

Auf Einzelheiten baut sich das Urteil auf;

würden wir sie nicht vorbringen. So würde es heißen, das sind allgemeine Behauptungen ohne Beweis. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Kritik richtet sich vor allem auch gegen die Staatsanwaltschaft, die sogar das Oberorgan der Klassenjustiz ist. Sie sagen, die Richter können nicht aus ihrer Haut heraus, sie können sich von den Einflüssen der Beziehungen und Anschauungen, die sie in das Amt mitgebracht haben, nicht befreien. Wir scheitern aber, daß manche Richter von dem Recht auf das die Hand doch einen sehr ausgiebigen Gebrauch machen. (Sehr richtig! u. Sehr gut!) Sie erklären die Sache wohl, aber damit ist sie doch nicht gerechtfertigt. Gerade Sie auf der rechten Seite begnügen sich doch auch sonst nicht mit historisch-ökonomisch-materiellistischer Erklärung, sondern verlangen die Anlegung juristischer Maßstäbe. Das die Welt nicht doch nicht von der Pflicht, alle diese Vorfälle zu kritisieren und auf Abhilfe zu dringen, sonst müßte es auch dem Justizminister und Selbstkritiker zugute kommen, die ja noch weniger aus ihrer Haut heraus können, als man es von einem höher gebildeten und unabhängigen Beamten verlangen muß. (Sehr gut! h. d. Soz.) Herr Schäffer sagt, auch wir Sozialdemokraten würden Klassenjustiz treiben. Ich verbitte mir diese Insinuation. Gerade die Arbeiter bemühen sich sehr ernst, wo sie als Richter fungieren, dem Gegner gerecht zu werden. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Wir stehen mit unserer Kritik der Klassenjustiz ja auch nicht allein. Herr von Grothuß, also einer der Ährigen, hat in seinem Buche über Klassenjustiz 100 Seiten mit bezüglichen Urteilen zusammengestellt. Gewiß gibt es Richter, die sich von solchen Anschauungen frei halten. Gewiß gibt es Richter, die sich von solchen Anschauungen eines Richters, aber ich erkenne es dankbar an. Allerdings gibt es auch große Gebiete, in die die Klassenjustiz überhaupt nicht hineinkommt; wo aber die Interessen der arbeitenden Klasse mit denen der herrschenden zusammenstoßen, werden die Richter vielfach durch die Unkenntnis der sozialen Verhältnisse und durch die Veranlassung, die sie aus ihrer Klassen- und Berufsstellung mitbringen, beeinflusst. Die politisch gerichteten Prozesse machen ja nur einen kleinen Bruchteil der Strafprozesse aus, aber gerade bei diesen Prozessen ist die Zahl der Verurteilten relativ sehr groß. (Sehr richtig! u. Sehr wahr!) Schon 1907 brachte ich einen Fall aus Breslau vor, wo ein Arbeiterkassierer auf Grund einer verfehlten Anlegung des § 153 der Gewerbeordnung zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt wurde, während bei genau demselben Tatbestand zunächst die Erhebung der Anklage abgelehnt wurde, und später nur demselben Gericht Freispruch ergab. (Hört, hört! h. d. Soz.)

Auch bei politischen Verurteilungen wird mit zweierlei Maß gemessen.

Herr Dr. Müller (Meiningen) erwähnte das Urteil des Amtsgerichts in Lemgo in bezug auf Neumann-Hofers Todesurteil gegen uns alle Tage vor. Ich erinnere nur an den Urteil des Hofes, daß Richard Fischer sich an Reichsanwaltschaften berechnen haben sollte. Als die Unterbringung die völlige Halsangelegenheit ergab, wurde das Verfahren eingestellt, weil man nicht kein öffentliches Interesse vorlag. (Hört, hört! h. d. Soz.) Wird nicht der Reichsanwalt, sondern der Sozialdemokrat bloßgestellt worden, so föhnt jeder das öffentliche Interesse vorzulegen.

Etwas Ähnliches habe ich beim letzten Wahlkampf in Dessau erlebt, wo unser Mann auf ein beleidigendes Mitglied des Reichsverbandes anwandte; der Redakteur wurde verurteilt, die Direktoren des Reichsverbandes wurden freigesprochen. Ich hätte da den unheimlichen Beweis, daß nicht gleiche Maß für alle gilt. (Zum h. d. Soz.) Verzichte Reichsanwalt! Ich will auch den Prozess gegen den Reichsanwalt von in Offen erwähnen, der nicht nur Parteigänger ist, aber in einer Verurteilung gesagt hat, die Vorgänge bei den Streikprozessen im Arbeiter erwecken den Eindruck der Unbilligkeit. Als Gemeinderat stellte ich unter Verweis, daß gemäßigt die Verurteilung auf 24 Stunden beschränkt wurde, daß die Angeklagten, die in Haft saßen, ein Schriftstück zur Unterzeichnung bekamen, wonach sie auf die Innehaltung der Schuldenstrafe verzichteten, daß solche dieses Schritts ein Angeklagter sowohl von der Strafkammer wie von dem Schöffengericht wegen derselben Sache angeklagt wurde, daß Strafen entgegen dem Gesetz verhängt wurden. Was das heute von dem Gericht als mehr anerkannt. (Sehr richtig! u. Sehr wahr!) Trotzdem sprach das Gericht eine Verurteilung aus, und zwar mit Höhe des höchsten Dolus eventuais. (Hört, hört! h. d. Soz.) Der Widerspruch mit diesem an sich gebunden juristischen Regime reißt von Jahr zu Jahr mehr ein — ich sagte schon, daß wir mit unserer Kritik nicht allein stehen. Ich kann auf den Oberlandesgerichtspräsidenten Schneider in Hamburg verweisen, auf Verurteilungen von Arbeitern im „Ammertal“, und auf die Urteile, die die Kollegen bringen hier vor zwei oder drei Jahren gemacht hat, wobei er selbst sich nicht scheute, manches Urteil im Monatrum der Reichspräsidentur zu nennen. Alle diese Urteile verurteilen die Verurteilung von Reichsangeklagten und Politik. Bei dem Arbeiteranwaltschaften hat Schneider aus Genossen in einem gerichtlichen Verfahren selbst das Grundgesetz von Arbeitern auf sozialistisches Gebiet. Das hat ihn nicht abgehalten, in dem Fall auch selbst Anklage zu erheben. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Es wird nicht besser werden, ehe diese Verurteilungen nicht sind, sondern ein Oberlandesgericht von herabgehenden Klagen in Preußen, die einmal überhandnehmen. Der politische Gegner bringt von uns

diese Weise nicht zu Falle, geistige Bewegungen unterdrückt man auf die Art nicht, man plant nur Gaf und Brachtung in die Geese der Gegner. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Abg. Schäffer wird als Oberverwaltungsgerichtspräsident ja wissen, in wie unerhörter Weise die Zeit des höchsten Verwaltungsgerichts vergebend werden muß wegen der Kleinlichen politischen Verfolgung von Vereinen. (Sehr richtig!) Die Bureaucratie kann es nicht vertragen, wenn jemand sich selber hilft, sie will möglichst viel Leute unter amtliche Aufsicht stellen, ungefähr wie der Landrat v. Wittgenstein gegen einen Lehrer, der ihn nicht stramm genug gegrüßt hatte, mit der Begründung vorgeht: Jeder Mann muß doch einen Vorgesetzten haben, und da mir kein anderer Vorgesetzter des Lehrers bekannt war, mußte ich annehmen, daß ich sein Vorgesetzter war. (Stürmische Heiterkeit.) Es ist ein jammervoller Zustand, daß die Justiz sich vor den Wagen dieser Bureaucratie spannen läßt. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Es gibt nicht nur vereinzelte Fälle von einschüchternden Fertümmern, sondern es ist ein ganzes System der Ungerechtigkeit, welches sich breit macht und auch dadurch nicht ausgelöscht wird, daß einzelne Richter sich von solchen Ungerechtigkeiten fernhalten. Dies System wird auch dann nicht gerechter, wenn man sagt: die Richter können nicht aus ihrer Haut heraus. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Nach einige Worte zur geplanten Reorganisation des Strafgesetzbuchs. Man hat gesagt: Die Regierung wolle sich nicht die Notizen aus dem Buchen nehmen lassen. So ist es auch. Der Vorwortsdruck zum neuen Strafgesetzbuch enthält wesentliche Fortschritte, daneben enthält er die reaktionärsten Bestimmungen, wie die Verschärfung des Nötigungsparagrafen, Bestimmungen, die die Ausübung des Koalitionsrechts, jede politische Agitation fortwährend in Widerspruch mit dem Strafgesetzbuch bringen würden. Deshalb will sich die Regierung nicht die Notizen aus dem Buchen nehmen lassen, mit denen sie wie beim Reichsvereinsgesetz die ungeheuerlichen Rückschritte mündgerecht machen will. Was ich sagte, richtet sich nicht gegen den Staatssekretär persönlich. Er hat mein tiefstes Mitleid, wenn er den Entwurf, den er nicht gemacht hat, vertreten muß. Hoffentlich braucht er es nicht mehr! (Heiterkeit.) Aber Sie können sich nicht übernehmen, wenn wir diesem Justizwesen auf allen Gebieten, wo es sich um politische und sozialpolitische Bestrebungen handelt, nichts andres entgegenbringen als das tiefste Mißtrauen. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Präsident Dr. Kämpf ruft den Redner wegen des im Anfang seiner Rede gegen die Reichsanwaltschaft erhobenen Vorwurfs, daß sie sich zum Instrument politischer Gehässigkeit und Ehrabschneiderei gemacht habe, zur Ordnung.

Abg. Dr. Vell: Die Behauptung einer gemeinamen Aktion von Zentrum und Sozialdemokratie bei der Ablehnung des sechsten Reichsanwalts ist das Produkt überhöhter Journalistenphantasie. Wir haben recht, verurteilt zu sein, aber unter Vorgehen richtet sich nicht gegen den Staatssekretär des Reichsjustizministeriums, sondern gegen den Reichskanzler. Gegen diesen werden wir an anderer Stelle mit offenem Bijer und blanter Waffe den Kampf führen. (Hört, hört!) Im Gegensatz zum Vorredner behaupte ich, daß die Mehrzahl untrer Richter bei der Verurteilung des Schmutzes in Wort und Bild keine Heranziehung von Sachverständigen nötig hat. Redner geht des weiteren eingehend auf die Vorbildung der Juristen ein.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr. (Sozialdemokratischer Wahlrechtsantrag.)

Schluß 7 Uhr. —

**Preussischer Landtag.
Abgeordnetenhaus.**

130. Sitzung.
Berlin, 11. Februar, vorm. 10 Uhr.

Am Ministertisch: Von Breitenbach.
Vizepräsident Dr. Kranke entwürdigt den durch den Landwirtschaftsminister ferngehaltenen Präsidenten und bemerkt dann, daß man gestern Abend durch eine überaus freundliche Hofhaft überrascht worden sei. Während sich die Abgeordneten erheben, holt der Vorsitzende die Genehmigung des Hauses dazu ein, zur Verlobung des Sohnes des Herzogs von Cumberland mit der Tochter des deutschen Kaisers die Glückwünsche des Hauses auszusprechen. Auch dem Herzog von Cumberland sollen diese Glückwünsche schriftlich übermitteln werden.
Dann wird der Bauetat weiterberaten.

Abg. Dr. Glattfelder (Ztr.) tritt entschieden für die Durchführung der Saar- und Mosellanalisation ein, die untrer Industrie den Bezug von Rohstoffen erleichtern und durch die Hebung der Steuertrahen den Einnahmeausfall der Eisenbahnen wieder ausgleichen werde.

Abg. Dr. v. Steinacker (Ztr.) unterstützt dieses Verlangen auch durch Hinweis auf den strategischen Wert der Saar- und Mosellanalisation. Während die Verkehrswege im deutschen Südwesten seit 1870 nicht wesentlich zugenommen haben, sind sie im französischen Nordosten viel dichter geworden.

Abg. Dr. Köchling (natl.) schlägt sich diesen Forderungen an und verweist auf die großen Verkehrssteigerungen in Deutschland.
Inzwischen ist der Präsident, Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz erschienen und richtet nun an das Haus die Anfrage, ob der morgige Mittwoch für die Budgetkommission frei gelassen werden soll, wie das der Vorsitzende dieser Kommission, Abg. v. Arnim-Jüchtem (konf.), beantragt.

Abg. v. Wappenheim (konf.) widerspricht. Das Plenum ist mit seinen Arbeiten zurück und die heutige Beratung des Bauetats geht doch auch er nicht in der in Aussicht genommenen Zeit durchbezogen werden wird.

Die Vertreter der Revisionisten, Nationalliberalen und des Zentrums stimmen dem Antrag v. Arnim zu. Mit Heiterkeit wird Abg. Hoffmann (Soz.) empfangen. Er sagt: Ich begreife Ihre Gelächter. Sie sind ja nicht Mitglieder der Budgetkommission, das gelächert aber dem Hause durchaus nicht zum Vorteil. (Rufen h. d. Heiterkeit.) Sehr richtig! h. d. Soz.) Sie könnten noch in der Budgetkommission manches erledigen, was wir jetzt im Plenum vorbringen müssen. Wie v. A. meine geistige Aufgabe wegen der Arbeiterentlassungen in Preußen. (Zum h. d. Abg. v. Wappenheim, dem die Bemerkung Hoffmanns offenbar schon zu lange dauert.) Aber Herr Oberpräsident, nur einen Augenblick. (Schallende Heiterkeit.) Trotzdem sind wir nicht Mitglieder der Budgetkommission sind, erkennen wir an, daß es sehr richtig entschieden hat. Wenn der Bauetat um einen Tag länger verschoben wird, als geplant war, so sind wir wieder nicht daran. Sie haben diesmal sogar bei der Generaldebatte auf das Wort verzichtet und wurden nach Herr v. Wappenheim schließlich, daß die Verhandlungen verschleppet werden. (Hört, hört! h. d. Soz.) Wir möchten durchaus die Arbeiten des Hauses zu fördern, wir sind ja auch bei den Abendstunden da, nicht so wie diejenigen, die sie weitläufig beschließen, aber nachher schlafen! (Geräusch links.) Aber schließlich ist es doch immer noch besser, der Landtag bleibt einige Tage länger geschlossen, als daß unsere Interessen und die der Mitglieder der Budgetkommission über Gehör ausgesetzt werde. (Zustimmung.)

Gegen den Abg. v. Wappenheim und einige Konservative beschließt das Haus, den morgigen Mittwoch freigesetzt zu lassen.

Abg. Schreiner (Ztr.) legt die Debatte über die Saar- und Mosellanalisation vor. Im Schwertzen betraf bereits eine parteipolitische Diskussion.

Minister v. Breitenbach lehnt die Saar- und Mosellanalisation, wie früher immer, ab und verweist auf die weitgehenden Tarifveränderungen für den Grenzbezirk zwischen Ruhr, Saar, Mosell, Saarbrücken und Luxemburger Alpen. Die Staatsfinanzen werden durch den beschleunigten Ausbau aller Anstalten des Verkehrs gelitten haben.
Für den Graf Schwerin bemerkt, daß hierzu noch 20 Vertagungen notwendig sind und wagt die Rede, sich lang zu lassen.

Abg. Dr. Dahlem (Ztr.): Man sollte endlich eine andere Heizmethode auf den Rheindampfern anordnen, damit die Rauchbelästigung für die Weinberge geringer wird. Wie sieht es mit der Sonn- und Feiertagsruhe in der Rheinschiffahrt?

Abg. Tournon (Ztr.) fordert eine Verbindung des Rheins mit der Weiser und die Kanalierung der Werra.

Abg. Graf Kranz (konf.): Die Eisenbahnen sind den Kanalen nach jeder Richtung hin überlegen. Die Tarifermäßigungen für den Südwesten bedeuten 20 Millionen Einnahmeausfall. Das sollte nicht zugelassen werden. Wir gönnen der Industrie alles Gute, aber solche großen Tarifermäßigungen für die südwestliche Eisenindustrie würden die Gewinne der Industrie steigern, eine Folge davon wäre, daß die Arbeiter höhere Löhne verlangen und zum Teil auch erreichen, wodurch wieder ländliche Arbeiter angelockt und die Landflucht erhöht wird. Das können wir nicht wollen.

Abg. Dr. Sahn wünscht einen Kanalfanal von der Ems zur Weiser mit einem Umschlagshafen bei Lehe.

Abg. Vorfcher (Ztr.) macht darauf aufmerksam, daß die Mosellanalisation Rheinland-Westfalen schädigen könnte.

Abg. Dr. Wendlandt (natl.) tritt für die Werrakanalisation und eine Verbindung des Rheins mit der Weiser ein.

Abg. Hoffmann (Soz.) unterbreicht die Neuerung des Abg. Grafen Kranz, daß Tarifermäßigungen für die südwestliche Eisenindustrie in letzter Linie die Landflucht erhöhen könnten. Ich will die Angst festnageln, daß auch einmal die Zeit kommen könnte, wo den Landarbeitern ein menschenwürdiger Lohn bezahlt werden muß. Diese Angst beherrscht Sie (nach rechts) bei allen Kulturfragen und ist maßgebend für Ihre Bestimmungen. Ihre Stellung richtet sich immer danach, daß auch Arbeiter ihr Recht verlangen und zu ihrem Rechte kommen könnten. Gut, so werden die Arbeiter sehen, was sie von Ihnen und Ihrer Beurteilung von Kultur- und Verkehrsfragen zu halten haben. Preußen-Deutschland ist nun einmal ein Industrieland und Sie werden die industrielle Entwicklung nicht mehr rückwärts revidieren können. Sie müssen ihre Rechnung tragen, um Sie es nicht, so wird die Geschichte über Sie hinweggehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im Etat sind 15,3 Millionen Mark für Unterhaltung der Binnenhäfen und -gewässer eingestellt. Es könnte sicher so manches besser, dabei aber auch billiger ausgeführt werden. Bei der Regulierung der Ströme kommt mitunter etwas sonderbare Mühsal vor. Die Vaggerrei auf der Oder bei Breslau wird in einer Weise vollführt, die nicht nur bedeutendes Geld kostet, sondern auch manchmal dem Zweck zuwiderhandelt. Man hat die Handbaggererei, die von steuerzahlenden Bürgern betrieben wird, zum Nutzen der Dampfbaggererei völlig beseitigt. Seit einem Menschenalter arbeiteten die Handbagger zur Nachzeit, weil sie am Tage durch Schlepp- und Passagierschiffe fortwährend in der Arbeit behindert wurden. Jetzt ist ihnen die Nacharbeit verboten, während sie den zu einem Ringe vereinigten Dampfbaggergesellschaften gestattet ist. Diese Gesellschaften beschäftigen übrigens politische Frauen und Mädchen. Gewiß verlangen wir nicht, daß diese nicht beschäftigt werden sollen, aber sie werden beschäftigt, weil sie für einen Lohn arbeiten, mit dem unsere Arbeiter nicht auskommen können. (Sehr wahr! h. d. Soz.) So aber wird die Handbaggererei ganz beseitigt und die armen Leute haben für ihre Geräte und ihren Lohn keine Verwendung mehr. Es müsse mindestens das Verbot der Nacharbeit aufgehoben werden, wenn es nicht auch für die Dampfbaggergesellschaften besetzt. Nun werden aber auch merkwürdige Dinge erzählt, um deren Nachprüfung ich bitte. Von verschiedenen Beamten der staatlichen Strombau- und Strompolizeiverwaltung wird behauptet, daß sie stille Teilhaber von Vaggergesellschaften oder Sandlieferanten für Private seien, so daß die Bekämpfung der Handbagger durch diese Beamten eigentlich im Interesse der Dampfbaggergesellschaften geschieht. Die Dampfbaggergesellschaften arbeiten auch Sonntags, ohne von der Behörde gehindert zu werden, während man den kleinen Handbaggern deshalb schon den Vaggerschein entzogen hat. Bei den Eisenarbeiten beauftragt die königliche Wasserbauinspektion zwar die Arbeit, die aber an einen privaten Unternehmer vergeben ist. Der bekommt für den Arbeiter pro Tag 3,75 Mark, zahlt aber nur 3 Mark oder 3,25 Mark aus. Warum werden diese Arbeiter nicht in eigener Regie ausgeführt und die Arbeiter vor einem derartigen Mißbrauch bewahrt? Bei einem Niederrheinland von nur 60 bis 80 Zentimetern wurde den Handbaggern ein allgemeines Verbot auferlegt, aber einige Tage später baggerten drei Dampfbagger so viel Sand weg, als ihnen beliebt, und das an derselben Stelle, von wo Schuhteile die Handbagger mit Wassengewalt weggeführt hatten. (Hört, hört! h. d. Soz.) Als vor 3 Wochen die Hochwasserinspektion zur Scheitniger Schleuse verhandelt war, wurde nicht ein Regierungsbagger, sondern wieder die Sand- und Kiesbaggererei-Gesellschaft in Bewegung gesetzt, weshalb? Ich fordere die Regierung auf, die von mir bezeichneten Mängel, die ich durch ein ganzes Paket Urteile beweisen könnte, zu vermeiden. Hier haben Sie Gelegenheit, einmal Mittel- und sozialpolitisch zu treiben. Richter Sie die kleinen Leute nicht noch rascher zugrunde, als das durch die technische Entwicklung sowieso geschieht. (Bravo! h. d. Soz.)

Abg. Dr. Fleisch (Sp.) tritt für die Strombauarbeiter ein.

Der Unterstaatssekretär antwortet Hoffmann, daß nicht Mittelstandsfeindlichkeit, sondern technische Notwendigkeiten zur Verwendung von Dampfbaggern zwingen. Auf die Beschäftigung politischer Arbeiterinnen durch die Gesellschaften haben wir keinen Einfluß. Die Beamten dürfen keine unerlaubten Nebengeschäfte betreiben, aber solange keine Beweise vorliegen, kann ich die Beschuldigungen nicht prüfen, sondern weiter sie zurück. (Abg. Hoffmann: Wir können sie doch nicht prüfen.)
Nach unwichtiger weiterer Debatte vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr.
Schluß 4 1/2 Uhr. —

Aus dem Geschäftsverkehr.



**UNSERE
MARINE
23
CIGARETTE**

**GEORG A. JASMATZKA & CO.
GRÖSSTE DEUTSCHE CIGARETTFABRIK
DRESDEN**

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

An die Arbeiter in der Kali-Industrie!

Kameraden! Die trüben Aussichten, welche im Kalibergbau infolge der kolossalen Ausbeutung und der unhaltbaren Lebensproduktion an Werten auch für die Arbeiter vorhanden sind, machen es für die beteiligten Arbeiter nötig, öffentlich ihre Stimme zu erheben. Es ist bekannt, daß die Regierung wohl mit den Werk- besitzern und deren Organisationen interne Konferenzen abhält, um zu beraten, wie man der Misere im Beruf begegnen kann. Aber Arbeiter und deren Organisationsvertreter hört man nicht. Ueber die Arbeiter und deren Interessen geht man am liebsten zur Tagesordnung über.

Das bisherige Kaligesetz sollte auch für die Arbeiter einigen Schutz bringen. Aber auch diesen geringen Arbeiterschutz suchen die Werkherren noch zu umgehen, suchen durch Hinterzügen den Arbeitern und der Regierung ein Schnippen zu schlagen.

Die Regierung kündigte nun kürzlich im Reichstag ein neues Kaligesetz an. Natürlich will man dabei nur den Schmerzen der Werkherren abhelfen, die Wünsche der Arbeiter möglichst ganz beiseiteschieben. Deshalb ist eine gründliche öffentliche Aus- sprache der Wünsche und Forderungen aller in der deutschen Kali- industrie beschäftigten Arbeiter unbedingt nötig. Das wird jedoch bald geschehen. Aus diesem Grunde berufen die unter- zeichneten Verbände

auf Ostern 1913 einen öffentlichen Kongreß der deutschen Kaliarbeiter.

Dieser Kongreß findet Sonnabend den 22. und Son- tag den 23. März im Saale Gesellschaftshaus Pösthorn in Linden- hannover, Deisterstraße 64-66, statt. Die Eröffnung erfolgt Sonnabend den 22. März, vormittags 8 1/2 Uhr.

Die vorläufige Tagesordnung lautet:

- 1. Die gemeingefährliche Entwicklung des deutschen Kali- bergbaues sowie die Maßnahmen der Regierung und der Werkbesitzer. (Referent: Redakteur Otto Hue, Essen.)
- 2. Wie sind bei der bevorstehenden Forderung des Kaligesetzes die Interessen der Arbeiter zu wahren? (Referent: Bezirksleiter Max Gärtner, Hannover.)

Die unterzeichneten Einberufer erfragen alle in der Kali- industrie beschäftigten, kräftig vorwärtsstrebenden Arbeiter, sofort an die Arbeit zu gehen, sich geeignete Delegierte zu wählen.

Die Arbeiter eines jeden Kaliverz, welches im Betrieb oder beim Abweifen ist, sollen mindestens einen Delegierten entsenden.

Die Anmeldung der Delegierten mit Angabe ihrer vollen Adresse muß spätestens bis zum 12. März bei den unterzeichneten Verbänden oder beim Kameraden Max Gärtner, Hannover, Nikolaistraße 7, Zimmer 24, erfolgen. Bei diesem können auch erforderliche Mandatsformulare bezogen werden. Jeder Delegierte muß schriftlichen Nachweis (Mandat) mitbringen und am Saaleingang abgeben, aus welchem hervorgeht, wo, wann und von welcher Konferenz bzw. welcher Versammlung er gewählt bzw. entsandt worden ist.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands (Sitz Bochum),
Z. A.: P. Sachse.

Verband der Fabrikarbeiter (Sitz Hannover),
Z. A.: N. Breh.

Zentralverband der Maschinisten und Feizer (Sitz Berlin),
Z. A.: Franz Scheffel.

Einigungsverhandlungen für den ersten Bezirk des Malergewerbes. Die zentralen Verhandlungen der Vertragsparteien führten bekanntlich zu dem Resultat, daß über die Lohnhöhe und die Arbeitszeit für die einzelnen Tarifzweige vor den zuständigen Gantari- ämtern verhandelt werden sollte. Für den ersten Bezirk fanden die Verhandlungen am 10. und 11. Februar in Berlin statt. Es war für 22 Lohngebiete zu verhandeln. Lohnerhöhung wurde für sämtliche Lohngebiete, Arbeitszeitverkürzung für 15 Gebiete gefordert. Die Verhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig; es kam daher auch keine Einigung zustande, es mußten in allen Fällen Schiedsprüche gefällt werden. Die durch die Schiedsprüche in Aussicht gestellten Aufbesserungen gelten für eine 3jährige Vertrags- dauer. Die Ergebnisse sind folgende: Für Berlin eine Lohnerhöhung von 7 Pfg. und eine Arbeitszeitverkürzung von 1 Stunde pro Woche. Für Potsdam-Nowawes und Spandau 6 Pfg. Lohnerhöhung, für Müdersdorf-Kaltberge, Dranienburg, Brandenburg, Landsberg a. d. W., Sorau, Eberswalde, Frankfurt a. d. O., Luckenwalde, Rauen, Forst, Fürsthenwalde, Prenzlau, Rathenow, Spremberg und Wittenberge 5 Pfg. Lohnerhöhung, Erfurt und Königs-Wusterhausen 3 Pfg. Lohnerhöhung pro Stunde. — Die endgültige Anerkennung der Schiedsprüche unter- liegt der Genehmigung der Vertragsparteien.

Organisierte Selbsthilfe. So wertvoll und unerlässlich auch die gesetzgeberischen Maßnahmen für die Hebung und Stärkung der bescheidenen Stände unseres Volkes sind, werden sie doch immer zu einem kleineren Teile die großen sozialen Aufgaben lösen können. Vor- aussetzung und wichtigstes Mittel für das erfolgreiche Wirken eines Berufs bleibt doch immer die Entfaltung aller in den Berufsgruppen selbst ruhenden Kräfte der organisierten Selbsthilfe. Das haben viele Kreise unseres Volkes längst erkannt. Arbeiter, Kerze, Lehrer und andre Berufs schlossen sich zur Wahrnehmung ihrer Interessen erfolg- reich zusammen. Bei dem sogenannten „neuen Mittelstand“ feste die Bewegung naturgemäß später ein. Bei den technischen Angestellten entstand sie vor 8 Jahren mit der Gründung des Bundes der techni- schen

industriellen Beamten. Aber trotz dieser kurzen Zeit sind in der genannten Organisation der Ingenieure, Architekten, Chemiker, Techniker usw. durch Selbsthilfe beachtenswerte Leistungen vollbracht worden. So stieg die Mitgliederzahl im Jahre 1912 von 20 432 auf 22 140. Das Vermögen des Bundes wuchs um 32 000 auf 215 000 Mark, die Unterstützungssumme um 131 500 auf 415 000 Mark, darunter allein für Stellenlohn um 54 000 auf 198 000 Mark. Durch den Reichsschutz, für den 42 500 Mark aufgewendet wurden, erstreckt der Bund im Jahre 1912 für seine Mitglieder an Gehalts- provisionen usw. 61 000 Mark und 118 Bzengnisse, gleichzeitig wurde in 3250 Fällen Rechts- und Patentrat erteilt. Die Zahl der über Firmen, Lebensverhältnisse usw. gegebenen Auskünfte betrug 6950, die der vermittelten Stelllungen 560. Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache über das, was eine festgefugte Organisation, wie sie der Bund der technisch-industriellen Beamten ist, durch Treue und Opferwilligkeit ihrer Anhänger leisten kann. —

Marktberichte.

Magdeburg, 11. Februar. (Mittliche Notierungen.) Die No- tierungen verstehen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg, Weizen englischer und Sommer festig, gut 191-194, mittel 186-190. Roggen inländischer ruhig, gut 183-186 Mt. — Erste hefige Gehaltes fest, gut 183-194 Mt., feinste über Notiz, hiesige Randgerste gut 170-182 Mt., ausländische Futtergerste festig, gut 161-183 Mt. — Hafer inländischer ruhig, gut 182-185 Mt., mittel 171-181 Mt. — Mais rumber ruhig, gut 150-152 Mt. —

Viehmarkt.

Magdeburg, 11. Februar. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Austrieb: 894 Rinder, und zwar 81 Ochsen, 97 Bullen, 216 Färren und Kühe, 8 Fresser, 304 Kälber, 230 Schafwiedel zc. 2619 Schweine. Bezahlt für 100 Pfd. Lebendgewicht: I. Rinder. A. Ochsen: a) vollfleischige, ausgewässerte höchsten Schlachtewerts, die noch nicht gezogen haben (ungefacht) 49-52 Mt., b) vollfleischige, ausgewässerte im Alter von 4 bis 7 Jahren 44-48 Mt., c) junge fleischige, nicht ausgewässerte und ältere ausgewässerte 39-43 Mt., d) mäßig genährte junge, gut genährte ältere — Mt. B. Bullen: a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtewerts 47-49 Mt., b) voll- fleischige jüngere 42-48 Mt., c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 38-40 Mt. C. Färren und Kühe: a) vollfleischige ausgewässerte Färren höchsten Schlachtewerts — Mt., b) vollfleischige, ausgewässerte Kühe höchsten Schlachtewerts bis zu 7 Jahren 42-48 Mt., c) ältere aus- gewässerte Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färren 38 bis 42 Mt., d) mäßig genährte Kühe und Färren 32-37 Mt., e) gering ge- nährte Kühe und Färren 28-31 Mt. D. Gering genährtes Jung- vieh (Fresser) — Mt. II. Kälber. A. Doppellender feinsten Mast 75-85 Mt., b) feinste Mastfäher 65-72 Mt., c) mittlere Mast- und beste Saugfäher 53-64 Mt., d) geringere Mast- und gute Saugfäher 50-57 Mt., e) geringe Saugfäher 40-48 Mt. III. Schafe. Stallmastschafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 44-45 Mt., b) ältere Mast- hammel, geringere Mastlämmer und gut genährte junge Schafe 38-42 Mt., c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Mastschafe) 35-37 Mt. IV. Schweine. a) Ferkelschweine über 3 Zentner Lebendgewicht 61-62 Mt., Schlachtgewicht 76-78 Mt., b) vollfleischige von 240 bis 300 Pfd. Lebend- gewicht 61-62 Mt., Schlachtgewicht 76-77 Mt., c) vollfleischige von 200 bis 240 Pfd. Lebendgewicht 60-61 Mt., Schlachtgewicht 75-76 Mt., d) voll- fleischige Schweine von 180 bis 200 Pfund Lebendgewicht 58-60 Mt., Schlachtgewicht 73-75 Mt., e) vollfleischige Schweine unter 180 Pfd. Lebendgewicht 56-58 Mt., Schlachtgewicht 70-72 Mt., f) unreine Sauen Lebendgewicht 56-60 Mt., Schlachtgewicht 70-75 Mt., g) geschnittene Eber Lebendgewicht 52-57 Mt., Schlachtgewicht 66-71 Mt. Verkauft und Tendenz: Mittelmäßig. Ueberstand: 75 Rinder, — Kälber, — Schafe, 350 Schweine. —

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.				
Ifer, Eger und Moldau.				
St.	Fall			
Jungbunzlau	9. Febr. + 0,21	10. Febr. + 0,25	—	0,04
Kam	+ 1,03	+ 0,89	0,14	—
Budweis	+ 0,10	+ 0,05	0,05	—
Prag	10. „ + 1,18	11. „ + 1,09	0,09	—
Innstr. und Saale.				
Straußfurt	10. Febr. + 1,60	11. Febr. + 2,10	—	0,50
Weißfels Untp.	+ 1,80	+ 1,66	0,14	—
Teutza	+ 3,20	+ 3,16	0,04	—
Milsleben	+ 2,85	+ 2,76	0,09	—
Jermoung	+ 2,49	+ 2,44	0,05	—
stabe Oberpegel	+ 2,16	+ 2,11	0,05	—
stabe Unterpegel	+ 2,82	+ 2,62	0,10	—
Grüzeune	+ 2,65	+ 2,54	0,11	—
Mulde.				
Deßau, Muldenbr.	10. Febr. + 1,32	11. Febr. + 1,13	0,19	—
Elbe.				
Pandubitz	9. Febr. + 0,10	10. Febr. —	—	—
Brandeis	+ 1,18	+ 1,00	0,18	—
Wesmit	+ 1,81	+ 1,13	0,18	—
veumertiz	+ 1,22	+ 1,04	0,18	—
Wuppig	+ 1,59	+ 1,41	0,18	—
Tresden	+ 0,18	+ 0,02	0,16	—
Logau	+ 2,75	+ 2,46	0,29	—
Dautenberg	+ 3,88	+ 3,64	0,19	—
Mölsau	+ 3,70	+ 3,44	0,26	—
Barby	+ 3,59	+ 3,77	0,12	—
Eggenbed	+ 3,84	+ 3,59	0,05	—
Magdeburg	+ 3,20	+ 3,00	0,20	—
Tangermünde	10. „ + 3,85	11. „ + 4,00	—	0,15
Wittenberge	+ 3,20	+ 3,38	—	0,18
Tornitz	+ 2,40	+ 2,57	—	0,17
Wittenburg	+ 2,16	+ 2,33	—	0,15
Hohndorf	+ 2,37	+ 2,52	—	0,15
Lauenburg	+ 2,39	+ 2,53	—	0,14

* Aufsig. 12. Februar. Regelhand + 1,28 Meter. Vom Oberlauf werden 5 Zentimeter Fall gemeldet. Magdeburg, 11. Febr.

Ständesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 11. Februar.

Aufgebote: Schlosser Artur Grote mit Ida Schmidt, Friseur Gustav Benzlaff mit Luise Brandt, Schuhmacher Ger- mann Lemme mit Marie Fügmann, Eisenbahnarbeiter Wilm- bruch in Langenweddingen mit Elise Hanstein hier, Hausdiener Albert Nhlau mit Maria Gauer, Goldschmied Richard Böcher mit Elise Klemm, Kaufmann Max Wittner in Hohenbohlen mit Berta Eißner hier, Kaufmann Philipp Ferdinand Kessler in Würzburg mit Hedwig Witte hier.

Eheschließung: Güttenmaurer Karl Gimstedt mit Do- rette Köhler.

Geburten: Kurt, S. des Zimmermanns Wilhelm Bär- ner, Herbert, S. des Heilmagnetiseurs Kurt Schmidt in Goslar, Balli, T. des Arbeiters Wilhelm Dorendorf, Lisbeth, T. des Maurers Gustav Rusche.

Todesfälle: Helene geb. Ferchland, Ehefrau des Kauf- manns Adolf Läger, 48 J. 3 M. 29 T.

Zudenburg, 11. Februar.

Aufgebote: Kutscher Wilhelm Wühr mit Pelagia De- mowski, Sächsl. Eisenbahn-Assistent Martin Kubitz mit Klara Hoffmann.

Geburten: Eberhard, S. des Stadtmissionars Friß Bittner, Willi, S. des Eisenbahnarbeiters Wilhelm Schulz, Liselotte, T. des Maurers Richard Friede, Horst, S. des Ver- sicherungsinspectors Max Sacher, Johannes, S. des Arbeiters Albert Wächter, Kurt, S. des Chauffeurs Otto Jöllner.

Todesfälle: Helene, T. des Arbeiters Franz Man- kowski, 17 T. Witwe Marie Wächtermann geb. Richter, 83 J. 27 T.

Sudau, 11. Februar.

Aufgebote: Krankenpfleger Richard Siegel mit Elisa- beth Minnich, Technischer Beamter Karl Schönhütte mit Witwe Tragdorf, Luise geb. Spiegel.

Geburt: Rudolf, S. des Eisendrehers Karl Jänike.

Reutbadt, 11. Februar.

Geburten: Gerda, T. des Eisenb.-Res.-Lokomotivführ. Emil Wido, Erna, T. des Weibgerbers Paul Schmiegler, Mar- garete, T. des Barbierherrn Rudolf Behrend, Albert, S. des Arbeiters August Seidler.

Todesfälle: Witwe Wilhelmine Ruhe geb. Schneide- wind, 59 J. 5 M. 11 T. Kurt, S. des Arbeiters Max Vorse- dorf, 17 T.

M. Rothensee.

Todesfall: Helene, T. des Mauerpalters Herm. Hoff- mann, 16 J. 3 M. 10 T.

Schönebeck.

Eheschließungen: Kaufmann Albert Lange mit Martha Dolg, Kupferstecher Robert Siebert mit Hedwig Gallert geb. Günther.

Geburten: Erna, T. des Hornisten Hermann Wäging, Frida, T. des Schlossers Emil Greßchel.

Todesfälle: Fabrikarbeiter Karl Schreiber, 24 J. Alice Mehnert, 12 J. Ehefrau Marie Wallstab geb. Westphal, 70 J. Berginvalid Friedrich Marnitz, 64 J.

Staßfurt.

Aufgebote: Schmiedearbeiter Paul Kether mit Marie Weber in Weida, Grubenarbeiter Max Binge mit Luise Rudolph geb. Wüstemann in Wespren, Kantinenberm. Wilh. Schudrowitsch mit Hedwig Wolbe in Scharlroth.

Eheschließungen: Schneider Joseph Sieser mit Johanne Lange in Düsselhof, Schmied Otto Knappe mit Elise Schaaf geb. Jennert, Arbeiter Wilhelm Lehmann in Schönebeck mit Luise Langermann hier.

Geburten: S. des Arbeiters Karl Müller, S. des Zimmer- manns Albert Müller, T. des Arbeiters Otto Kuphal, S. des Bergmanns Gustav Werner, S. des Kutschers Wilhelm Osterland, S. des Schlossers Otto Engelhardt, S. des Fabrikarbeiters Ernst Tischmeier, T. des Telegraphenarbeiters Johannes Gaud.

Todesfälle: Otto Werner, 12 Sib. Karl Osterland, 7 Sib. Witwe Johanne Jinte geb. Kaiser, 63 J. Helene Perz, 3 J. Walter Schulze, 8 M.

Wernigerode.

Aufgebote: Zigarrenarbeiter Wilhelm Heinrich August Bender mit Elise Brämer.

Eheschließungen: Gastwirt Adolf Schneider in Nothe- fütte mit Elisebeth Fritzsche hier, Güterbahnarbeiter Bernhard Rathmann in Braunshaus mit Luise Emma Zoppe hier.

Geburten: S. des Buchbinders Hugo Brandt, S. des Malers Hermann Siemer, S. des Maschinenheizers Stanislaus Kufke, T. des Lokomotivheizers Karl Wöjter, T. des Kaufmanns Wilhelm Götting, T. des Arbeiters Franz Wöjter, S. des Bahnars Jakob Kröcker, S. des Kaufmanns Albert Theilig, S. des Postinspectors Franz Wegener, T. des Landrats Erich v. Stöckh.

Todesfälle: Martha Bläß, 13 J. Doppelkitt Hermann Horn, 84 J. Witwe Alvine v. Hoff geb. Voigt, 80 J. Witwe Franziska Reibel geb. Meyer aus Braunlage, 56 J. Eisenguß- puffer W. Manegold aus Ilfenburg, 40 J. Ehefrau Johanne Weßner geb. Harsdorf, 53 J. Ehefrau Emilie Rohlweyer ge- borne Kühne, 63 J. Friedrich Klare, 12 J. Ehefrau Marie Stähle geb. Schmidt aus Wackerleben, 34 J. Ehefrau Sabine Brandt geb. Tolle, 54 J.

Rador

Blumenföhl-Suppe, herge- stellt aus feinstem, frischem Blumenföhl. Ein Würfel für 3 Teller 10 Pfennig.



Vitello Margarine ist der beliebteste Buttersersatz.

Pelz-Stolas

Hiefenauswahl, in sämtl. Farben.

spottbillig, 565

schon von 3.00 Mark an.

150 cm lange zurückgef. u.

gebr. schon von 1.00 Mark an

Sabatstraße 17, I.

Wo lassen Sie Ihre 658

Bettfedern reinigen??

Eignes Stofflager - Garantirt

taffelbarer Sig. Fertige auch alle

Wei E. Book Nachf., Knechtelhauer- Herrensleibung, wenn der Kunde

ufer 56. Fertige Julettst. vortätig. Den Stoff jagibt

322

Wir benachrichtigen hierdurch unsere Abonnenten,

welche uns die

Neue Welt

zum Einbinden überbrachten, daß diese zum Abholen

bereitliegt. Preis in Originalbede ohne Versch.

gelb 2.30 Mark.

Buchhandlung Volksstimme

3 Große Münzstraße 3.

Noch kurz vor dem Umzug
 nach Breitweg 173, 1
 gegenüber der Berliner Straße
 gelangen

Donnerstag, Freitag, Sonnabend
 nur soweit Vorrat, größere Posten

Sabritreste von Hemdentuch, Linon usw.
 zum Verkauf in Meterlängen verschiedenster gleicher Qualität
 regulärer Wert bis ca. 65 Pf.

Im Rest zum Ausfuchen 14 Pf. 24 Pf. 32 Pf. 36 Pf.
 Größere Posten

Fabrikreste weiß Molton und Barchent für Bettlaken
 140 bis 150 cm breit, in Restlängen von 1/2 bis 1 1/2 Metern, für Kinder-Bettlaken, Unterlagen, Plättbrett-Auflagen usw. usw. besonders geeignet
 pro Rest zum Ausfuchen, ohne Unterschied der Qualität 25 Pf. 75 Pf. 1.00 Mk.

Gr. Posten einzel. weiße schwere Barchent-Bettlaken
 (etwas fehlerhaft), für große Betten passend, ohne Unterschied der Qualität, zum Ausfuchen pro Stück 1.50 Mk.

Isidor Gabbe
 Breitweg 9/10 Verkaufsräume 1 Treppe Breitweg 9/10
 gegenüber der Leiterstrasse. 412

Konfirmanden-Kleider u. Kostüme
 fertigt billigt an Damen Schneider:
 Eberharder Str. 51, I. 411

Schnittmuster Konfirmandenbücher
 Stück 50 Pfg.
 Schwibbogen 2, G. Kärgele.

Feuerzeuge
 Original Max
 Bei Abnahme von:
 1 bis 25 Stück p. Stück 35 Pf.
 26 bis 50 Stück p. Stück 30 Pf.
 51 bis 100 Stück p. Stück 27 Pf.
 101 Stück u. mehr p. Stück 25 Pf.
 Klein-Format „Original Safe“
 1 bis 25 Stück p. Stück 30 Pf.
 26 bis 50 Stück p. Stück 28 Pf.
 51 bis 100 Stück p. Stück 21 Pf.
 101 Stück u. mehr p. Stück 20 Pf.
Ersetzsteine
 1 bis 10 Stück p. Stück 5 Pf.
 11 bis 50 Stück p. Stück 4 Pf.
 51 bis 100 Stück p. Stück 3 Pf.
 101 Stück u. mehr p. St. 2 1/2 Pf.
H. Krell, Magdeburg
 Katharinenstraße 11.

Allgemeiner Konsumverein für Stendal u. Umgegend.
 - G. G. m. b. H. -
 Sonnabend den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr
Generalversammlung
 im Lokal des Herrn Grothe, Eltjebühlstraße 3.
 Tagesordnung:
 1. Geschäftsbericht vom 1. Quartal 1912/13.
 2. Geschäftliche Mitteilungen.
Der Aufsichtsrat.
 D. Schütze, Vorsitzender.

Rino-Schauspiele Sudenburg
 Dramentage bis einschl. Freitag
 Gastspiel Asta Nielsen und Urban Gad
Wenn die Maske fällt
 Schauspiel in 3 Akten.
Bankfach Nr. 13 ein Lebensbild in 3 Akten.
Ein Kampf mit dem König der Wüste
 - entzückliche Abenteuer. - 410
 - Trotz großer Unkosten, kein Preisanschlag. -
 - Frühzeitiges Erscheinenichert guten Platz. -

Wischerleben. Zum Braustübl.
 Donnerstag den 13. Februar, abends 8 Uhr
Damen-Kaffee
 Selbstgebackene Zbrisk- und Pfannkuchen.
 Für gute Unterhaltung ist bestens gesorgt.
 Hierzu laden die Genossen und Genossinnen freundlich ein.
P. Zetzsche und Frau.

Berufsfleidung

in enormer Auswahl trotz großer Preissteigerung ::
unübertrefflich billig!

Adolph Michaelis
 Ratswageplatz Nr. 1, an der Fontäne.

Zentral-Theater
 Rechte 3 Tage! 187
Jarrow
 der urkomische Gegenmeister
Breckers Bären
Hull-Trio
 Ab Sonntag: **Lora**

Stadt-Theater.
 Donnerstag den 13. Februar
 Gastspiel des kgl. württ. u. herzogl. sächs. Kammerjägers Oskar Holz.
 Zum Gedächtnis des Todesstags Richard Wagners.
Erftan und Stolde.

Teppiche
 in sämtlichen Farben, darunter zurückgesetzte mit kleinen Webefehlern, fast für die Hälfte, schon von 9 Mark an. 565
Jakobstraße 17, 1. Et.
 Größere Lederhandlung sucht zu einem Lehrling gegen Vergütung. Offerten unter B 369 an die „Volksstimme“ erbeten. 369/436

Tonbild Buckau.
 Vom 12. bis 14. Februar 396
Das Mädchen ohne Vaterland
 Kriegsdrama vom Balkan in 3 Akten
 in der Hauptrolle Asta Nielsen
Im Banne der Schuld ergreif. Drama in 2 Akten
 und das weitere auserwählte Programm.
 Nur noch vom **Königin Luise** historisches Gemälde in 3 Akten.
 15. bis 18. Februar
 Um regen Besuch bittet **H. Pape.**

Zentral-Theater
 Rechte 3 Tage! 187
Jarrow
 der urkomische Gegenmeister
Breckers Bären
Hull-Trio
 Ab Sonntag: **Lora**

Stadt-Theater.
 Donnerstag den 13. Februar
 Gastspiel des kgl. württ. u. herzogl. sächs. Kammerjägers Oskar Holz.
 Zum Gedächtnis des Todesstags Richard Wagners.
Erftan und Stolde.

Gesangverein Gutenberg
 V. d. D. B. 691
Ascherleben.
 Sonnabend, 15. Febr., abds. 8 Uhr, im großen Saale des „Kaiserhofs“
Großes Kappenfest.

Schlosser- und Schmiedelehrlinge werden per sofort u. ab 1. März 1913 eingestellt an die „Volksstimme“ erbeten. 369/436

Clou-Lichtspiele
Kaiser-Theater
 Neu! Neu!
heute
 Neu! Neu!
 2. Epoche bis inkl. Freitag

Menschen unter Menschen
 Tägliche Vorstellungen 6 und 9 Uhr
 Außerdem der Sensations-Zweifakter
Eine heimliche Heirat
 Personen unter 16 Jahren haben alltäglich von 3 bis 6 Uhr bei kleinen Preisen Zutritt. 489
Vorzugsbillette sind gültig
 auch bei Menschen unter Menschen.
 Ab Sonnabend Epoche 3.
 Dauer jeder Vorstellung ca. 3 Stunden.

Calbe an der Saale. Lichtbild-Theater, Querstraße
 Heute Premieren-Abend von **Effi** Hauptrolle in der Hauptrolle
Des Meeres und der Liebe Wellen
 spannendes Drama auf hoher See in 3 Akten. 690
 Gute Schlafstelle Berliner Straße Nr. 18c, part.

Kasino-Theater
 nebst einzigem Kabarett Max u. Moritz
 Große Junferstraße 12
 Täglich abends 8 Uhr
Variété- u. Theater-Vorstellung
 sowie weitere Künstler-Abende.
 Jede Woche neue Theaterstücke.
 Alle 14 Tage neue Künstler.
 Entree wochentags frei, Sonnt. 20 Pf.
 Sonntag von 11 bis 2 Uhr
 Matinee bei freiem Entree
 367 Direktion H. Nitzig.

Fürstenthortheater
 Hr. Müller-Lipart.
 Eing. Prälatostraße.
 Heute 8.30
 Kein Kino sondern
 darsf. Künstler
Königin Luise u. KaiserNapoleon
 hist. Kunstst. 4 Akten.
 Vorher der neue Speg.-Spiel.
 Vorzugst. gelt.

Wilhelm-Theater
 Donnerstag den 13. Februar
Hoheit tanzt Walzer!
 Freitag den 14. Februar
Die Förster-Christl.
 Sonnabend den 15. Februar
Der Bettelstudent.

Electro-Biograph
Fermersleben
 Vom 12. bis 14. d. M.:
Im Banne der Schuld
 ergreifendes Drama der vornehmen Welt in 2 Akten.
 415 Unter andern:
Das Mädchen ohne Vaterland
 großes Drama in 3 Akten.
 Hauptrolle: Asta Nielsen.
 Vom 15. bis 18. d. M.:
Königin Luise
 histor. Gemälde in 3 Akten.

Deutscher Metallarbeiterverband
 Verwaltung Magdeburg.
Nachruf.
 Am 9. Februar starb unser Mitglied, der Elektromonteur
Oskar Laue
 im Alter von 31 Jahren an Lungentuberkulose. 461
 Ehre seinen Andenken!
 Die Beerdigung hat am Dienstag den 11. Februar in Stahlfurt stattgefunden.
 Die Verwaltung.

Kammer-Licht-Spiele

141 Breitweg 141



Albert Bassermann

der hervorragende Menschen-Darsteller in

„Der Andere“

Schauspiel von PAUL LINDAU

Erstaufführung 14. Februar

Union-Theater Neustadt
 4 Dramen Ab heute 4 Dramen
Die schwarze Rabe
 2 Teil hochromantisches Drama in 3 Akten 498
Der Festungsspion großer nordischer Schläger in 3 Akten
Die Unschuld des Indianers fesselndes Bildwerk-Drama
Berschlungene Pfade tief ergreifendes Drama, u. a. m.

Stephanshallen
 - Hr. Rich. Froherz. -
 Abends 8 Uhr 498
Variété-Vorstellung.
 Streng dezentes Programm für Familien-Budlikum.
 Vorzeiger dieser Annonce hat außer Sonnabend und Sonntag freien Eintritt.

Deutscher Metallarbeiterverband
 Verwaltung Magdeburg.
Nachruf.
 Am 9. Februar starb unser Mitglied, der Elektromonteur
Oskar Laue
 im Alter von 31 Jahren an Lungentuberkulose. 461
 Ehre seinen Andenken!
 Die Beerdigung hat am Dienstag den 11. Februar in Stahlfurt stattgefunden.
 Die Verwaltung.

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 37.

Magdeburg, Donnerstag den 13. Februar 1913.

24. Jahrgang.

Die Katastrophe der Scottischen Expedition.

Aus Christchurch (Neuseeland) traf, wie berichtet, die Meldung ein, daß die „Terra Nova“, das Expeditionsschiff der Südpolexpedition des Kapitän Scott um 8 Uhr morgens gänzlich unversehrt angelangt sei, da man die Ankunft des Schiffes erst in etwa 4 Wochen erwartet hatte. Ueber den Unterweg des Kapitän Scott sind noch folgende Einzelheiten zu berichten: Am 18. Januar 1913 langte das Expeditionsschiff am Kap Evans an, wo es die Reste der Expedition vorfand und an Bord nahm. Zu ihrem Schrecken erfuhren die Besatzung, welche tragisches Schicksal ihren Führer nach Erfüllung seiner Aufgabe getroffen hatte. Nach dem Bericht der Ueberlebenden war gerade ein Jahr zuvor, also am 18. Januar 1912, Kapitän Scott mit seinen vier Begleitern, die einen letzten Vorstoß gemeinsam mit ihm unternommen hatten (Scott hatte die Absicht, mit fünfzehn Gefährten das Hauptlager zum letzten Vorstoß nach dem Pole zu verlassen, von denen drei Gruppen zu je vier Mann in bestimmten Abständen vor Erreichung des Poles zurückkehren sollten), am Südpol angelangt, wo sie das Postamundloch und einen von ihm zur Markierung des Poles errichteten Schneecairn (Hügel) fanden.

Die Rückkehr des fähigen Forschers war mit unsäglichen Mühen verbunden. Sie gerieten fortgesetzt in heftige Schneestürme. Am 29. März 1912, als sie nach 11 englische Meilen von dem auf dem Hinweg errichteten Eintonnenlager entfernt waren, umtobte sie ein furchtbare Orkan. Die kleine furchtlose Truppe war bereits auf drei Mann zusammengebrochen. Der erste, der den entsetzlichen Strapazen erlag, war Bootsmannskapitän Evans, der am 17. Februar an Entkräftung starb. Vier Wochen später, am 17. März, starb Hauptmann Dates. Scott selbst, Dr. Wilson, der Leiter des wissenschaftlichen Stabes der Expedition war und Leutnant Lowers von der indischen Marine, legten mit Aufbietung aller Kräfte ihren Weg fort, bis der furchtbare Orkan vom 29. März auch ihnen ein Ende bereitete. Alle drei wurden unter den Schneemassen begraben und sind erfroren.

Dr. Atkinson, der die nach Westen entsandte Expedition leitete, sandte dem Kapitän Scott Cherry, Garrard und Dimitri entgegen, als die Zeit verstrichen war, in der er hätte zurückkehren sollen. Am 3. März erreichten beide das Eintonnenlager, kehrten am 18. März jedoch wieder nach Hutpoint zurück, da sie beide erkrankt waren. Atkinson brach darauf mit Coohane, dem letzten gefundenen Mann, der Südpolexpedition zur Hilfe auf. Beide erreichten das Eslager, wo sie Vorräte niederlegten, mußten jedoch gleichfalls unberücksichtigt nach Hutpoint zurückkehren. Atkinson versuchte alles Mögliche, um entweder Scott oder die nördliche Abteilung der Expedition unter Leutnant Campbell zu erreichen. Es gelang ihm jedoch auf diese Weise nur, bis Hutpoint vorzudringen, und er mußte Mitte April unter allen Schrecken der Polarnacht nach Hutpoint zurückkehren.

Es blieb nichts andres übrig, als den antarktischen Winter vorübergehen zu lassen, und am 30. Oktober, als der antarktische Polarmorgen herandämmerte, verließen zwei Rettungsjäger Kap Evans, der eine stand unter Dr. Atkinson, der mit zwei Hundeschlitten in Begleitung von Cherry, Garrard und Dimitri ausbrach, der andre wurde von Wright mit sieben Begleitern geführt, die einen Vormarsch auf Mawlesfen unternahmen. Wichtige Abteilungen erreichte bereits am 12. April Scotts Zelt, in welchem sie den Führer sowie seine Begleiter Dr. Wilson und Leutnant Lowers als Leichen fanden. Neben den Leichen lagen Scotts Aufzeichnungen. Wilson beschreibt die Reise zum Südpol. Von Scotts eigener Hand fand sich das genaue Reisetagebuch vor. In packenden Worten erzählte er den Tod seiner Kameraden, des Bootsmannskapitäns Evans, der am Fuße des Beardmore-Gletschers tot zusammenbrach, und die heldenmütige Aufopferung des Hauptmanns Dates, dem Hände und Füße erfroren waren, und der sich trotzdem bis 16. März mit Hilfe seiner Kameraden weitereschleppte. Immer wieder und wieder hat der tapferste Mann, ihn doch zurückzulassen. Als die kleine Schar am 16. März ein Zelt bezog, schleppte sich Dates unbemerkt aus dem Zelt in den wüsten Schneesturm hinaus, um freiwillig den Tod zu suchen. Er kehrte nicht zurück. Scott und seine drei Gefährten rangen noch 5 Tage weiter.

Am 21. März schlugen sie, 11 Meilen vom Eintonnenlager, ihr letztes Quartier auf, das ihnen zur Totenstätt werden sollte. In klaren Worten beschreibt Scott die Gründe, die ihn und seine Begleiter zwangen, halt zu machen. Die ungewöhnliche Kälte des Jahres, die zwischen dem 82. und 86. Breitengrad bis auf 45 Grad Celsius unter Null herunterging, die Todesfälle der Gefährten sowie die Verringerung des Vreunmaterials machten ihm die Erreichung des Eintonnenlagers unmöglich. Der Schneesturm, der dann einsetzte, machte es den Expeditionsmittgliedern 4 Tage lang unmöglich, ihr Zelt zu erreichen. Wir sind außerordentlich schwach. Das Schreiben ist furchtbar schwierig. Wir bezagen uns der Vorkehrung, wenn wir unser Leben für unser Vaterland lassen. Wir appellieren an den höchsten unserer Landsleute, für unsere Hinterbliebenen zu sorgen. Wären wir am Leben geblieben, hätten wir von großem Mut und großer Ausdauer erzählt können. Diese Notizen und unsere Leichen werden für sich davon sprechen. Aber sicherlich wird ein sehr großer Teil unserer Landsleute wie unser Vaterland es sich nicht nehmen lassen, für uns nachkommen zu sorgen. Robert Scott, Kapitän der königlichen Marine. 25. März 1912. Dr. Atkinson bekräftigt die Toten. Die Suche nach Hauptmann Dates war vergeblich. Außer den wissenschaftlichen Aufzeichnungen ist nur die 35 Pfund schwere geographische Sammlung geborgen.

Kapitän Scott bestreitet ferner in seiner 4 Tage vor seinem Tode aufgeschriebenen „Vorbericht an das Publikum“, daß die Ursache des Untergangs seiner Expedition in Mangeln der Vorbereitung oder Organisation zu suchen sei. Vielmehr habe ihn erstens der Verlust der Pönnys im März 1911 genötigt, später aufzubrechen, als beabsichtigt, und auch spätere Transporte mitzunehmen; zweitens habe ihn das Wetter fortwährend aufzuhalten; drittens habe der weiche Schnee nur ein langames Vormarschgeschwindigkeit gestattet. Auf der Rückkehr vom Pole hatte die Partie nicht einen vollkommen schönen Tag. Dazu kam, daß der Seemann Evans, den man für besonders stark gehalten hatte, krank wurde und schließlich an Beardmore-Gletscher einer Gehirnerschütterung erlag. Am schlimmsten von allem war jedoch die furchtbare Kälte unten an der Eisbarre und der plötzliche Eintritt schweren Fettes. Scott schreibt wörtlich: „Ich glaube nicht, daß menschliche Wesen je einen solchen Monat überstanden haben wie wir, aber wir würden durchgehenden sein, wenn nicht ein zweiter von uns Gelehrten, Hauptmann Dates, erkrankt und ein unerklärlicher Mangel an Brennstoff in den Depots vorhanden wäre und wenn uns nicht hier, 11 Meilen vom Eintonnenlager, dieser schreckliche Sturm überhand hätte. Seit 4 Tagen können wir dieses Zelt wegen Orkans nicht verlassen. Die Verhältnisse sind gegen uns. Daher können wir uns nicht beklagen, sondern beugen uns dem Willen der Vorsehung an, bis zum letzten unser Bestes zu tun.“

Provinz und Umgegend.

Aker, 12. Februar. (Freistellen.) In der Kaiserin-Augusta-Kinderheilanstalt zu Bad Elmen, in welcher kretolkranken und schwächlichen Kindern 4- bis 6wöchige Solbadkuren verabfolgt werden, sind Freistellen zu vergeben. Aufgenommen werden nur Knaben im Alter von 2 bis 12 Jahren und Mädchen im Alter von 2 bis 16 Jahren. Kinder mit ansteckenden Krankheiten — auch Lungentuber-

kulose — oder ansteckenden Ausschlägen usw. sind von der Aufnahme ausgeschlossen. Die Aufnahme findet im Mai, Juli, August oder Januar statt. Bewerbungen sind unter Beifügung eines ärztlichen Attestes und eines Gutachtens über die Würdigkeit und Bedürftigkeit der Antragsteller beim Stadtschreiber Horstig sofort einzureichen. Als Unterpfandung aus öffentlichen Mitteln, also als Armenunterstützung, wird diese Heilbehandlung des Kindes nicht angesehen.

Burg, 12. Februar. (Ueber Gasverwendung im Haushalt) wird am 20. d. M. im „Konzertsaal“ ein Vortrag gehalten werden. Den Frauen soll die rationelle Verwendung des Gases beim Kochen, Heizen gezeigt werden. Die verschiedenen Kochapparate und Bratöfen werden in Benutzung genommen und die vor den Augen der Zuhörer hergestellten Speisen in kleinen Proben verteilt. Gleichzeitig findet eine Ausstellung der verschiedensten Gasapparate statt. Auch den Frauen der Arbeiterchaft kann der Besuch nur empfohlen werden.

(Zwei Schadenfeuer an einem Tage.) Am Dienstag mittag brannte die an der Grabower Gasse gelegene Scheune des Aderbürgers Hildebrand vollständig nieder. Die Tätigkeit der Feuerwehr beschränkte sich darauf, einen in der Nähe der Scheune gelegenen Strohdiebstahl aus der gefährlichen Nachbarschaft fortzuräumen. Die Ursache des Brandes ist noch nicht ermittelt. Am Abend gegen 6 Uhr zeigte weithin leuchtender Feuerchein den zweiten Brand an. Diesmal war es vor dem Berliner Tor. Dort brannte die dem Adermann Karl Friedrich gehörige Scheune nieder. Da in vielen Fabriken Feuerabend war, so wanderte eine ungezählte Menge dem Brandherd zu, sich das grandiose Schauspiel hochaufliegender Flammen anzusehen. Auch hier konnte die Feuerwehr nichts helfen, da Wasser nicht vorhanden war. Nur dem festen Brandgiebel ist es zu verdanken, daß das direkt angrenzende Wohnhaus kein Raub der Flammen geworden ist. Das Vieh konnte gerettet werden. Die Entstehungsurache ist auch hier nicht bekannt.

(Bei der Gewerbeversammlung) am Montag sind 22 Stimmen für den Gewerbesteuer und 32 für den Genossen Dehmann abgegeben worden. Es ist dieses Resultat ein ziemlich beachtenswertes. Es hätte die dreifache Zahl herauskommen müssen. Die Gleichgültigkeit wird solange triumphieren, bis es einmal zu spät sein wird.

Neuhaldensleben, 12. Februar. (Stadtvorordneten-Sitzung.) Beschlüssen wurde die Umwandlung der Knaben-Bürgerschule in eine vollberechtigte Mittelschule. Genosse Schmidt führte hierzu aus: Wir Sozialdemokraten sind gegen die Errichtung von Mittelschulen, weil diese Schulen den Ausbau des Volksschulunterrichts hemmen. Wir verlangen aber ganz entschieden den Ausbau des Volksschulunterrichts bis zur Einheitschule gelangen; unsere Forderungen gehen noch weiter, wir verlangen unentgeltlichen Schulunterricht bis in die Hochschule, dazu unentgeltliche Lieferung aller Lernmittel. Wir halten Staat und Gesellschaft dazu verpflichtet, auf diese Weise die geistigen Fähigkeiten im Volke zu heben. Vom Stadtv. Albrecht wird erwidert, die Sozialdemokraten sollten doch auch die Wohlfahrt der Stadt in Anspruch nehmen und diese Schule bewilligen, die manchem ihrer Kinder die Grundlage geben wird zu einem tüchtigen Menschen. Genosse Schmidt erwidert, daß wenig Arbeiter in der Lage seien, das Schulgeld zu zahlen. Die Sozialdemokratie sei für jeden Fortschritt zu haben, nur müsse in diesem Falle bei der Volksschule angegangen werden. Der Erste Bürgermeister führt aus, daß doch etwas für die Volksschule getan werde. Es sei beabsichtigt, eine Klasse für minderbegabte Schüler der Volksschule ohne Vermeidung der Lehrkräfte mit einem Zuschuß des Staates einzurichten. Die Stadt wird auch dazu kommen müssen, eine neue Turnhalle zu bauen. Von der Schuldeputation ist angeregt worden, mehrere Jahre hindurch eine bestimmte Summe in den Etat einzustellen, um die Mittel für die Turnhalle aufzuwahren. Diese Position soll betrachtet werden als Spende zum Regierungsjubiläum des deutschen Kaisers. Genosse Blume ist dagegen. Besser wäre es, wenn Mittel zur Erbauung eines Armenhauses bereitgestellt würden. Er hätte das Armenhaus in Augenschein genommen und könne nur empfehlen, recht bald eine Verbesserung zu schaffen. Auch teilt sich die Erbauung eines Krankenhauses, falls der Kreis einen entsprechenden Zuschuß leisten würde, ebenfalls als Spende bewerten. Vom Magistrat wird erwidert, daß bereits 10 000 Mark für das Armenhausprojekt festgelegt sind. Die Krankenhausfrage, die mit dem Armenhaus im Zusammenhang steht, werden in aller nächster Zeit zur Erledigung kommen. Eine Summe von 58 000 Mark stehe zur Verfügung, mit der der Ausbau des Krankenhauses und des Armenhauses vorgenommen wird. Der Vorbesitzer schlägt vor, die erforderliche Summe auf 5 Jahre zu verteilen und je 6000 Mark zum Bau einer städtischen Turnhalle in den Etat einzustellen mit der Bestimmung, daß sie eine Spende ist zum Regierungsjubiläum des deutschen Kaisers und daß die Turnhalle auch der Jugendpflege dienen soll. Die Verammlung stimmt dem Vorschlag zu. Ein Haushaltsanschlag der Kammerkassier liegt zum erstenmal gedruckt im Auszug den Stadtverordneten vor. Von der Kommission wird vorgeschlagen, den Anschlag in Einnahme und Ausgabe mit 445 000 Mark festzusetzen und zur Deckung des Fehlbetrags Zuschläge zu erheben, zur Einkommensteuer von 190 Prozent einschließlich 40 Prozent Kreissteuer, zur Realsteuer von 100 Prozent und bisher und 40 Prozent Vertriebssteuer. Die Fortschaffe ummilt 26 910 Mark mehr ein gegen das Vorjahr. Aus den Ueberfällen der Sparkasse konnten wieder 12 000 Mark für Bedürfnisse der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. Das Elektrizitätswerk verzeichnet 18 000 Mark Ueberfluß, 3000 Mark mehr als im Vorjahr. Für die Verzinsung und Amortisation der 1,5 Millionen betragenden Schulden der Stadt werden über 100 000 Mark gebraucht. Eine Million dieser Schulden stammt aber von verborenden Anlagen für Wasserleitung, Kanalisation, Elektrizitätswerk, Seminar usw. Eine halbe Million wird durch direkte Steuern verzinst. Die Schulden erfordern 125 000 Mark Zuschüsse. Eine Notwendigkeit sei auch fragwürdiger Ausbau des Neuenhofer Weges. Die Vorsehung dieser Straße liegt auch im Interesse der Geschäftswelt. Wenn vorzüglich gewirtschaftet wird, dann könne nächstes Jahr mit dem Zuschlag wieder um 10 Prozent heruntergegangen werden, auch mit der Realsteuer. Genosse Schmidt fragt an, ob die 40 Prozent Kreissteuer ständig gezahlt werden müßten und was der Kreis dafür leiste. Die Bedränger Straße gehöre dem Kreis, aber der Schlamm würde nicht befreit; die Anlieger kümmerten sich nicht darum, der Kreis ebenfalls nicht. Ferner sei der Armenzuschuß ebenfalls niedrig wie im Vorjahr, trotz der großen Teuerung. Die gezahlten Armenunterstützungen seien zum Teil zu niedrig bemessen. Vom Magistrat wird Abhilfe zugesagt betreffs des Bedränger Straße. Erwogen werde die Einführung einer Pflanzsteuer. Eine Waldbestimmung zur Festhaltung des Ranzingens hat ergeben, daß der Schaden durch die Ranzingen nicht im Verhältnis steht zu den Einnahmen, die die Stadt durch die Jagdpachtträge hat. Genosse Schmidt fragt an, ob die Stadt Neuhaldensleben dem Reichsverband deutscher Städte (Vertretung der Städte unter 25 000 Einwohnern) angehöre und ob die Stadt ihre Zustimmung zu der Entschreibung an den Reichsverband betreffend die zögernde Haltung der Verwaltung bei der Einbringung der Jahresvorlage gegeben habe. Dem Magistrat war nichts davon bekannt.

Schönebeck, 12. Februar. (Ein Fahrrad gestohlen.) Einem Arbeiter wurde aus dem Aufwahrungsraum der Radiatorenfabrik ein Fahrrad gestohlen. Es muß bemerkt werden, daß der Raum derartig liegt, daß zu gewissen Tageszeiten auch Personen, die außerhalb der Fabrik stehen, an die Räder heran kommen können. Die Direktion würde im Interesse der Arbeiter handeln, wenn derartige Diebstähle durch geeignete Maßnahmen in Zukunft unmöglich gemacht werden.

(Berichterstattung.) Sollen wichtige Ereignisse auf allen Gebieten der Arbeiterchaft mitgeteilt werden, dann muß für möglichst schnelle Uebermittlung nach einer Zentralfstelle gesorgt werden. Jeder Arbeiter will des Abends in seiner Zeitung von seinem Ort etwas lesen. Dann solle er aber dafür, daß alles Wichtige, die Öffentlichkeit interessierende dem Genossen Bremer, Steinstraße 23 (Telephon 618), mitgeteilt wird. Ankosten werden natürlich vergütet.

(Nachfrage vom Weltstadtstreit.) Vor dem Amtsgericht war der Arbeiter K. wegen Vergehens gegen § 152 und 153 der Gewerbeordnung angeklagt. K. soll am 21. Oktober 1912 den Arbeiter Heinrich Stein durch die Worte: „Wenn Du hier anfängst zu arbeiten, schlage ich Dir die Knochen kaputt; sohleist Dich schämen, hättest Du Geld besser zu Hause halten sollen, dann brauchst Du hier nicht zu arbeiten“, verurteilt haben, einzuschüchtern. Beweis: Das eibliche Zeugnis des Stein. Gegen das Urteil ist sofort Berufung angemeldet. Dieser St. soll nun von der Firma Metall-Industrie plötzlich entlassen worden sein. Wie wäre es, Herr Direktor Buge, wenn Sie der Öffentlichkeit einmal die Entlassungsgründe mitteilen?

Seehausen, 12. Februar. (Wieder ausgegraben) wurde die Leiche des vor ungefähr 9 Tagen beerdigten Maurers Wilt. Ursache zur Feststellung der Todesursache. Der Verstorbene hatte vor ungefähr 5 Jahren einen Unfall erlitten, er bekam ca. 26 Mark Rente. Nun macht die Witwe Anspruch auf Weiterzahlung der Rente. Infolgedessen ist die Leiche, jedenfalls auf Antrag der Berufsgenossenschaft, jetzt worden, um festzustellen, ob der Tod infolge des Unfalls eingetreten ist.

Stendal, 12. Februar. (Stadtvorordneten-Sitzung.) Zum Vorstand der kaufmännischen Fortbildungsschule wird Kaufmann Peterjen gewählt. Dem Bebauungsplan zwischen Bümenthalstraße und Köber Grenzgraben sowie dem zwischen Berg- und Weinbergstraße wird zugestimmt. Für Kanalisierung der Prinzenstraße zwischen dem Graben und Westpromenade werden 1400 Mark bewilligt. Weitere 1400 Mark sind zur Ausstattung der Diensträume im Zollamtlichen Hause erforderlich. Um einige Sitzplätze zu schaffen, soll die Treppe der Friedhofstapelle in den Vorraum verlegt werden. Die Abänderungskosten betragen 550 Mk. Die Nachpolizeiangelegenheiten sollen allmählich in Tagesstellen umgewandelt und dann der Nachdienst abwechselnd von allen Schutzleuten verrichtet werden. Beschlossen wird, eine solche Stelle umzuwandeln. Die Arbeitszeit der Magistratsbeamten wird um 1 Stunde an den Sonnabenden von 1. April bis 30. September gekürzt. Die Stadtv. Langenbed und Knausen schuh sind der Ansicht, daß ein solcher Beschluß von den Bürgern nicht ohne Rücksicht auf die Interessen der kleinen Gewerbetreibenden könne sich solchen Luxus leisten, welcher durch die Ferien noch eine Erhöhung erhält. Stadtv. Genosse Daniel: Daß Arbeiter oder Beamte eine Verkürzung der Arbeitszeit zum Kneipenbesuch benutzen, wie Herr Langenbed sagte ist eine Phrase, die schon sehr oft widerlegt wurde. Meine Freunde und ich stimmen dafür; der Magistrat wird sich überzeugen haben, daß die Arbeitsleistung auch in kürzerer Zeit fertiggestellt werden kann. Es dürfte der Verammlung nur Ehre machen, solche Vorlage einstimmig anzunehmen. Das Gefuch der erwählten Beamten wurde mit 16 gegen 15 Stimmen angenommen. Der Haushaltsplan der Kanalverwaltung für 1913 wird in Einnahme und Ausgabe mit 107 730 Mark festgelegt. Bei der Beratung des Kammerhaushaltsplans, welcher in Einnahme und Ausgabe mit 1 360 000 Mark balanciert, antwortete Genosse Arnold auf die Angriffe, die in der letzten Sitzung gegen unsere Genossen gerichtet wurden und die durch einen Schutzantrag unbeantwortet geblieben sind. Er führte ungefähr aus: Ich freue mich bei der Durchsicht des Etats, daß aufgenommen waren und bin nun durch die Ausführungen des Oberbürgermeisters, welcher dies für ganz unmöglich hält, sehr enttäuscht. Die große Not, welche gegenwärtig herrscht, macht es erforderlich, solche geringen Einnahmen nicht zu befeuern. Der Herr Baurat gab uns den Rat, daß wir erst im Sommer eine bessere Bedingung schaffen müßten, bevor wir die Löhne der städtischen Arbeiter kritisierten. Das geschähe ohne Kenntnis unserer Einrichtungen. Neben einer verkürzten und geregelten Arbeitszeit erhalten unsere Angestellten einen Lohn wie ihn gleichartige Betriebe nicht aufzuweisen haben, und vor allen Dingen das Recht, ohne Gefahr ihre Meinung zu äußern. Oberbürgermeister Dr. Schüßler: Die kleinen Einnahmen gänzlich streifen zu lassen, ist gegenwärtig nicht möglich; die Einnahmen daraus betragen jetzt 21 500 Mark. Die Stadt kann darauf nicht verzichten. Auch heute kann sich der Magistrat nicht dazu aufschwingen, den städtischen Arbeitern eine Lohnzulage in Aussicht zu stellen. Folgender Antrag wurde vom Genossen Daniel begründet und soll auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden: Die Stadtvorordneten-Verammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage auszuarbeiten, nach welcher den städtischen Arbeitern ab 1. April 1913 eine Lohnzulage von 4 Pf. pro Stunde gewährt wird. Nachfolgender Antrag fand Annahme: Für ein Einkommen bis zu 660 Mark werden Steuerbeträge für das Wintervierteljahr nicht erhoben.

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht Magdeburg.

Sitzung vom 10. Februar 1913.
Vorstehender: Gerichtsassessor Neuschäfer. Beisitzer der Arbeiter: Tischlermeister Jordan und Expediteur Clever; Beisitzer der Arbeitnehmer: Lagerarbeiter Gagen und Klempner Geth.

Bauschwindel. Die Bauarbeiter B. und Genossen klagten gegen den Bauunternehmer Schmidt, die Kaufleute Zahns und Herrmann sowie die Spar- und Gewerbebank in Leipzig auf Zahlung von rückständigem Lohn in Höhe von 465,75 Mark. Gegen die letztgenannte Firma zogen die Kläger, welche durch den Maurer Lange vertreten wurden, in der heutigen Verhandlung die Klage zurück, weil nicht nachgewiesen werden konnte, daß die Firma in Magdeburg eine gewerbliche Niederlassung hat. In dieser Sache hat wiederholt Termin angefallen; er mußte aber immer wieder vertagt werden, weil nicht feststand, wer der eigentliche Arbeitgeber war. Der ursprüngliche Besitzer des in der Stothener Straße liegenden Grundstücks war der Kaufmann Herrmann. Dieser verkaufte das Grundstück an den Zimmerer Willbold für 16 000 Mark. Da B. aber kein Baugeld erhielt, verkaufte er das Grundstück an den Zimmerer Schmidt für 12 000 Mark. Sch. hat aber nur die Stempelkosten gezahlt, da er Barvermögen nicht besaß. Sch. gelang es durch Vermittlung anderer Personen, Baugeld von der Spar- und Kreditbank in Leipzig zu erhalten. Die Bank zahlte aber das Geld nicht an Sch. direkt, sondern an einen Kaufmann Hoffmann in Leipzig. Hoffmann zahlte an Zahns hier und durch diesen endlich gelangte das Geld, rein gefiebt an Schmidt. Da der Bau aber angeblich nicht schnell genug vorwärts ging, zog die Bank eines Tages den Kredit zurück und, um den Bau nicht stilliegen zu lassen, zahlte Zahns, der eine Hypothek in Höhe von 5000 Mark auf dem Grundstück zu stehen hat, an Sch. 3000 Mark. Doch auch jetzt ging es nicht sonderlich vorwärts, und als dann an einem Sonntag die Löhne an die Arbeiter nicht gezahlt wurden, stellten sie die Arbeit ein. Nunmehr sprang Herrmann in die Reihe und gab Sch. 150 Mark zum Auszahlen der Löhne. Sch. behielt das Geld aber für sich, angeblich, weil er selbst schon erhebliche Auslagen gehabt und für seine Tätigkeit als Bauleiter keinen Lohn erhalten hatte. Die Arbeiter hatten unter solchen Umständen keine Lust,

der zwischen freiliegenden Bergleuten und Wächtern stattfand, und sieben Bergleute und drei Wächter getötet und etwa 20 verwundet worden. —

Strandung eines spanischen Dampfers.

Der spanische Dampfer „Pauline“ strandete in der Dally-Bucht an der Biglowsschiffreife. Von zwei Booten mit 27 Mann Besatzung fehlt das eine mit dem Kapitän, dem Schiffingenieur und 12 Mann. —

Bereins-Kalender.

- Sozialdemokratischer Verein, Bezirk Mitte-Neustadt.** Im Donnerstag den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung der Mitglieder und Kassierer bei Karbe, Ottenbergstraße 18.
- Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg.** Bezirksversammlungen finden statt: Sonnabend den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Bezirk Lemsdorf im Lokal Deutscher Kaiser (Zah. Julius Casar); Bezirk Salze im Lokal des Herrn August Bartels; Branche der Baujochlöcher im Lokal des Herrn Lichteberg. — Im Montag den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Bezirk Wilhelmstadt im „Luisenpark“. Siehe Inserat morgen.
- Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter, Filiale Eubenburg.** Versammlung am Sonnabend den 15. Februar, abends 9 Uhr, bei Flemming, St.-Michael-Str. 16.
- Schwimmverein Elbe.** Jeden Donnerstag abend Übungsstunden, Männerriege von 8 bis 9 1/2, Damenriege von 9 1/2 bis 10 1/2 Uhr.
- Alte Neustädter Radfahrerverein Panzer.** Jeden Donnerstag Übungsstunden bei Winter.
- Turnerschaft Magdeburg (A.-T.).** Sonntag den 16. Februar, Vereinsvorturnerunde in der Turnhalle Nachweide 99; nachdem Sitzung in der „Krone“, Moldenstraße 43/45.
- Cracau. Freie Turnerschaft.** Donnerstag den 13. Februar, nach dem Turnen Monatsversammlung bei Kreikenbaum.
- Diesdorf. Parteifunktionäre!** Freitag den 14. Februar, wichtige Sitzung bei Hölte.
- Fermerleben. Arbeiter-Radfahrerverein.** Sonnabend den 15. Februar, abends 8 Uhr, Versammlung bei Stiller.
- Olvenstedt. Zentralkommission für Sport- und Körperpflege.** Donnerstag 8 Uhr Sitzung bei Wackhoff.
- Schönebeck. Fabrikarbeiter-Verband.** Sonnabend den 15. Februar, 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im „Stadtpark“ (kleiner Saal).

Briefkasten.

- Bömmelke.** Eine gelegentliche Bemerkung am Spießerstammisch oder ein Eingekaut in der Lokalfresse darf uns nicht gleich zu solchen langen Erwiderungen veranlassen. Die guten Leute können eben nicht über den engen Kreis ihrer Alltagslebnisse hinaus denken. —
- Salbe.** Ihre Zuschrift haben wir der Stadtvorordneten-Fraktion übergeben. —
- Burg.** Dreimal wurde schon auf die Veranstaltung hingewiesen, nun soll auch noch eine lange Abhandlung kommen. Ein wenig Rücksicht auf unsere beschränkten Raum und die andern Orte könnte schon genommen werden. —
- 100.** Eine Klage wird Ihnen wenig nützen. —

Kleine Chronik.

Ein beschämlicher Regierungsaffessor.

Unter dem bringenden Verdacht, durch Annahme von Bestechungsgeldern ein Amtsverbrechen begangen zu haben, ist in Kösslin der Regierungsaffessor Lewicki verhaftet worden, der bei der dortigen Regierung kommissarisch beschäftigt war. Er war erst Mitte Dezember v. J. von Kiel nach Kösslin versetzt worden. Es handelt sich um regelrechte Erpressungen. Lewicki war im vorigen Jahre eine Zeitung stellvertretender Redakteur in Kiel. Er ließ damals einen angesehenen Fabrikanten, der ein großes Vermögen besitzt, zu sich in die Wohnung kommen und erklärte, sein Betrieb stände unter forgesetzter polizeilicher Ueberwachung. Wenn er diese unbehagliche Anordnung beibehalten wolle, müsse er „tiefer in die Tasche greifen“. Der Fabrikant wollte darauf nicht eingehen. Lewicki erklärte ihm nun, daß er amtlich Kenntnis von mancherlei Vorfällen habe, die dem Fabrikanten unangenehm werden könnten, wenn ein Prozeß daraus entstehen sollte. Der Fabrikant würde dadurch geschädigt, denn unter dem Eindruck des Prozesses würde er sicher die großen Lieferungen für reichsstaatliche Betriebe verlieren. Um seine geschäftliche Einbuße zu erleiden, gab der Fabrikant dem Erpresser nach und opferte ihm in ganzen 140000 Mark. Da Lewicki in dem Ruhe stand, ein reicher Mann zu sein, kam der Verdacht, der Regierungsaffessor wolle das Geld für seine persönlichen Zwecke verwenden, zuerst gar nicht auf. Der Fabrikant hatte das Geld auf das Inkasso seiner Freunde, mit denen er sich besprochen hatte, hergegeben, da er fürchtete, der Polizeiaffessor werde ihn die größten Schwierigkeiten bereiten, wenn er seinen Wunsch nicht erfülle. Als Lewicki nach Kösslin versetzt wurde, versuchte er von dort noch einmal eine Summe zu erpressen, aber der Fabrikant ging darauf nicht mehr ein, weil er sich inzwischen überzeugt hatte, daß er einem Erpresser in die Hände gefallen war. Er erlatete die Anzeige gegen Lewicki. Infolgedessen ordnete der stielter Polizeipräsident die Verhaftung Lewickis an. Dieser hat die Erpressungen bereits in vollem Umfang eingestanden. —

Die glücklichen Schneiderinnen.

Das Gewinnrad der Wiener Geldlotterie hat diesmal seine Hauptgabe zwei unbemittelten Schneiderinnen in Berlin gespendet. Das Los, auf das der Hauptgewinn im Werte von 50000 Mark fiel, wurde von zwei Schneiderinnen einer Berliner Konfektionsfirma in der Krankenstraße gespielt. Sie erhielten das Geld in Schneideratelier ausgebezahlt. Die beiden Glücklichen wollen nach wie vor, trotz der reichlichen „Zunft“, weiter schneidern. —

Arbeiterkämpfen.

In Hamburg im rheinisch-westfälischen Grubenrevier kam es am Dienstag zu einem schweren Zusammenstoß zwischen deutschen und polnischen Arbeitern. Die Zahl der Teilnehmer belief sich auf etwa 500. Sie schloßen mit Revolvern und Stäben mit Messern aufeinander. Ein großes Polizeiaufgebot stellte die Ruhe wieder her. Es wurden 15 Verhaftungen vorgenommen und zwanzig Personen liegen schwer verletzt im Krankenhaus. — Auch in Charleston in Westvirginia ist es zu einem Straßenkampf gekommen, in dem Bergarbeiter verwickelt waren. Ein Telegramm meldet: Bei einem Kampf...

Ihre Kräfte zu verschwenden und ließen den Bau ruhen. In der heutigen Sitzung endlich erhielten sie ein Urteil, von dem sie aber leider auch nichts absehen können, so daß sie wohl noch lange auf ihren verdienten Lohn werden warten müssen, da der Beklagte Jahr Verzug einlegen will. Das Urteil lautete folgendermaßen: Die Beklagten Schmidt und Zahn werden verurteilt, 463,75 Mark an die Kläger zu zahlen. Die Klage gegen Herrmann wird abgewiesen. Von den Kosten des Rechtsstreits tragen die Beklagten zwei Drittel und die Kläger ein Drittel. Das Gericht war zu der Ueberzeugung gekommen, daß in dieser Sache ein typischer Bauwindel aufgedeckt worden ist und daß der Bauunternehmer Schmidt nur der Strohmann war. Die Klage gegen Herrmann mußte abgewiesen werden, weil er nur als Zwischenträger in Betracht kam. —

Arglistige Täuschung. Die Büfettbame Berger aus Wien, vertreten durch Magistratssekretär Niemann, klagte gegen den Restaurateur Zaeger hier auf Zahlung von Lohn, Kost-, Trinkgeld und Reisekostenentschädigung in Gesamthöhe von 318,67 Mark. Die Klägerin hatte im „Berliner Tageblatt“ ein Inserat folgenden Inhalts einsehen lassen: „Wienerin, sehr hübsch und schön, tüchtig und intelligent, wünscht Stelle als Direktrice — Büfett — Bar.“ Auf Grund dieses Inserats engagierte sie der Beklagte für sein kleines Weinrestaurant in der St. Münzstraße hier. Die Klägerin kam, fand, daß sie getäuscht worden war und reiste, nachdem sie ihre Entschädigungsansprüche geltend gemacht hatte, wieder ab. Das Gericht war der Ansicht, daß in der Annonce klar und deutlich ausgedrückt sei, daß die Klägerin eine bessere Stellung suchte als sie der Beklagte zu bieten hatte. Der Beweis der arglistigen Täuschung sei somit erwiesen und schließlich habe der Beklagte — der einen Vergleich ablehnte — die geforderte Summe an die Klägerin zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreits zu tragen. —

Ungerechtfertigte Entlassung. Der Chauffeur M. war von dem Inhaber der Firma Mansfeld hier plötzlich entlassen worden, weil er eines Tages wegen Erkrankung seinen Dienst nicht angetreten hatte. M. erhielt 5 Minuten nach 8 Uhr einen Brief vom Inhaber der Firma, laut welchem er aufgefördert wurde, um 8 Uhr seinen Dienst anzutreten, andernfalls er entlassen sei. Da es bereits 5 Minuten nach 8 Uhr war, als ihm der Brief ausgehändigt wurde, betrachtete sich M. als entlassen; jedoch begab er sich ins Bureau des Chefs zwecks Aussprache. Hier erhielt er den Bescheid, daß nach Auskunft des Arztes die Dienstunfähigkeit infolge Krankheit nicht erwiesen sei, und er somit seinen Dienst hätte antreten müssen. Am Abend desselben Tages erhielt er nochmals einen Brief, wodurch ihm mitgeteilt wurde, daß er nach die 14tägige Kündigungsfrist abgearbeitet habe. M. hatte sich aber inzwischen in der städtischen Rechtsanwaltsstelle sagen lassen, daß er Entschädigungsansprüche wegen kündigungslöser Entlassung erheben sollte. Er verzichtete deshalb auf die Wiederentstellung und klagte auf dem Gewerbegericht auf Zahlung von 70 Mark Lohnentschädigung. Der Kläger führte aus, daß ihm damals, vor dem Tage der Entlassung, der Wagen ausgepumpt worden sei und er sich so schlecht fühlte, daß es ihm unmöglich war, seinen Dienst zu versehen. Die Parteien akzeptieren schließlich einen Vergleichsvorschlag des Vorsitzenden. Danach verpflichtete sich der Beklagte, noch 30 Mark an den Kläger zu zahlen, womit dieser einverstanden war und seine Mehrforderung fallen ließ. —

„... Ich hoffe mich durch das öfentliche Uebersetzen von unkonvertierten Öfen nicht täuschen, sondern vollständig in unsere Kraft und Wohlstand zu versetzen.“

Über 34,000 ähnlich lautende schriftliche Anerkennungen!

Billige Fleischtage!
 Kotelett . . . a 8 Pf. 85
 Glati . . . a 8 Pf. 85
 Bauhühner . . . a 8 Pf. 85
 Hähnchen . . . a 8 Pf. 85
 Schlachtwurst . . . a 8 Pf. 105
 Bratwurst . . . a 8 Pf. 105
 Frische Kalbsbr. . . a 8 Pf. 85
 Sebrawurst, Sätze . . . a 8 Pf. 85
 (Gauschlachtem.)

Kind- und Schweineschlächtere!
 von 415
Albert Hartmann
 Zwickauerstraße 13.

Wollener-Berufsmänner
 Lebens-, Sterbefällen und Kinderversicherung nach den Bürgen, Halberstadt, Genthin, Aschersleben, Staßfurt sowie an allen Orten nährige

Vertreter
 in mit Zulassung auch gegen feste Beiträge. Nichtschlichte werden sofort eingezahlt. D. W. u. B. 403
 an die „Wollener“ Magdeburg.

Burg.
 Sackstr. 10 Nr. 11
 Sackstr. 10 Nr. 11
 A. Jerchow, Zeichn. 11.

Wollen Sie
 für Ihren Teier eine vorzüglich neutrale Teie-Seife, so benutzen Sie

Wienrichs Viktoria-Seife
 Star 3 Stück 25 Pf., 5 Stück 1.15 Mk., allen über zu haben bei

B. Wienrich, Pitt-Drog., Bittoriastr. 1, Ecke Seilstr.

Die Firma
Raufhaus für Herren-Garderobe
 G. m. b. H., Alte Ulrichstraße 3
 verkauft von der neu eingerichteten

Vollstündlichen Abteilung
 über

100 Paletots u. Anzüge
 zu 10 Mk. u. zu 12 Mk.

Empfehle zarte, weichkochende

Salz-Schnittbohnen,
ff. Sauerkohl,
 täglich frisch die bestebten
marinierten Serringe
 mit Sauerkraut.

ff. laure Gurken.
 47 Olivenstedter Straße 47
 416 Ecke Frieleustraße.

Ein gutes **rotes Bett**
 sauberes und mehrere gute Bettstücke sofort billig zu verkauf. Blumenhalsstraße 2, born r. 1 Tr.

11 zweischl. Bettstelle mit Matrasen billig zu verkaufen Ritterstr. 6, Hof 2 E.

Kartoffeln
 gute Speisekartoffeln, sowie Saatkartoffeln und andre Sorten Kartoffeln. Bestell. a. bill. Tagespre. bei Zander, Cracau, Genthin, St.

Zu den bevorstehenden 40

Bauernbällen
 empfehle

Serren- u. Damenanzüge
 von 1.50 Mk. bis 2.00 Mk.

Frau Matthies
 Gundsburger Str. 29, part.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen

Abzahlungsgeschäfte	Erscheint 3mal wöchentlich	Patentbüro Peters Prälatenstr. 29 Telef. N. 5715 Magdeburg.	Warenhäuser Mohr, Emil, Gr. Ottersleben. Wild u. Feldigel Fressd., Friedr., Feldstr. 3. Herrmann, A., Nf., Lützelschloßstr. 8.	Gommern Friedr. Rippenack, Fleischermstr. W. Dobritz, Pelz- u. Hute, Mütz. usw. W. Herrndorf, Schah. u. Lederhlg. G. Bohn, Uhren u. Goldw. u. Brillen. H. Schwantes, Uhren u. Goldw.	E. Scholz, Brot-Feinback. Welschebergstr. 1.
Auf Credit Möbel, Betten, Polster-Waren größt. Geschäft. Dies Art a. Platz S. OSSWALD Warenkreditgeschäft, Magdeburg, alte Ulrichstr. 14	Bierbrauerei, Bierhandel. Erich H. (A. Müller), Friedr.-Str. 5. Schmidt, A., Burg.	Fleischerei Arnold, Otto, Frielestr. 21. O. Blum, Frielestr. 21. Berthold, E., Jakobstr. 31. A. Barthel, Breitenweg 101. Karl Dörner, Breitenweg 91. Grosche, Gottfr., Gr. Mühlentstr. 8. Kopp, E., Neuhaldensleben Str. 5. Kriger, Gustav, Cracau.	Kolonialwaren Haberland, Friedr., Perrförder Otto Heinicke, Jakobstraße. Klopp, A., Beck, Grusonstr. 2. Vielig, E., Steil, Lamsd. Weg 15.	Neuhaldensleben Rich. Kneisel, Bieker- u. Konditorei. Drogen, Farben, Kolonialw., Zigarren W. Troch, Kolonialw., Wurstw. A. Schreiber, Tap., Ölfarb., Bilderst. K. Wernecke, Backen- u. Konditor. W. Perltz, Möbel, Spieg., Polsterw.	Bergbauerei A.-G. Otto Richter, Brauerei. W. Runnwerth, Restauration, Breitst. K. Grothe, Rest., Elisabethstr. 3. M. Fiedler, Lederhlg., Karlstr. 15. G. Stabenow, Fleischermeister.
A. Friedländer Magdeburg, Breitenweg 113 Möbel u. Waren auf Kredit. Besichtigung erbeten. Geoplatz 1872.	Elektr., Konditionen Niemann, Gustav, Salze.	Kohl, Holz, Gradkoks Scheel, A., Halberstädter Str. 85.	Burg Gust. Götze, Lederhlg. Waagestr. Uhren u. Goldw. Breiterweg 52. Ötto Deike Ernst Kleiner Färberei Chem. Wäscherei.	Stendal Bergbauerei A.-G. Otto Richter, Brauerei. W. Runnwerth, Restauration, Breitst. K. Grothe, Rest., Elisabethstr. 3. M. Fiedler, Lederhlg., Karlstr. 15. G. Stabenow, Fleischermeister.	Thale a. H. H. Wiese, Kolonialw., Delikatess.
Neutral	Butter, Eier, Käse Th. Brandes Nachf., Breitenweg 12.	Kurz-, Weiß-, Wollw.-Strümpfe Seydewitz, E., R. Schöneb. Str. 103.	Förderstedt = CARL BÄTGE = Groß-Salze Ang. Schönmeier, Kolonialwaren.	Wagnlaben O. Schmerschneider Nachf., Manufaktur.	Wernigerode-Basserode Otto Dortmund, Cigarren-Spezialh.
Bürgerliches Brauhaus Grosche a. H. GERD-BRAU	Dentisten Zähne Karl Seidel Ludwig, Erich, Fenneleben. Otto Schmeitzel, Gr. Mühlentstr. 15. Trappe Ernst, Gos.-A. d. Str. 46	Manufakturwaren Karlswyk, A., Diesdorf. Münchwald, Louis, Neust. Str. 20. Hartmann, Marie, Neust. 2.	Aken a. E. F. Hezemann, Bäck. Konsumlied. M. Tanke, Bäckerei, Konsumlied. G. Naumann, Kohlen, Briketts, T. 18. A. Winkelmann, Hüte u. Müten.	S. & M. Grohn Manufakturw. u. Herr.-Konf.	M. Wegener, Kornbranntweinbr.
Cracauer Brauerei G. m. b. H.	Fabrikat., Kalkschalk. Schäfer, Fritz, Schöneb. Str. 56. Wittke, Hermann, Unterweg. Str. 20. Wohlert, Carl, Regentstr. 24. F. Wiedig, Schmeitzel, Böttcherz.	Obst u. Grünswaren Münchwald, Louis, Neust. Str. 20. Hartmann, Marie, Neust. 2.	Egeln Moritz Kaufmann, Konfektion. Manufaktur- u. Mode-waren, Konfektion.	Schönebeck a. Elbe F. Günther, Alkoholfreies u. Bier. Reinhold Pfeiffer, Brot-, Feinbäckerei. E. Hummel, Brot-, Feinbäckerei. E. Thälme, Brot- u. Feinbäckerei. K. Dietrich, Herren-, Knab.-Gard.	Wolmirstedt A. Fricke, Elbeufer Landbröt.
Handgarn, Gummis.	Fleischhlg., Sekt. Ludwig, Th. Neustädter Str. 55. Karl Heine, Hohenbergstr. 64.	Uron u. Goldwaren Brocke, C., Welsche-Str. 103.	Frohse a. E. F. Heine, Bäck. u. Kond. Breitenweg. Friedrich Hermann, Kolonialwaren		
Handgarn, Gummis.	Flachhlg., Sekt. Ludwig, Th. Neustädter Str. 55. Karl Heine, Hohenbergstr. 64.	Woll- u. Wollwaren Schöneb. Str. 103.			

Das Bezugsquellen-Verzeichnis ist die beste Quelle für die Beschaffung von Waren, deren Ansehen, Qualität und Preis zu richten.

hinweggeschickt, der vom Präsidentsamt aus zu betreten darf;

dem sie befindet sich mit der Suffragin allein.

"Sich hat eben dabei, Schenken einen Brief zu schreiben,"

begann die alte Dame erregt.

"Garry brachte erkannt auf. 'Einem Brief an mich?'"

"Ja — es ist auch wahr, es kommt wie Siegel aus."

Sich meinte, es ist schon am besten, ich spreche mich ganz offen

gegen Sie aus."

"Bitte sehr, gnädige Frau, es sollte mir aufrichtig sein

sein, wenn ich ..."

"Nun, was sagst du?" unterbrach sie die Suffragin rasch,

indem sie immer noch rot vor Verlegenheit die Wangen auf

dem Gesicht heruntersah. "Sie sind mir doch ein

wenig zu frei, meine Siegel! Der Hebräer Kleider! Sie ja

gewiß sehr gut, ich hab ja auch meine Freude daran ge-

habt, wie Sie sich so reich erweist haben und sich nicht auf-

gehängt sind, ich will Ihnen natürlich auch Ihre Frei-

heit nicht net verargen, aber — es gibt halt doch gewisse

Grenzen ..."

"Aber, gnädige Frau!" fuhr Garry getränkt auf, "ich

bin eine Dame! Es hat mir noch niemand nachgeschaut, daß

ich nicht würdige, was ich schreibe!"

Sich wurde auch die Suffragin ärgerlich. "Nun Gott,

liebe Frau, was ist das für ein Mensch, der Sie so

für sich selbst halten können, in Gegenwart eines Herrn so

herumzulaufen, wie Sie's jetzt nachmittags getan haben!"

"Nun, das ist ja die Sache! Ich bin doch nicht ein

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

einmal Herrschaft, die Sache ist doch nicht anders, mit

haben und vollständig zu alt, mein Mann und ich, um mit

Schren — Einmütigen recht genug mitgehen zu können.

nachricht, da wir eine einmal eingeladen haben, hier wieder

mit uns anzukommen, so werden wir auch dafür aufkommen,

daß Sie für den Rest Ihrer Serien keine Sorgen weiter

haben. Wenn Mann hat's mit überlassen, die Frage mit

Schren zu regeln — wenn Sie vielleicht so gut sein wollen,

mir zu sagen ..."

Garry mußte sich Kramphack aufkommen lassen. Sie

bis sich auf die Lippen und atmete tief. Sie sah an der

Suffragin vorbei, die ihr freies und nicht wollte, sie an-

zusehen. Dann machte sie ein paar Schritte nach der

Seite hin, wachte sich, halb der alten Dame zu und sagte:

"Da ich mir also lieber Ihr Wohlwollen verdanke habe,

so ist es mir selbstredend nicht möglich, noch irgendwelche

Motivation von Ihnen anzunehmen. Ich bedauere aufrichtig,

gnädige Frau, aber ..."

Er verließ die den Rest des

Sehr vornehm das lehrreue Röhren und verließ rasch das

Zimmer. —

(Fortsetzung folgt.)

Das Instrument der menschlichen Stimme.

(Vortrag von Prof. Dr. R. H. Schenck.)

Die menschliche Stimme ist ein wunderbares Instrument, das

in der Lage ist, eine große Vielfalt an Tönen zu erzeugen.

Dies geschieht durch die Schwingung der Stimmlippen.

Die Schwingung wird durch die Luft in der Kehle verstärkt.

Die resultierende Schwingung breitet sich durch den Kehlkopf

und den Rachenraum aus. Die resultierende Schwingung wird

schließlich durch das Ohr wahrgenommen.

Die menschliche Stimme ist ein wunderbares Instrument, das

in der Lage ist, eine große Vielfalt an Tönen zu erzeugen.

Dies geschieht durch die Schwingung der Stimmlippen.

Die Schwingung wird durch die Luft in der Kehle verstärkt.

Die resultierende Schwingung breitet sich durch den Kehlkopf

und den Rachenraum aus. Die resultierende Schwingung wird

schließlich durch das Ohr wahrgenommen.

Die menschliche Stimme ist ein wunderbares Instrument, das

in der Lage ist, eine große Vielfalt an Tönen zu erzeugen.

Dies geschieht durch die Schwingung der Stimmlippen.

Die Schwingung wird durch die Luft in der Kehle verstärkt.

Die resultierende Schwingung breitet sich durch den Kehlkopf

und den Rachenraum aus. Die resultierende Schwingung wird

schließlich durch das Ohr wahrgenommen.

Die menschliche Stimme ist ein wunderbares Instrument, das

in der Lage ist, eine große Vielfalt an Tönen zu erzeugen.

Dies geschieht durch die Schwingung der Stimmlippen.

Die Schwingung wird durch die Luft in der Kehle verstärkt.

Die resultierende Schwingung breitet sich durch den Kehlkopf

und den Rachenraum aus. Die resultierende Schwingung wird

schließlich durch das Ohr wahrgenommen.

Die menschliche Stimme ist ein wunderbares Instrument, das

in der Lage ist, eine große Vielfalt an Tönen zu erzeugen.

Dies geschieht durch die Schwingung der Stimmlippen.

Die Schwingung wird durch die Luft in der Kehle verstärkt.

Die resultierende Schwingung breitet sich durch den Kehlkopf

und den Rachenraum aus. Die resultierende Schwingung wird

schließlich durch das Ohr wahrgenommen.

Die menschliche Stimme ist ein wunderbares Instrument, das

in der Lage ist, eine große Vielfalt an Tönen zu erzeugen.

Dies geschieht durch die Schwingung der Stimmlippen.

Die Schwingung wird durch die Luft in der Kehle verstärkt.

Die resultierende Schwingung breitet sich durch den Kehlkopf

und den Rachenraum aus. Die resultierende Schwingung wird

schließlich durch das Ohr wahrgenommen.

Die menschliche Stimme ist ein wunderbares Instrument, das

in der Lage ist, eine große Vielfalt an Tönen zu erzeugen.

Dies geschieht durch die Schwingung der Stimmlippen.

Die Schwingung wird durch die Luft in der Kehle verstärkt.

Die resultierende Schwingung breitet sich durch den Kehlkopf

und den Rachenraum aus. Die resultierende Schwingung wird

schließlich durch das Ohr wahrgenommen.

Die menschliche Stimme ist ein wunderbares Instrument, das

in der Lage ist, eine große Vielfalt an Tönen zu erzeugen.

Dies geschieht durch die Schwingung der Stimmlippen.

Die Schwingung wird durch die Luft in der Kehle verstärkt.

Die resultierende Schwingung breitet sich durch den Kehlkopf

und den Rachenraum aus. Die resultierende Schwingung wird

schließlich durch das Ohr wahrgenommen.

Die menschliche Stimme ist ein wunderbares Instrument, das

in der Lage ist, eine große Vielfalt an Tönen zu erzeugen.

Dies geschieht durch die Schwingung der Stimmlippen.

Die Schwingung wird durch die Luft in der Kehle verstärkt.

Die resultierende Schwingung breitet sich durch den Kehlkopf

und den Rachenraum aus. Die resultierende Schwingung wird

schließlich durch das Ohr wahrgenommen.

Die menschliche Stimme ist ein wunderbares Instrument, das

in der Lage ist, eine große Vielfalt an Tönen zu erzeugen.

Dies geschieht durch die Schwingung der Stimmlippen.

Bestimmten Klang zu geben, vollständig aus ihm einen rein

klaren Klang zu erzeugen, ist die Aufgabe der menschlichen

Stimme. Die menschliche Stimme ist ein wunderbares

Instrument, das in der Lage ist, eine große Vielfalt an

Tönen zu erzeugen. Dies geschieht durch die Schwingung

der Stimmlippen. Die Schwingung wird durch die Luft in

der Kehle verstärkt. Die resultierende Schwingung breitet

sich durch den Kehlkopf und den Rachenraum aus. Die

resultierende Schwingung wird schließlich durch das Ohr

wahrgenommen. Die menschliche Stimme ist ein wunderbares

Instrument, das in der Lage ist, eine große Vielfalt an

Tönen zu erzeugen. Dies geschieht durch die Schwingung

der Stimmlippen. Die Schwingung wird durch die Luft in

der Kehle verstärkt. Die resultierende Schwingung breitet

sich durch den Kehlkopf und den Rachenraum aus. Die

resultierende Schwingung wird schließlich durch das Ohr

wahrgenommen. Die menschliche Stimme ist ein wunderbares

Instrument, das in der Lage ist, eine große Vielfalt an

Tönen zu erzeugen. Dies geschieht durch die Schwingung

der Stimmlippen. Die Schwingung wird durch die Luft in

der Kehle verstärkt. Die resultierende Schwingung breitet

sich durch den Kehlkopf und den Rachenraum aus. Die

resultierende Schwingung wird schließlich durch das Ohr

wahrgenommen. Die menschliche Stimme ist ein wunderbares

Instrument, das in der Lage ist, eine große Vielfalt an

Tönen zu erzeugen. Dies geschieht durch die Schwingung

der Stimmlippen. Die Schwingung wird durch die Luft in

der Kehle verstärkt. Die resultierende Schwingung breitet

sich durch den Kehlkopf und den Rachenraum aus. Die

resultierende Schwingung wird schließlich durch das Ohr

wahrgenommen. Die menschliche Stimme ist ein wunderbares

Instrument, das in der Lage ist, eine große Vielfalt an

Tönen zu erzeugen. Dies geschieht durch die Schwingung

der Stimmlippen. Die Schwingung wird durch die Luft in

der Kehle verstärkt. Die resultierende Schwingung breitet

sich durch den Kehlkopf und den Rachenraum aus. Die

resultierende Schwingung wird schließlich durch das Ohr

wahrgenommen. Die menschliche Stimme ist ein wunderbares

Instrument, das in der Lage ist, eine große Vielfalt an

Tönen zu erzeugen. Dies geschieht durch die Schwingung

der Stimmlippen. Die Schwingung wird durch die Luft in

der Kehle verstärkt. Die resultierende Schwingung breitet

sich durch den Kehlkopf und den Rachenraum aus. Die

resultierende Schwingung wird schließlich durch das Ohr

wahrgenommen. Die menschliche Stimme ist ein wunderbares

Instrument, das in der Lage ist, eine große Vielfalt an

Tönen zu erzeugen. Dies geschieht durch die Schwingung

der Stimmlippen. Die Schwingung wird durch die Luft in

der Kehle verstärkt. Die resultierende Schwingung breitet

sich durch den Kehlkopf und den Rachenraum aus. Die

resultierende Schwingung wird schließlich durch das Ohr

wahrgenommen. Die menschliche Stimme ist ein wunderbares

Instrument, das in der Lage ist, eine große Vielfalt an

Tönen zu erzeugen. Dies geschieht durch die Schwingung

der Stimmlippen. Die Schwingung wird durch die Luft in

der Kehle verstärkt. Die resultierende Schwingung breitet

sich durch den Kehlkopf und den Rachenraum aus. Die

resultierende Schwingung wird schließlich durch das Ohr

wahrgenommen. Die menschliche Stimme ist ein wunderbares

Instrument, das in der Lage ist, eine große Vielfalt an

Tönen zu erzeugen. Dies geschieht durch die Schwingung

der Stimmlippen. Die Schwingung wird durch die Luft in

der Kehle verstärkt. Die resultierende Schwingung breitet

sich durch den Kehlkopf und den Rachenraum aus. Die

resultierende Schwingung wird schließlich durch das Ohr

wahrgenommen. Die menschliche Stimme ist ein wunderbares

Instrument, das in der Lage ist, eine große Vielfalt an

Tönen zu erzeugen. Dies geschieht durch die Schwingung

der Stimmlippen. Die Schwingung wird durch die Luft in

der Kehle verstärkt. Die resultierende Schwingung breitet

sich durch den Kehlkopf und den Rachenraum aus. Die

resultierende Schwingung wird schließlich durch das Ohr

wahrgenommen. Die menschliche Stimme ist ein wunderbares

Instrument, das in der Lage ist, eine große Vielfalt an

Tönen zu erzeugen. Dies geschieht durch die Schwingung

der Stimmlippen. Die Schwingung wird durch die Luft in

der Kehle verstärkt. Die resultierende Schwingung breitet

sich durch den Kehlkopf und den Rachenraum aus. Die

resultierende Schwingung wird schließlich durch das Ohr

wahrgenommen. Die menschliche Stimme ist ein wunderbares

Instrument, das in der Lage ist, eine große Vielfalt an

Tönen zu erzeugen. Dies geschieht durch die Schwingung

der Stimmlippen. Die Schwingung wird durch die Luft in

der Kehle verstärkt. Die resultierende Schwingung breitet

sich durch den Kehlkopf und den Rachenraum aus. Die

resultierende Schwingung wird schließlich durch das Ohr

wahrgenommen. Die menschliche Stimme ist ein wunderbares

Instrument, das in der Lage ist, eine große Vielfalt an

Tönen zu erzeugen. Dies geschieht durch die Schwingung

der Stimml